# Chancen von Genossenschaften in Entwicklungsländern

## Chancen ihrer Entstehung und Chancen als entwicklungspolitisches Instrument

## gezeigt am Beispiel Ägyptens

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
des
Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg/Lahn

Vorgelegt von
Gerd Günter Klöwer
aus Reichenberg

Marburg/Lahn 1977

1978

# Chancen von Genossenschaften in Entwicklungsländern

## Chancen ihrer Entstehung und Chancen als entwicklungspolitisches Instrument

## gezeigt am Beispiel Ägyptens

Inaugural-Dissertation
zur
Erlangung der Doktorwürde
des
Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg/Lahn

Vorgelegt von
Gerd Günter Klöwer
aus Reichenberg

Marburg/Lahn 1977

UNIV.
LEIDEN
BIBL.

Vom Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
der Philipps-Universität Marburg/Lahn
als Dissertation angenommen am 11.5.1978

**Abschluß** der mündlichen Prüfung am 11.5.1978

Hauptberichterstatter ... Prof. Dr. H. Maus
1.Mitberichterstatter ... Prof. Dr. A. Hanel
2.Mitberichterstatter ... Prof. Dr. G. Hardach

**Chancen von Genossenschaften in Entwicklungsländern- Chancen ihrer Entstehung und Chancen als entwicklungspolitisches Instrument - gezeigt am Beispiel Ägyptens**

Inhalt


| | | Seite |
|---|---|---|
| 1. | Einführung in den Problemkreis | 1 |
| 2. | Die Genese der ägyptischen Genossenschaften | 10 |
| 2.1. | Der sozio-ökonomische Rahmen der ägyptischen Landwirtschaft | 11 |
| 2.1.1. | Bodenrecht und Agrarfrage | 12 |
| 2.1.2. | Feudalismus und parlamentarische Monarchie | 16 |
| 2.2. | Landwirtschaftliche Genossenschaften in Entwicklungsländern als Instrumente der Entwicklungsförderung | 21 |
| 2.2.1. | Traditionelle Genossenschaft, Marktgenossenschaft, integrierte Genossenschaft | 23 |
| 2.2.2. | Die Produktionsförderungs-Genossenschaft als Sondertyp der integrierten Genossenschaft | 26 |
| 2.2.3. | Gesellschaftliche Modernisierung durch Genossenschaften | 30 |
| 2.2.3.1. | Genossenschaften als Schule der Fundamentaldemokratisierung | 30 |
| 2.2.3.2. | Genossenschaften und community development-Organisationen sozialer Mobilisation | 34 |
| 2.2.4. | Erwartete ökonomische Kooperationseffekte | 39 |
| 2.3. | Die Gründungsphase der ersten Genossenschaften in Ägypten | 45 |
| 2.4. | Die genossenschaftliche Aufbauzeit 1925 - 1952 | 49 |
| 2.5. | Analyse des Versagens der traditionellen Genossenschaften | 52 |
| 2.5.1. | Feudalistische Strukturen in den Genossenschaften | 53 |
| 2.5.2. | Mangelnde Einsicht in die Vorteilhaftigkeit der Kooperation bei den Genossenschaftsbauern | 56 |
| 2.5.3. | Betriebsgrößen unterhalb der Rentabilitätsschwelle | 59 |
| 2.5.4. | Zusammenfassung: Mangelnde soziale und wirtschaftliche Förderung der traditionellen Genossenschaften (in Thesenform) | 62 |

| | | |
|---|---|---|
| 3. | Die Integration der Genossenschaften in die Agrarpolitik | 63 |
| 3.1. | Der Coup d'état und die Agrarreform | 64 |
| 3.2. | Genossenschaften nach der Agrarreform | 70 |
| 3.2.1. | Agrarreformgenossenschaften | 75 |
| 3.2.2. | Traditionelle landwirtschaftliche Genossenschaften | 78 |
| 3.2.3. | Neusiedlergenossenschaften | 80 |
| 3.2.4. | Sonstige landwirtschaftliche Genossenschaften | 82 |
| 3.3. | Ökonomische und gesellschaftliche Erfolge der ägyptischen Genossenschaften | 83 |
| 3.3.1. | Die genossenschaftliche Produktionsförderung | 83 |
| 3.3.2. | Kapitalbildung durch Wandel von Verhaltensweisen am Beispiel einer Kreditgenossenschaft im Nildelta | 93 |
| 3.4. | Grenzen der genossenschaftlichen Entwicklungsförderung | 105 |
| 3.4.1. | Die neue Genossenschaftsgesetzgebung | 109 |
| 3.4.2. | Der genossenschaftliche Aufbau im staatlichen Einflußbereich | 111 |
| 3.4.3. | Überorganisation und Zentralverwaltung | 112 |
| 3.4.4. | Die genossenschaftliche Pyramide | 117 |
| 3.4.4.1. | Der nationale Genossenschaftsverband | 120 |
| 3.4.4.2. | Zentralgenossenschaften | 122 |
| 3.4.4.3. | Hauptgenossenschaften | 125 |
| 3.5. | Kritik der Integration der Genossenschaften | 127 |
| 3.5.1. | Kritik der Agrarreform | 128 |
| 3.5.2. | Kritik der Produktionsförderungs-Genossenschaften | 133 |
| 3.5.3. | Kritik der Genossenschaftspolitik unter Nasser | 138 |

| | | |
|---|---|---|
| 4. | Genossenschaften unter der Wirtschaftspolitik des Arabischen Sozialismus | 142 |
| 4.1. | Methodologische Vorbemerkungen | 142 |
| 4.2. | Arabischer Sozialismus und Demokratie unter Nasser | 145 |
| 4.3. | Arabischer Sozialismus und Islam | 147 |
| 4.3.1. | Bestimmt der Islam heute noch das geistig-kulturelle Leben der Ägypter? | 151 |
| 4.3.2. | Wie hat die ägyptische Führung versucht, die Kluft zwischen Islam und Sozialismus zu überbrücken? | 153 |
| 4.4. | Abgrenzug der Wirtschaftspolitik Sadats von der Wirtschaftspolitik Nassers | 157 |
| 4.4.1. | Das Erbe Nassers | 157 |
| 4.4.2. | Vom Arabischen Sozialismus zum ägyptischen Sozialismus | 161 |
| 4.5. | Die Realität der ägyptischen Genossenschaften auf dem Lande | 163 |
| 5. | Verzeichniss der Tabellen, Skizzen, Maßeinheiten, Wechselkurse | 171 |
| 6. | Literaturverzeichnis | 173 |
| | Lebenslauf | |
| | Eidesstattliche Versicherung | |

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41546010_0022

## 1. Einführung in den Problemkreis

Die Entwicklungstheorien, die der bisherigen Entwicklungspolitik zugrunde lagen, konnten keinen Ausweg aus dem Dilemma der Zweiteilung dieser Erde in eine entwickelte und eine unterentwickelte Welt bieten.

Zwar haben Nationalökonomen und Sozialökonomen, Wirtschaftshistoriker und Soziologen sozial relevante Phänomene, wie Verhaltensweisen, Attituden, Neigungen, Glaubens- und Wertvorstellungen auf ihren günstigen oder ungünstigen Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung hin untersucht.[1] Sie haben die Bedeutung der Beziehungen verschiedener Individuen und Gruppen zueinander und zum Gesellschaftsganzen für die Entwicklung herausgestellt.[2] Psychologen haben die Abhängigkeit der Entwicklung von Arbeitsmoral und Leistungsmotivation analysiert. Fast alle haben sich bisher darauf konzentriert, verschiedene Hindernisse des wirtschaftlichen Fortschritts zu erfassen, seien es nun das Landpachtsystem, die Großfamilie, die Ineffizienz und Instabilität der öffentlichen Verwaltung oder Mangel an technischer Erziehung, die Fehlleitung von Kapital oder das Fehlen von Ersparnissen.

Die verschiedensten Entwicklungstheorien versuchen, ein einziges, ein letztes "primum mobile" zu finden, einen Stein der Weisen, dessen alleinige Mobilisation ausreichen würde, um fehlende Entwicklungsprozesse einzuleiten.

---

1) Vergl.A.O. Hirschmann, Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung, Stuttgart 1967, S. 21.

2) Vergl.G.Albrecht, Sozialpolitik, Göttingen 1955, S.45.

"Es ist gewöhnlich eine stillschweigende Folgerung solcher Theorien, daß durch die Beseitigung eines oder mehrerer Hindernisse die (latenten) Entwicklungskräfte freigesetzt würden, ähnlich wie Rennpferde, die gestartet werden!" [1]

Sicher läßt sich die entwicklungspolitische Relevanz jedes einzelnen dieser Faktoren und Aspekte nachweisen. Isoliert können sie jedoch noch keine Auswege bieten.

Ein Grund für die Unzulänglichkeit solcher Ansätze, die z.B. allein den Kapitalmangel, oder die Großfamilie, oder das Arbeitsethos verantwortlich für die andauernde Nichtentwicklung machen, liegt möglicherweise darin, daß sie die globale Gesamtinterdependenz aller gesellschaftlichen relevanten Faktoren ausser acht lassen. Ohne Berücksichtigung dieser Gesamtinterdependenz ist jedes isolierte Vorgehen zum Scheitern verurteilt:So ist eine Anhebung der volkswirtschaftlichen Sparquote etwa unmöglich, solange nicht tiefgreifende Wandlungen in der Sozialstruktur und in der Lebensweise stattgefunden haben, was wiederum unmöglich ist, solange breite Bevölkerungsschichten nicht neue, entwicklungsgünstige Verhaltensweisen, Normen und Werte kennengelernt haben. [2] Die bekannten Teufelskreise, die Armut und Ausweglosigkeit perpetuieren, stehen allen isolierten Ausbruchsversuchen entgegen.

---

1) A.O. Hirschmann, Die Strategie, a.a.O, S.24.

2) "Die Entwicklungspolitik der 70er Jahre basiert auf der Erkenntnis, daß das wirtschaftliche Ungleichgewicht zwischen den Industrieländern und den Entwicklungsländern der "Dritten Welt" nicht allein durch Kapitalbewegungen und entsprechende Investitionen überwunden werden kann. Es bedarf vielmehr eines komplizierten und langwierigen Prozesses des sozialen und wirtschaftlichen Wandels..." E.Dülfer, Aufbau und Förderung von Selbsthilfeorganisationen nach "Phasenschema", in : ZfgG, 1, 1977, S. 15-35, hier S. 15.

Hier helfen nur umfassende, tiefgreifende, die ganze Gesellschaft einbeziehende Strukturwandlungen.

Es genügt auch nicht, die sich wandelnden Beziehungen zwischen makro-ökonomischen Größen im Entwicklungsprozeß (ex post) statistisch zu erfassen, um damit Lösungsversuche aufzuzeigen. So kann man aus der folgenden Tabelle 1 sicherlich Zusammenhänge zwischen Sparquote, Investitionsquote, Bildungsquote, Industrialisierung oder Sterblichkeit und Sozialprodukt ablesen. Es wäre aber leichtfertig, hieraus direkt funktionale oder kausale Abhängigkeiten ableiten zu wollen. Sicherlich: pro-Kopf-Einkommen und Brutto-Ersparnis z.B. korrelieren positiv. Es genügt aber nicht allein, z.B. durch Zwangssparen die Sparquote zu heben. Entwicklungspolitik erfordert Breitenwirkung!

Diese Arbeit versucht, eine entwicklungspolitische Konzeption herauszustellen, die möglichst viele verschiedene Ansätze gleichzeitig erfaßt und synchronisiert: technische, wirtschaftliche, soziale, kulturelle und individual-psychologische Aspekte als Bestandteile einer umfassenden gesellschaftspolitischen Konzeption. [1] Was dabei unter Gesellschaftspolitik verstanden werden kann, drückt Weisser so aus: Es ist derjenige "Teil der Politik von Hoheitsträgern und anderen gesellschaftlichen (Kräften), der erstrebt, der Gesellschaft durch Ordnung, Einrichtungen, Aufklärung

---

1) Vergl. H. Büscher, Die Rolle der Genossenschaften im Rahmen einer entwicklungspolitischen Konzeption, in: G. Weisser und W.W. Engelhardt, (Hrsg.) Genossenschaften und Genossenschaftsforschung, Festschrift für G. Draheim, Göttingen 1968, S.312.

Tabelle 1

Durchschnittliche strukturelle Veränderungen bei steigendem BSP pro Kopf der Bevölkerung

(Pro-Kopf-Einkommen in US-Dollar von 1964)

| | | $ 50 | $ 100 | $ 200 | $ 300 | $ 400 | $ 600 | $ 800 | $ 1000 | $ 2000 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | **I - Akkumulation** | | | | | | | | | |
| 1. | Bruttoersparnis in % des BSP | 9,4 | 12,0 | 14,8 | 16,4 | 17,6 | 19,3 | 20,5 | 21,5 | 24,6 |
| 2. | Bruttoinvestitionen in % des BSP | 11,7 | 15,1 | 18,2 | 19,7 | 20,8 | 22,2 | 23,0 | 23,7 | 25,4 |
| 3. | Steueraufkommen in % des Volkseinkommens | 9,8 | 12,7 | 16,7 | 19,5 | 21,8 | 25,3 | 28,0 | 30,3 | 28,0 |
| 4. | Schülerquote | 17,5 | 36,2 | 52,6 | 61,2 | 66,9 | 74,2 | 78,9 | 82,3 | 91,4 |
| 5. | Erwachsene mit Schulbildung | 15,3 | 36,5 | 55,2 | 65,0 | 71,5 | 80,0 | 85,4 | 89,4 | 93,0 |
| | **II - Zusammensetzung des Outputs** | | | | | | | | | |
| 6. | Anteil des primärsektors am BIP | 58,1 | 46,4 | 36,0 | 30,4 | 26,7 | 21,8 | 18,6 | 16,3 | 9,8 |
| 7. | Anteil d. Sekundärsektors a.BIP | 7,3 | 13,5 | 19,6 | 23,1 | 25,5 | 29,0 | 31,4 | 33,2 | 38,9 |
| 8. | Anteil d.Dienstleistungen a.BIP | 29,9 | 34,6 | 37,9 | 39,2 | 39,9 | 40,4 | 40,5 | 40,4 | 39,3 |
| 9. | Anteil d.Versorgungswirtschaft a.BIP | 4,6 | 5,7 | 7,0 | 7,7 | 8,3 | 9,1 | 9,7 | 10,2 | 11,7 |
| | **III - Bevölkerung und Erwerbstätige** | | | | | | | | | |
| 10. | Beschäftigte d.Primärsektors in % d. Erwerbstätigen insges. | 75,3 | 68,1 | 58,7 | 49,9 | 43,6 | 34,8 | 28,6 | 23,7 | 8,3 |
| 11. | Beschäftigte i.d.Sekundärsektor in % d. Erwerbstätigen insges. | 4,1 | 9,6 | 16,6 | 20,5 | 23,4 | 27,6 | 30,7 | 33,2 | 40,1 |
| 12. | Beschäftigte i.Versorgungs- u. Dienstleistungsbereich i. % d. Erwerbstätigen insges. | 20,6 | 22,3 | 26,7 | 29,3 | 31,7 | 35,8 | 39,2 | 42,2 | 51,6 |
| 13. | Städt.Bevölkerung in % d. Gesamtbevölkerung | 6,9 | 20,0 | 33,8 | 40,9 | 45,5 | 51,5 | 55,3 | 58,0 | 65,1 |
| 14. | Geburtenziffer je 1000 | 46,6 | 41,8 | 36,6 | 33,8 | 31,1 | 28,1 | 25,3 | 22,4 | 17,1 |
| 15. | Sterblichkeitsziffer je 1000 | 20,5 | 15,2 | 11,4 | 10,0 | 9,3 | 9,0 | 8,9 | 9,0 | 10,7 |
| | **IV - Aussenhandel** | | | | | | | | | |
| 16. | Exporte v.Gütern u.Dienstleistungen i.% d.BIP | 9,9 | 13,2 | 16,3 | 18,0 | 19,1 | 20,7 | 21,8 | 22,5 | 24,8 |
| 17. | Importe v.Gütern u.Dienstleistungen i.% d.BIP | 16,6 | 18,7 | 20,6 | 21,6 | 22,3 | 23,2 | 23,8 | 24,3 | 25,5 |
| 18. | Rohstoffexporte in % der Gesamtausfuhr | 89 | 78 | 68 | 61 | 56 | 50 | 46 | 42 | 33 |
| 19. | Rohstoffimporte in % der Gesamteinfuhr | 10 | 18 | 25 | 27 | 28 | 29 | 30 | 30 | 30 |

Für die Einkommensniveaus von 50, 100 und 2000 sind die Zahlen auf 100 % aufgerundet worden. Alle Werte wurden aus multiplen Regressionen für einen Querschnitt von etwa 100 Ländern für den Zeitraum 1950-1965 errechnet, Vergl. H.B. Chenery, Wachstum und Strukturwandel, in : Finanzierung und Entwicklung, 3/1971, S.16 ff. Die angegebenen Werte beziehen sich auf ein Land mit einer Bevölkerung von 10 Millionen im Jahre 1960.

und Pflege bestimmter Haltungen, eine bestimmte, unter den jeweiligen geschichtlichen Bedingungen und Naturgegebenheiten für möglich gehaltene Struktur auf diese Weise zu sichern, oder einen gewollten Wandel einzelner Eigenschaften der vorhandenen, im Ganzen bejahten Struktur durch fördernde oder hemmende Maßnahmen zu bewirken". [1]

Über die (möglicherweise utopische) Konzeption einer sozialen Entwicklungsstrategie herrscht Einigkeit: Eine solche Entwicklungspolitik sollte als fundamental-demokratische (i.S.v. Karl Mannheim), dezentral und pluralistisch wirksame Gesellschaftspolitik gerichtet sein auf: "die Steigerung der Produktivität und der Lebenslagen möglichst vieler Mitglieder eines Sozialgebildes, sowie ihrer Fähigkeit, hierzu aus eigenen Kräften beizutragen, hieraus Nutzen zu ziehen und möglichst weitgehend beratend, mitentscheidend und ausführend am öffentlichen Leben teilzunehmen, all dies mit besonderer Berücksichtigung der bisher am wenigsten entwickelten Bevölkerungsschichten..." wie Behrendt es sieht. [2] Er schließt daraus, daß Demokratie kein Hemmnis, sondern ein unentbehrliches Element der Entwicklung ist. "Sie bildet gleichsam das Kraftfeld von Kommunikationen und zwischenmenschlichen Beziehungen, innerhalb dessen sich die geistigen, technischen, wirtschaftlichen und politischen Wandlungen vollziehen." [3]

---

1) Vergl. G. Weisser, Der Begriff "Gesellschaftspolitik", unveröffentl. verv. Man. zum Gebrauch seiner Hörer, Köln 1966.
Vergl. W.W. Engelhardt, Einige Bemerkungen zur Entwicklungsländerpolitik und zur Genossenschaftspolitik als Bestandteile der Lehren von der Wirtschafts-, Gesellschafts- und Sozialpolitik, unveröffentl. verv. Man. zum Gebrauch seiner Hörer, Köln 1971.

2) + 3) Vergl. R.F. Behrendt, Soziale Strategie für Entwicklungsländer, Frankfurt 1965, S. 52 f.
Vergl. K. Mannheim, Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus, 2. Aufl., Bad Homburg, Berlin, Zürich 1967, S. 52 ff.

Eine solche Fundamentaldemokratisierung sollte zweckmäßigerweise dezentralistisch und pluralistisch sein. Dezentralistisch: möglischt viele öffentliche Dienste, die Einzelne, Familien oder Gruppen erreichen, wie Schule, Gesundheitswesen, Betrieb oder Genossenschaft, sollten subsidiär von lokalen Behörden oder Organisationen ("von unten") verwaltet werden, den einzelnen Menschen ansprechen, seine Initiative, seine Mitarbeit, seine Verantwortung wecken. [1] Es geht also um Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung: Es kommt auf den einzelnen planenden und handelnden Menschen an!

Pluralistisch: Sie sollte die ganze Gesellschaft umfassen, nicht nur wenige elitäre Gruppen, sondern allen Gruppen ein Minimum an wohlfahrtsstaatlichen Errungenschaften bieten, (das freilich nicht in allen Entwicklungsländern mit europäischen Maßstäben gemessen werden kann - denn wer sollte das finanzieren?)

Alle Gruppen der Gesellschaft müssen am Entwicklungsprozeß beteiligt sein. Alle sollen davon profitieren, alle müssen aber auch bereit sein, Opfer zu bringen. [2] Denn ohne persönliche Opfer der Einzelnen bleibt jede Hilfe von außen vergeblich.

---

1) Vergl. R.F. Behrendt, Soziale Strategie, a.a.O., S. 525.

2) Vergl. W.P. Watkins, Genossenschaftswesen und Staat. Zwei Machtsysteme und ihre gegenseitigen Beziehungen, in: G. Weisser unter Mitarbeit von W.W. Engelhardt, (Hrsg.), Genossenschaften und Genossenschaftsforschung, Göttingen 1968, S. 287 f.

Ein Blick in die Realität der Entwicklungsländer beweist, wie sehr diese Vorstellungen bis heute soziale Utopien geblieben sind.

Die Geschichte der sozialen Utopien von Aristoteles bis Karl Marx zeigt den "langen Weg durch die Institutionen", den Ideen zurücklegen, bis sie einestags - vielleicht modifiziert oder auf den Kern reduziert - teilweise Wirklichkeit werden oder endgültig in Vergessenheit geraten. In diesem Sinne scheint es legitim, der hier beabsichtigten Skizze einer genossenschaftlich orientierten Entwicklungspolitik einige sozialutopische Gedanken voranzustellen.

Entwicklungsländer brauchen zur Realisierung einer gesellschaftlichen Strategie nicht nur eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, die allen Gruppen die Chance der Entwicklung gibt. [1] Sie brauchen nicht nur Kapital und qualifizierte Arbeit. Sie brauchen auch "Unternehmungstypen", wie z.B. Genossenschaften, die als Personenvereinigungen möglichst breiten Bevölkerungsschichten eine Chance der Beteiligung an der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bieten.

---

1) Vergl. R. Blum, Eine dynamische Theorie der Wirtschaftsordnung als Lösung ordnungspolitischer Probleme der Entwicklungsländer, in: B. Pfister, Investitions- und Finanzierungsprobleme in Entwicklungsländern, Berlin 1971, S. 10 f.

Aufgabe der vorliegenden Arbeit soll es sein, zu fragen, unter welchen Bedingungen Selbsthilfeeinrichtungen wie Genossenschaften, die sowohl wirtschaftliche als auch soziale Organisationen darstellen, einen Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung bieten können.

Unserem Versuch, die Genossenschaften als Instrument einer Entwicklungspolitik zu betrachten, liegt eine Arbeits-Hypothese zugrunde: Die Vermutung, daß Entwicklungsprozesse langfristig nicht von "oben" oder von außerhalb einer Gesellschaft gesteuert werden können, sonder zweckmäßiger von "unten" her durch Einbeziehung möglichst vieler Mitglieder der untersten Sozialgebilde in organisierter Selbsthilfe aufzubauen sind. Genossenschaftspolitik in einem Entwicklungsland wäre dann gleichzeitig Entwicklungspolitik.

Sind solche Personenvereinigungen und Unternehmungstypen in Entwicklungsländern in genügender Anzahl vorhanden? Stehen sie allen Schichten der Bevölkerung offen? Wenn solche Organisationen nicht in ausreichendem Maße allen zur Verfügung stehen, dann könnte man fragen, wie solche Vereinigungen im Rahmen entwicklungspolitischer Maßnahmen entstehen können. Wie entstehen solche Genossenschaften, die als autonome Selbsthilfeeinrichtungen einen positiven Beitrag zur wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung leisten können? Welche Phasen lassen sich in der Genese dieser sozio-ökonomischen Aktionsgemeinschaften erkennen, von den Entstehungs- (Vor)bedingungen bis zur Gründung, über die Phase der Deoffizialisierung bis zur Phase der Entwicklung zur Autonomie? [1)]

---

1) Vergl. dazu das Hanel'sche Phasenmodell. A.Hanel, Zur Frage der Abstimmung staatlicher Entwicklungskonzepte für Genossenschaften mit den Zielvorstellungen der Mitglieder, in: E.Dülfer, (Hrsg.), Zur Krise der Genossenschaften in der Entwicklungspolitik, Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, R.B, Bd. 10. Göttingen 1975, S. 121-162, hier S. 159 ff.

Die Umstände und Bedingungen, unter denen Genossenschaften entstehen und ihren Beitrag zur Entwicklung leisten, sollen im Hauptteil näher untersucht werden.

Die exemplarische Beschränkung auf Ägypten scheint gerechtfertigt, da die Genossenschaften in Ägypten

1) eine für Entwicklungsländer relativ lange Entwicklung durchlaufen haben - ca. 70 Jahre,

2) seit 25 Jahren durch die staatliche Agrarplitik eine feste Institutionalisierung erfahren haben, um wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungsprozesse einzuleiten. [1)]

Ein weiteres Ziel dieser Arbeit soll es sein, das darzustellende ägyptische Modell des Aufbaus eines Agrargenossenschaftswesens nach eingeleiteter Agrarreform daraufhin zu untersuchen, ob seine substantiellen Erfolge bei der Initiierung sozialer und ökonomischer Transformationsprozesse berechtigen, dieses Modell auf andere Entwicklungsländer zu übertragen.

---

1) Dabei muß man sich einiger grundsätzlicher Probleme bewußt sein, die eine Auseinandersetzung mit dem modernen Ägypten erschweren: Obwohl Datenmaterial, conditio sine qua non jeder empirischen sozialwissenschaftlichen Forschung, in relativer Fülle vorliegt, wird die Brauchbarkeit ägyptischer, zumal offizieller Quellen, eingeschränkt:

   a) Die Genauigkeit ägyptischer Daten leidet unter den Mängeln ägyptischer Statistiken.

   b) Die Pressezensur schränkt die Freiheit der Berichterstattung im militärischen, innenpolitischen und z.T. auch wirtschaftlichen Bereich ein.

## 2. Die Genese der ägyptischen Genossenschaften

Genossenschaften bestehen heute in der Mehrzahl der sog. Entwicklungsländer. Zu ihrer Entstehung können grundsätzlich verschiedene Wege führen, von denen hier nur einige angeführt werden sollen: [1]

1) private-autonome Gründungsaktivitäten, bei denen Genossenschaftspioniere (Gründer oder Gründergruppen) Gründungsmaßnahmen ergreifen, [2]
2) öffentlich-rechtliche administrative Wege, auf denen der Staat Gründungen von kooperativen Organisationen verfügt, um sie zu autonomen Genossenschaften werden zu lassen, oder, was gerade für Entwicklungsländer wahrscheinlicher zu sein scheint, um sie zur Implementierung staatlicher Entwicklungsprogramme zu instrumentalisieren. [3]

Diese Arbeit will sich auf das ägyptische Exempel beschränken, sodaß die Problemauswahl daraufhin zugeschnitten sein muß.
Da die Entstehung der ägyptischen Genossenschaften nur aus der konkreten gesellschaftlichen Situation heraus verstanden werden kann, ist es notwendig, den sozioökonomischen Rahmen, besonders des primären Sektors in Ägypten, kurz zu skizzieren.

---

1) Vergl. A. Hanel, Zur Frage der Abstimmung staatlicher Entwicklungskonzepte...,a.a.O.,S.122,131,132.

2) Zu Fragen der Entstehung von Genossenschaften vergl. bes.J.O. Müller, Voraussetzungen und Verfahrensweisen bei der Errichtung von Genossenschaften in Europa vor 1900, Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Göttingen 1976, bes.S. 44 ff.

3) A.Hanel, Zur Frage...,a.a.O.,S. 133.

## 2.1. Der sozio-ökonomische Rahmen der ägyptischen Landwirtschaft

Seit der Pharaonenzeit war die Lage der ägyptischen Fellachen nahezu unverändert geblieben. Schon Herodot schrieb: Ägypten ist ein Geschenk des Nils (Herodot von Halikarnossos, 335 v. Chr.). Der Islam, die Türken, die Statthalterschaft Mohamed Alis, Napoleon und die Engländer haben daran nichts geändert. [1] Unverändert geblieben ist auch die ökonomische Situation der Fellachen:

Anwar Abdel - Malek weist nach, daß die hydraulische Struktur des ägyptischen Agrarsystems eine zentralisierte Herrschaftsstruktur bedingte, bei der der Staat - bzw. der Pharao, nach dem 7. Jahrhundert die Araber und nach 1517 die Osmanen - alleinige Besitzer des gesamten kultivierbaren Bodens waren. Privateigentum am Boden kannte diese Herrschaftsform nicht.[2]

---

1) Vergl. B. Tibi, Nationalismus in der Dritten Welt - am arabischen Beispiel, Frankfurt 1971, S. 64 ff. Vergl. auch Saad Khahil, Grundeigentum und Landreform in Ägypten, Bonn 1959, S. 20 ff.

2) Vergl. dazu das Standardwerk Abdel Maleks, Ägypten: Militärgesellschaft, das Armeeregime, die Linke und der soziale Wandel unter Nasser, Frankfurt 1971, S.94 ff.

2.1.1. Bodenrecht und Agrarfrage

Die im Laufe der jahrtausendealten Geschichte Ägyptens wechselnden Herrschaftsstrukturen haben es immer verstanden, sich des "top-managements" der nationalen Eliten, also der Spitzen der Priester- und Militärkasten durch zeitlich begrenzte Überlassung der Nutzungsrechte des Bodens zu versichern: durch Belehnung mit großen Ländereien, verbunden mit dem Recht der Steuereintreibung in diesen Länderein. Auch wenn diese Ämter innerhalb der Priester-und Militärkasten vererbt wurden, blieb der Staat juristischer Alleineigentümer des Bodens. [1)]

Zeitweilig gelang es den belehnten Kasten, sich relative Unabhängikeit von der Zentralinstanz zu verschaffen. Langfristig gelang es den Herrschern aber immer, den status quo wieder herzustellen. Von Mohamed Ali, der zuerst Statthalter des osmanischen Reichs in Kairo war und sich später zum Khediven ausrufen ließ, sind die Methoden der Restauration der Zentralinstanz bekannt: Mohamed Ali ließ 40 revoltierende Mamelucken, Vertreter jener belehnten Militärkaste, nach einem Festmahl in der Zitadelle von Kairo kurzerhand ermorden.

Privateigentum am Boden entstand als Institution erstmals 1846 durch den Druck der Kolonialmächte. Es blieb aber zunächst der khedivalen Familie und der begüterten Landaristokratie vorbehalten. Gesetze, die eine breitere Eigentumsstreuung ermöglichten, setzte die britische Kolonialmacht 1891 durch. Die wirtschaftliche Entwicklung Ägyptens ist seitdem dadurch geprägt, daß der Boden zum bevorzugten Spekulationsobjekt des Großkapitals wurde.

---

1) Vergl. A.Abdel Malek, a.a.O., S.96, Vergl. A. Wittfogel, Die orientalische Despotie, Köln-Berlin 1962, S. 67 f.

Anders als in Europa suchten die Kapitaleigner nie in großem Stil industrielle Anlagemöglichkeiten. 1897 verfügten 1,7 % der Besitzer über 1.997.500 feddan, 42,5 % der Kulturfläche (1 feddan = 0,42 ha). Die Spitze der Landaristokratie bildete der Clan der khedivalen Familie: 280 Großgrundbesitzer, i.e. 0,01 % der Besitzer besaßen 10 % der gesamten Kulturfläche. [1] Einen Überblick über den Konzentrationsprozeß in der Landwirtschaft vom Beginn dieses Jahrhunderts bis 1952 zeigt Tabelle 2.

Das sozialpolitisch und betriebswirtschaftlich größte Problem der ägyptischen Landwirtschaft, verantwortlich für die geringe Produktivität und die elende Lage der Bauern, war damals wie heute noch nicht allein die Struktur der Besitzverhältnisse, sondern vor allem die große Zahl der Betriebsgrößen unterhalb der Rentabilitätsschwelle. Dieses Rentabilitätsproblem wird unten eingehender untersucht werden. Die "absentee landlords" führten keine Latifundien, sondern verpachteten das Land auf Versteigerungen an Großpächter ("umdas"), diese weiter an mittlere Pächter, diese an die kleinen Bauern. Dieses System der "Vermittler der Vermittler" schuf eine breite parasitäre Schicht (keineswegs funktionsloser) Besitzer und in der Bewirtschaftung betriebswirtschaftlich unrentable kleine Parzellen. Der Anteil der verpachteten Fläche an der gesamten Nutzfläche betrug 1952, am Ende dieser feudalen Periode, 60 %.

Die Praxis der Gestaltung der Pachtverträge spiegelte die wirtschaftlichen Machtverhältnisse: Die jeweiligen Besitzer schrieben den Bauern vor, was sie zu pflanzen hatten, behielten sich das Recht vor, Saatgut und Düngemittel zu von ihnen festgesetzten Preisen zu liefern, stellten den besitzlosen Fellachen den Ochsen als Zugtier und kassierten dafür bis 4/5 des Ernteertrages. [2]

---

1) Vergl. A.Abdel Malek, a.a.O., S. 94 ff., Vergl. S. Khalil, a.a.O., S. 24 f.

2) Vergl. J.v.Muralt, Entwicklung und Struktur des Genossenschaftswesen in Ägypten, Marburg 1964, S, 13.

Tabelle 2

Landbesitzverhältnisse in den Jahren 1896 - 1965

(Besitzer in 1.000, Fläche in 1.000 feddan)

| | Besitzer/Fläche 1907 | | Besitzer/Fläche 1951 | | Besitzer/Fläche 1961 | | Besitzer/Fläche 1965 | | Besitzer/Fläche 1965 % | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| unter 5 | 1.611 | 994 | 2.642 | 2.182 | 2.870 | 2.660 | 2.920 | 3.040 | 94,5 | 57,1 |
| 5 - 10 | 144 | 1.816 | 79 | 526 | 79 | 530 | 79 | 530 | 2,3 | 9,5 |
| 10 - 50 | | | 69 | 1.291 | 69 | 1.300 | 69 | 1.300 | 2,1 | 14,4 |
| 50 - 100 | | | 6 | 429 | 11 | 630 | 11 | 630 | 0,9 | 12,6 |
| 100 - 200 | 12 | 2.192 | 3 | 437 | 3 | 450 | 5 | 390 | 0,1 | 6,5 |
| über 200 | | | 2 | 1.117 | 2 | 430 | - | - | - | - |
| total | 1.767 | 5.002 | 2.804 | 5.982 | 3.034 | 6.000 | 3.084 | 6.000 | 100 | 100 |

Quelle: National Bank of Egypt, Bulletin No. 3, 1966 und
Saab, G.S.: The Agrarian Reform, Oxford 1965, S, 115.
( 1 feddan = 0,42 ha)

Sofern selbständige Händler, Aufkäufer, Geldverleiher eingeschaltet wurden, so stammten sie aus derselben Klasse, wie die Grundeigentümer und Großpächter und arbeiteten mit diesen zusammen.

Den Fellachen blieb in der Regel nur wenig. Gottesfürchtig und fleissig, ausgebeutet von den Großgrundbesitzern und Händlern, blieb ihre gesellschaftliche Lage unverändert hoffnungslos.

Die demographische Zahl der Fellachenbevölkerung in diesem System der Ausbeutung blieb von der Römerzeit bis zum Beginn dieses Jahrhunderts mit 9 mio. Einwohner relativ konstant. Daß die Fellachenbevölkerung zumindest physisch überlebte, lag einmal am Fleiß und an der Bedürfnislosigkeit der Bauern, zum anderen an der arbeitsintensiven Betriebsführung, die mehr einer Gartenwirtschaft als agrarer Feldwirtschaft ähnelte. [1)]

---

1) Vergl. J.v. Muralt, a.a.O., S. 13.

2.1.2. Feudalismus und parlamentarische Monarchie

Obwohl Ägypten schon 1922 formell die politische nationale Souveränität unter der khedivalen Monarchie erhalten hatte, blieb es weiterhin unter britischer Hegemonie.
Die Landaristokratie und ihr politisches Organ, die Wafd-Partei, blieben ohnmächtig gegenüber der ökonomisch dominanten Stellung des ausländischen Kapitals und der khedivalen Familie. [1]
Die Geschichte der parlamentarischen Monarchie von 1922-52 belegt diese Machtverhältnisse.
Nach britischem Vorbild bestand die Legislative aus zwei Kammern: Senat und Unterhaus. Die 147 Mitglieder des Senats wurden zu 60 % direkt gewählt, zu 40 % durch den Khediven ernannt. Gewählt bzw. ernannt werden konnten nur Angehörige höherer Sozialschichten mit einem jährlichen Einkommen von mindestens 1500 LE pro Jahr, die bei dem geringen durchschnittlichen Steuersatz von 10 % mindestens 150 LE Steuern pro Jahr entrichteten (Art. 74-78 der Verfassung von 1923). [2]

Angesichts eines durchschnittlichen pro-Kopf-Einkommens von 50,2 LE im Jahre 1951 kann kein Zweifel daran bestehen, daß dieses Klassenwahlrecht eindeutig die Einkommenselite begünstigte. Bezeichnenderweise war das pro-Kopf-Einkommen im Jahre 1951, am Vorabend der Revolution, auf seinem höchsten Stand innerhalb der Epoche von 1922-1952 angelangt.

---

1) Vergl. Jean Ziegler, Soziologie des neuen Afrika, Ghana, Kongo-B., Ägypten, München 1966, S.206 ff., desgl. A. Abdel Malek, a.a.O., S. 45 ff.

2) A.A.El Ghannam, Das Regierungssystem des unabhängigen Ägypten 1922-67, München 1967, S. 51.

3) D.Weiss, a.a.O., S. 22 u. 277.

(Verfolgt man die modernen Revolutionstheorien von Tocqueville bis Fanon, so fand der Coup d'état durchaus konsequent zu einem Zeitpunkt statt, in dem die Trägerklasse des Staatsstreichs, das Kleinbürgertum, ökonomisch relativ gut gestellt war - im Vergleich zu früheren Perioden - politisch jedoch von den Zentren der Macht in einer als unbefriedigend empfundenen Weise ferngehalten wurde.)

Auch die 260 Mitglieder des Unterhauses konnten vom König jederzeit suspendiert werden (Art. 38 und 39).

Nur in 17 von insgesamt 28 Jahren der parlamentarischen Demokratie war das Unterhaus funktionsfähig. [1)]

---

1) A.Ghannam, a.a.O., S. 51 f.

Tabelle 3:

Landbesitzverhältnisse 1951

| Fläche in feddan | Besitzer in 1000 | in % | Kulturfläche in 1000 feddan | in % |
|---|---|---|---|---|
| unter 5 | 2.642 | 94,3 | 2.122 | 35,4 |
| 5 - 10 | 79 | 2,8 | 520 | 8,8 |
| 10 - 20 | 47 | 1,7 | 638 | 10,7 |
| 20 - 50 | 22 | 0,8 | 654 | 10,9 |
| 50 - 100 | 6 | 0,2 | 430 | 7,2 |
| 200 und mehr | 2 | 0,1 | 1.177 | 19,7 |
| Summe | 2.801 | 100,0 | 5.984 | 100,0 |

Quelle: UAR Statistical Handbook, Kairo 1967, S. 50.

Die polaren Einkommensverhältnisse auf dem Lande waren eine direkte Folge dieser unegalitären Besitzverhältnisse. Als das khedivale "Bureau of Agricultural Economics and Statistics" 1949 auf der Grundlage des Zensus von 1947 die Struktur der Einkommensverhältnisse untersuchte, ergab sich, daß allein 0,27 % der Besitzer mit 56.228.635 LE 23 % der Gesamteinkünfte aller landwirtschaftlichen Betriebe erzielten, wie die folgende Tabelle zeigt. 37,36 % der Besitzer mußten sich zusammen mit 4,26 % der Gesamteinkünfte begnügen.

Tabelle 4:

Bruttoeinkommen der landwirtschaftlichen Betriebe

| Betriebsgröße in feddan | Eigner absolut | % | Bruttoeinkommen LE | % |
|---|---|---|---|---|
| bis 1 | 373.692 | 37,36 | 10.405.855 | 4,26 |
| 1 - 5 | 432.428 | 43,24 | 46.035.391 | 18,59 |
| 5 - 50 | 178.368 | 17,85 | 88.117.346 | 36,30 |
| 50 - 200 | 12.831 | 1,28 | 43.643.819 | 17,85 |
| 200 u. m. | 2.744 | 0,27 | 56.228.224 | 23,00 |
| Summe | 1.000.063 | 100,00 | 240.430.635 | 100,00 |

Quellen: Bureau of Agricultural Economics and Statistics, Dep. of Agriculture, Kairo 1949, S. 39.

Im Jahre 1947 umfaßte die Landbevölkerung mit 13,1 Mio. noch 69 % der Gesamtbevölkerung, während die Stadtbevölkerung 5,7 Mio. erreichte (vergl. Tabelle 5) [1)]

Im Zuge der anhaltenden Landflucht haben sich diese Relationen heute weiter zugunsten der Stadtbevölkerung, vor allem der Metropolen Kairo, Alexandria, Port Said verschoben.

Tabelle 5:

Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land

| Jahr | Stadt-Bevölkerung | | Land-Bevölkerung | | Grenzland-Bevölkerung | | Gesamt-Bevölkerung | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | Mio | % | Mio | % | Mio | % | Mio | % |
| 1937 | 3,9 | 24,3 | 11,9 | 75,0 | 0,1 | 0,7 | 15,9 | 100 |
| 1947 | 5,7 | 30,1 | 13,1 | 69,0 | 0,2 | 0,9 | 19,0 | 100 |
| 1957 | 9,5 | 36,6 | 16,2 | 62,3 | 0,3 | 1,1 | 26,0 | 100 |
| 1966 | 12,0 | 39,8 | 17,7 | 59,0 | 0,4 | 1,2 | 30,1 | 100 |

Quelle: Central Agency of Statistics and Mobilization, Statistical Yearbook 1970, S. 13

---

1) Vergl. D. Weiss, a.a.O., S. 97.
Bis Ende 1976 war die Bevölkerung auf ca. 40 Millionen gewachsen. Genauere Zahlen können mit Hinweis auf die militärische Geheimhaltung amtlicher Kairoer Stellen z.Z. nicht gegeben werden.

## 2.2. Landwirtschaftliche Genossenschaften in Entwicklungsländern als Instrumente der Entwicklungsförderung

Im weiteren Sinne ließe sich eine Genossenschaft als Institution verstehen, deren Mitglieder sowohl als Personenvereinigung als auch als Träger eines Geschäftsbetriebes bestimmte, hauptsächlich ökonomische, daneben möglicherweise aber auch gesellschaftliche Ziele verfolgen.
Dieser (zu) weite Begriff bedarf der Präzisierung:
"Einzelpersonen (als Inhaber von Haushalten und/oder Betrieben) bilden zwecks gemeinschaftlicher Erreichung von mindestens einem (individuell angestrebten) gemeinsamen Ziel eine Genossenschaftsgruppe; soweit die gemeinsame Zielverfolgung nur mit Bereitstellung von Gütern und Dienstleistungen möglich ist, wird sie durch den Genossenschaftsbetrieb wahrgenommen, dessen Inhaber die Mitglieder der Gruppe sind. Der Genossenschaftsbetrieb gibt seine Förderungsleistungen direkt an die Mitglieder in ihrer Eigenschaft als Kunden oder Lieferanten (im Sonderfall der Produktivgenossenschaft als Arbeitnehmer) ab." [1]
Dieser Begriff umfaßt sowohl die besonders von Draheim herausgestellte Doppelnatur von Personenvereinigung und Geschäftsbetrieb [2], als auch den von Henzler besonders betonten Förderungsauftrag, den dieser den genossenschaftlichen Grundauftrag nennt. [3]

---

1) A.Hanel, Zur Frage der Abstimmung staatlicher Entwicklungskonzepte für Genossenschaften mit den Zielvorstellungen der Mitglieder, a.a.O., S. 126.
Vergl. E. Dülfer, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, in: Neuere Tendenzen im Genossenschaftswesen, Wiener Studien des Forschungsinstituts für Genossenschaftswesen. N.F.Bd.1, Göttingen 1966 S.8 ff.

2) G.Draheim, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, Göttingen 1952, S.16.

3) R. Henzler, Genossenschaftswesen, Wiesbaden 1952, S. 25, vergl.ders., Die Genossenschaft - eine fördernde Betriebswirtschaft, Essen 1957, S.22.

Auch Webers Identitätsprinzip soll hiermit erfaßt werden. [1] Diese Begriffsmerkmale lassen sich zu einem Modell ausbauen, das folgende Elemente zusammenfaßt: [2]

- Die Genossenschaftsgruppe (als Zusammenschluß von Individuen),
- die Intention der genossenschaftlichen Selbsthilfe, Selbstverwaltung, Selbstverantwortung in der Gruppe,
- die Leistungserstellung durch den gemeinschaftlich errichteten Geschäftsbetrieb und zuletzt
- die zur Realisation der Mitgliederziele [3] angestrebte Förderungsbeziehung im kooperativen Betriebsverbund, der sowohl die Mitgliederbetriebe (oder Haushalte) als auch den Genossenschaftsbetrieb umfaßt. [4]

---

1) Vergl. W. Weber, Die Genossenschaft im Wandel der Umsatzsteuersysteme, in: G. Weisser u. W.W. Engelhardt (Hrsg.), Genossenschaften und Genossenschaftsforschung, Festschrift für Georg Draheim, Göttingen 1968, S.293.
Vergl. R. Eschenburg, Ökonomische Theorie der genossenschaftlichen Zusammenarbeit, Schriften zur Kooperationsforschung, Hrsg. E. Boettcher u.a., Tübingen 1971, S.12.

2) E. Dülfer, Feldforschung und Entwicklungshilfe im ländlichen Genossenschaftswesen der Entwicklungsländer, in: ZfaL, Jg.8, H.2, S. 96.

3) Zur Frage der Zielfunktion vergl. E. Heinen, Aufgaben, Methoden und Ergebnisse der betriebswirtschaftlichen Zielforschung, in: W. Kirsch, (Hrsg.), Gewinn und Rentabilität, Wiesbaden 1968.

4) Vergl. E. Dülfer, Zielsysteme, Entscheidungsprozeß und Organisationsstruktur im kooperativen Verbund. Eine Anwendung kybernetischer Betrachtungsweise, in: G. Weisser u. W.W. Engelhardt (Hrsg.), Genossenschaften und Genossenschaftsforschung, Festschrift für Georg Draheim, Göttingen 1968, S. 170-195, S. 171 ff.

### 2.2.1. Traditionelle Genossenschaft, Marktgenossenschaft, integrierte Genossenschaft

Nach Dülfer sind drei Entwicklungstypen oder "Strukturtypen" zu unterscheiden:
Die traditionelle Genossenschaft, die Marktgenossenschaft und die integrierte Genossenschaft. [1]

Als traditionelle Genossenschaft kann man eine hilfswirtschaftliche Primitivform verstehen, "einen genossenschaftlichen Primärverband zwischen Gemeinschaftsbetrieb und Mitgliederwirtschaft", in dem sich der Genossenschaftsbetrieb auf hilfswirtschaftliche Funktionen beschränkt, die sich aus seiner organwirtschaftlichen Stellung ergeben. [2]
Einen zweiten Typus stellt die Marktgenossenschaft dar. Hier hat sich der Genossenschaftsbetrieb "gegenüber den Mitgliederwirtschaften in einem solchen Maße verselbständigt , daß die Beziehungen zwischen den früheren Verbundpartnern den Charakter von Marktbeziehungen angenommen haben."Diese Situation herrscht besonders bei jenen Genossenschaftsarten vor, die überwiegend Haushalte als Mitgliederwirtschaften besitzen. Die Beziehungen zwischen Genossenschaftsbetrieb und Mitgliederwirtschaften sind hier relativ locker. Der genossenschaftliche Grundauftrag ist hier weniger konkretisiert. Der kooperative Charakter ist z.T. kaum noch erkennbar. [3]

---

1) Vergl. E. Dülfer, Organisation und Management im kooperativen Betriebsverbund, ZfgG, 20, Göttingen 1970, S. 85 ff. Vergl. ders., Arbeitnehmer-Mitbestimmung in Genossenschaften aus betriebswirtschaftlicher Sicht, ZfgG, 4, 1976, S. 302-319, S, 304.

2) Vergl. E. Dülfer, Arbeitnehmer-Mitbestimmung, a.a.O., S. 304 f.

3) E. Dülfer, Arbeitnehmer-Mitbestimmung, a.a.O., S. 308. Vergl. ders., Zielsysteme, a.a.O., S. 182 f.

Ein dritter Typ wird durch die "integrierte Genossenschaftsform" repräsentiert.
Bei diesem Typ sind die Individualbetriebe zwar nicht mehr auf die ausschließliche Leistungsbeziehung zu ihrem Genossenschaftsbetrieb angewiesen, sie benötigen aber bestimmte "informationelle Hilfen seitens des Genossenschaftsbetriebes." Die Intensität der Verbundbildung ist hier besonders hoch. [1)]
Abbildung 1 zeigt das Schema einer integrierten Genossenschaft.

---

1) E. Dülfer, Probleme der Unternehmungs- und Führungsorganisation in der modernen Genossenschaft, in: Gegenwartsfragen genossenschaftlicher Unternehmen, Wiesbaden 1963, S. 14 - 31, S. 21.
Vergl. ders., Organisation und Management, a.a.O., S. 95 ff.

Skizze 1 : Organigramm einer integrierten Genossenschaft




Quelle : E. Dülfer, Zielsysteme, Entscheidungsprozess und Organisationsstruktur im kooperativen Vertriebsverbund. Eine Anwendung kybernetischer Betrachtungsweise, in : G. Weisser (Hrsg.), Genossenschaften und Genossenschaftsforschung, a.a.O., S.184

### 2.2.2. Die Produktionsförderungs-Genossenschaft als Sondertyp der integrierten Genossenschaft

Die ländlichen Mehrzweckgenossenschaften der Entwicklungsländer (multipurpose cooperatives, coopératives polyvalentes), die ihren Mitgliederwirtschaften die verschiedensten Funktionen abnehmen, z.B. solche der Beschaffung, Produktion, Kreditierung oder des Absatzes stellen i.a. solche integrierten Genossenschaftstypen dar.
Als Sonderfall dieser integrierten Genossenschaften hat O. Schiller die Produktionsförderungs-Genossenschaft gekennzeichnet. [1]

Dieser Genossenschaftstyp ist keineswegs mit einer Voll- bzw. Produktivgenossenschaft gleichzusetzen. [2] Er integriert lediglich bestimmte Funktionen, nicht nur Beschaffung, Kreditierung, Absatz, sondern teilweise Produktionsfunktionen (mit einheitlicher Fruchtplanung) in den genossenschaftlichen Betrieb.

---

1) Vergl. O. Schiller, Die landwirtschaftliche Produktionsförderungs-Genossenschaft als neue Genossenschaftsform, Versuch einer Begriffsbestimmung, in: ZfaL, Jg. 4, 1965, S. 129 - 136, S. 129 f.

2) Vergl. dazu W.W. Engelhardt, Prinzipielle und aktuelle Aspekte der Produktivgenossenschaften, in: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung, Hrsg. K. Allewell, Festschrift f. G. Weisser, Berlin 1963, S. 439.
Vergl. Th. Bergmann, Funktionen und Wirkungsgrenzen von Produktivgenossenschaften in Entwicklungsländern, Frankfurt 1967, S. 16 ff.

Produktionsförderungs-Genossenschaften, wie die ägyptischen, die exemplarisch behandelt werden, heben sich von den Typen: Dienstleistungs- bzw. Hilfsgenossenschaften dadurch ab, daß in ihnen ähnlich wie in den Produktivgenossenschaften, aus ihren eigentlichen Produktionsbereichen Feldbau und Viehhaltung integrativ Funktionen aus den Mitgliederbetrieben in den genossenschaftlichen Gemeinschaftsbetrieb verlagert werden. Der einzelne Mitgliederbetrieb behält jedoch im Unterschied etwa zur LPG der DDR seine Selbständigkeit.

Ein wichtiges Kriterium der Unterscheidung der Produktionsförderungs-Genossenschaft von der Produktivgenossenschaft ist die individualistische "Ernte bei der Produktionsförderungs-Genossenschaft, weil dadurch die persönliche Beziehung des Landmenschen zu einem bestimmten Stück Land, das im Regelfall sein eigenes Land ist, aufrechterhalten wird... Dadurch (wächst) auch sein privatwirtschaftliches Interesse, die Ertragsfähigkeit des Landes zu steigern." [1]

Die Produktionsförderungs-Genossenschaft hat Mitgliederbetriebe, die Produktivgenossenschaft hat nur Mitglieder bzw. Genossen. Sie hat nur einen Gemeinschaftsbetrieb. "Die Produktionsgenossenschaft fördert den Erwerb ihrer Mitglieder somit im Gemeinschaftsbetrieb, die Produktionsförderungs-Genossenschaft dagegen in den Mitgliederbetrieben. [2]

---

1) O. Schiller, Die landwirtschaftliche Produktionsförderungs-Genossenschaft, a.a.O., S. 132.

2) J.G.F. Wörz, Die genossenschaftliche Produktionsförderung in Ägypten als Folgeerscheinung der Agrarreform und als neues Element der genossenschaftlichen Entwicklung, Stuttgart 1967, S. 30.

Im Gegensatz zur nicht genossenschaftlich organisierten individuellen Landbewirtschaftung, z.B. in einer deutschen Dienstleistungsgenossenschaft wird die (ebenfalls) individuelle Landbewirtschaftung in einer Produktionsförderungs-Genossenschaft genossenschaftlich geplant und organisiert, auch wenn sie letzlich vom einzelnen Bauern selbst auf seinem Feld durchgeführt wird. Dadurch unterscheidet sich die Produktionsförderungs-Genossenschaft von der Dienstleistungsgenossenschaft. Werden neben den Teilfunktionen Beschaffung, Kreditierung, Absatz noch Produktionsfunktionen von den Mitgliederbetrieben einer Dienstleistungs- bzw. Hilfsgenossenschaft auf den Gemeinschaftsbetrieb übertragen, so vollzieht die Dienstleistungsgenossenschaft den Übergang zur Produktionsförderungs-Genossenschaft. [1)]

Mit der Zahl der Funktionen einer Genossenschaft steigt auch die Zahl ihrer Probleme. So ist der Kapitalbedarf einer vielseitig tätigen Genossenschaft besonders groß. Dieser Einwand wiegt schwer bei der allgemeinen Kapitalknappheit der Entwicklungsländer. Allerdings wären bei einer breiteren Basis einer Genossenschaft auch breitere Kapitalbeschaffungsmöglichkeiten vorstellbar.

Auch die Anforderungen an die Qualifikation des Managements steigen, bzw. an die nebenberuflichen Leiter, wenn sich eine Genossenschaft keine hauptberufliche Verwaltung leisten kann.

---

1) O. Schiller, Produktionsförderungs-Genossenschaft..., a.a.O., S. 130.

Es ist zu vermuten, daß es bei zunehmender Komplexität der Geschäftsführung einer Mehrzweckgenossenschaft in Entwicklungsländern schwerfallen kann, geeignete Fachleute zu finden. Außerdem steigen die Möglichkeiten von Interessenkonflikten innerhalb der Genossenschaften, bei der Verfolgung der verschiedensten Ziele, oder zwischen verschiedenen Mitgliedern bzw. Mitgliedergruppen. [1)]

Der enge Kontakt zwischen Managern und Mitgliedern kann verlorengehen.

Mit zunehmender Betriebsgröße einer Genossenschaft in Entwicklungsländern entstehen schließlich dieselben Probleme der optimalen Betriebsgröße, die die Genossenschaften der industrialisierten Länder auch kennen, so z.B. die mögliche Antinomie zwischen dem (ökonomischen) Kooperativeffekt und der (soziologischen) Gruppensolidarität der Mitglieder bei zunehmender Ökonomisierung. [2)]

---

1) Vergl. G. Draheim, Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur, in: ders., Zur Ökonomisierung der Genossenschaften, Göttingen 1967, S. 191 ff.

2) Vergl. E. Dülfer, Feldforschung und Entwicklungshilfe im ländlichen Genossenschaftswesen der Entwicklungsländer, in: Zeitschrift f. ausl. Landwirtschaft, 8, 1969, S. 93 ff. Vergl. auch ders., Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, in: Neuere Tendenzen im Genossenschaftswesen, Wiener Studien des Forschungsinstituts f. Genossenschaftswesen, Göttingen 1966, S. 5 ff.

### 2.2.3. Gesellschaftliche Modernisierung durch Genossenschaften [1]

Zunächst sollen die gesellschaftlichen Transformationsprozesse untersucht werden, die Genossenschaften in ihren Mitgliedergruppen und in der Gesellschaft selbst einleiten können.

#### 2.2.3.1. Genossenschaften als Schule der Fundamentaldemokratisierung [2]

"Die gleichberechtigte, verbindlich institutionalisierte Zusammenarbeit in verbundwirtschaftlichen Organisationen", wie Bergmann die egalitäre Struktur der Genossenschaft definiert, grenzt die Genossenschaft gegen andere Formen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit ab, bei denen der Einfluß der Mitglieder auf die Willensbildung ihrer Organisation meistens vom eingebrachten Kapital abhängt. Dadurch wird besonders die soziale Funktion der Genossenschaft als Vereinigung der Gleichen deutlich, innerhalb der sich die Willensbildung nach dem Slogan "Ein Mann-eine Stimme" richtet. [3]

---

1) Modernisierung soll hier i.S.v. König verstanden werden. Vergl. R. König, Über einige offene Fragen und ungelöste Probleme der Entwicklungsforschung, in: ders., (Hrsg.), Aspekte der Entwicklungssoziologie, Sonderheft 13 der KZfSS, Köln u. Opladen 1969, Auf die Kritik der Gegner der Modernisierungstheorie, die diesen Ansatz für unrealistisch halten, soll hier verwiesen werden. Vergl.u.a.D. Senghaas, (Hrsg.), Imperialismus und strukturelle Gewalt, Analysen über abhängige Reproduktion, Frankfurt 1972, ausf. Bibliographie S. 379 ff.

2) Karl Mannheim erläutert das Prinzip der Fundamentaldemokratisierung: "Immer mehr soziale Schichten streben heute nach einem Anteil an der gesellschaftlichen und politischen Führung und nach einer eigenen Interessenvertretung", in: Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbruchs, 2. Aufl., Bad Homburg 1967, S. 52 ff.

3) Th. Bergmann, Funktionen und Wirkungsgrenzen von Produktionsgenossenschaften in Entwicklungsländern, Frankfurt, 1967, S. 46 f.

Euphorischer, aber wohl nur für die westlichen Demokratien gültig, formuliert Watkins die soziale Funktion der Genossenschaft: "Jede Genossenschaft ist ein Mikrokosmos, in dem die Menschen lernen, durch ihre eigenen Entscheidungen und in dem durch ihre Verfassung und Ziele bestimmten Maßstab die praktischen Probleme zu lösen, die bei dem Gebrauch und dem Genuß der Freiheit aufgeworfen werden. [1]

Angesichts der entwicklungspolitischen Realität scheint diese Formulierung auf ägyptische Verhältnisse kaum anwendbar zu sein. Der Begriff der Freiheit z.B., wie er in Europa gebraucht wird, läßt sich für die Mehrzahl der Genossenschaften in Entwicklungsländern, angesichts feudalistischer Strukturen und einseitiger Machtverhältnisse, wie (zumindest im vorrevolutionären) Ägypten, nicht verwenden.
Die Frage, was "echte" Genossenschaften sind, scheint angesichts der unterschiedlichen Auffassungen in verschiedenen Gesellschaftssystemen nicht immer leicht zu beantworten zu sein. "Echte"Genossenschaften (im europäischen Sinne)könnten Menschen der Entwicklungsländer zum ersten Mal Unabhängigkeit, Freiheit und Selbstverantwortung bringen. Genossenschaftskredite können sie von Wucher und Ausbeutung befreien, die demokratische genossenschaftliche Selbstverwaltung kann sie vom Zwang und der Unterdrückung feudalistischer Herrschaftsstrukturen befreien, und ihnen gleichzeitig die Chance geben, die Kenntnisse und Fähigkeiten zu erwerben, deren Mangel die früher Herrschenden oft als Rechtfertigung der einseitigen Besitz- und Machtverteilung angeführt hatten, so hoffte man lange Zeit. [2]

---

1) Vergl. W.P. Watkins, Schule freiheitlicher Wirtschaftsordnung, a.a.O., S. 20.

2) Vergl. W.P. Watkins, Schule freiheitlicher Wirtschaftsordnung, a.a.O., S. 22 f.

Auch diese Hoffnungen der Genossenschaftstheorie sind bis heute in der entwicklungspolitischen Realität Utopie geblieben.

Genossenschaftliche Bildungsinvestitionen, vor allem die Erziehung und Ausbildung der Jugend, stärken den demokratischen Aufbau der Gesellschaft. In vielen Entwicklungsländern wäre es sicher schon ein Fortschritt, wenn eine (zumindest gesetzlich) bestehende Schulpflicht für die Mehrzahl der Jugendlichen Realität werden könnte. Die wichtigste Voraussetzung dafür, die Bereitschaft der Eltern, ihre Kinder von der Mitarbeit im Haushalt, im Betrieb oder in der Landwirtschaft zu befreien, könnte durch genossenschaftliche Maßnahmen geschaffen werden, z.B.:

a) Organisation des Arbeitseinsatzes als betriebswirtschaftlich-organisatorische Maßnahme. [1)]

b) Eine Aufwertung der Lehrerrolle als Helfer und Berater könnte den gesellschaftlichen Kontakt zwischen Schule und Elternhaus verbessern und gleichzeitig die Bereitschaft zu Aktionen der Erwachsenenbildung schaffen, was bei den hohen Analphabetenquoten genau so wichtig sein kann wie der Schulbesuch der Kinder. [2)]

An der genossenschaftlichen Willensbildung können im Bildungsprozeß immer mehr Mitglieder teilnehmen, was wiederum die Anteilnahme und Bereitschaft zur aktiven Teilnahme fördern kann.

---

1) + 2) Vergl. M. Fawzi, The Co-operative Movement, a.a.O., S. 58.

Die Willensbildung im genossenschaftlichen Überbau, im Verkehr der Primär-Genossenschaften mit Verbänden, Haupt- und Zentral-Genossenschaften, kann Genossenschaften und Mitglieder in den gesamtwirtschaftlichen Aufbau auf regionaler oder nationaler Ebene integrieren. "Learning by doing" ist ein Prinzip, nach dem Ausbildung und Fähigkeiten des Einzelnen durch die genossenschaftliche Mit- und Zusammenarbeit gefördert werden. [1] So könnten Genossenschaften neue Techniken einführen, neue Verhaltensweisen initiieren. Denn: Technische und erst recht finanzielle Hilfe von "oben" oder "außen", die nicht auf "demokratischer Entwicklungsförderung beruht..., dient nur dazu..., den Willen zur Selbsthilfe weiter sinken zu lassen". [2]

Das genossenschaftliche Prinzip der Erziehung, das z.B. Watkins unter den Rochdaler Prinzipien besonders hervorhebt, kann den Menschen der Entwicklungsländer eine Chance geben: [3] Meta-ökonomische gesellschaftliche Ziele der Genossenschaften, wie das der genossenschaftlichen Erziehung, sind, möglicherweise zugleich als Mittel, einer der "Angelpunkte", von denen aus der sozio-ökonomische Teufelskreis der Unterentwicklung durchbrochen werden kann. [4]

Die Stärkung des demokratischen solidarischen Bewußtseins in einer Genossenschaft oder, wie Draheim es ausdrückt, des "Genossenschaftsgeistes", ist zugleich Ziel und Mittel einer sozialen Entwicklungsstrategie: Die genossenschaftliche Zusammenarbeit fördert Demokratie, Ausbildung und Solidarität der Gruppe.

---

1) R.F. Behrendt, Soziale Strategie, a.a.O., S. 523.

2) R.F. Behrendt, Soziale Strategie, a.a.O., S. 524.

3) Vergl. W.P. Watkins, Schule freiheitlicher Wirtschaftsordnung, a.a.O.,S. 22. Vergl.ders., die Förderung, a.a.O., S. 331.

4) Vergl.P. Trappe, Warum Genossenschaften..., a.a.O., S. 40 f. Vergl. A.G. Ghaussy, a.a.O., S. 107 f.

Demokratie, Ausbildung und Solidarität der Gruppe wiederum stärken den Genossenschaftsgeist und darüber hinaus die Effizienz der Kooperation, sowohl in gesellschaftlicher als auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

### 2.2.3.2. Genossenschaften und Community Development: Organisationen sozio-ökonomischer Mobilisierung

Das Kernproblem einer entwicklungspolitischen Konzeption ist die Mobilisierung der breiten Massen im Entwicklungsprozeß .[1)]
Eine soziale Bewegung wie das Genossenschaftswesen kann viele Mitglieder einer Gesellschaft als primäre oder sekundäre Gruppen aktivieren, auch diejenigen, die bisher am Entwicklungsprozeß nur marginal teilnehmen konnten.

Eine solche Mobilisierung ist auch Ziel der"community-development Bewegungen" in Asien und Afrika. Wenn beide Bewegungen, community-development und Genossenschaftswesen, ähnliche soziale Ziele verfolgen, können sie sich möglicherweise im Entwicklungsprozeß unterstützen.[2)]

---

1) Insoweit ist Mao Tsetung zuzustimmen: "Unsere grundlegendste Aufgabe (auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion) besteht darin, auf organisierte Weise die Arbeitskräfte rationell einzusetzen und die (Männer und) Frauen für die Teilnahme an der Produktionsarbeit zu mobilisieren".
Vergl. "Unsere Wirtschaftspolitik", ausgewählte Werke Mao Tsetungs, Bd. 1, zitiert in: Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung, Peking 1971, S. 351.

2) Vergl. W.P. Watkins, Schule freiheitlicher Wirtschaftsordnung, in: Der Volkswirt, 14 (1960), Sonderheft zu Nr. 27, S. 22.
Vergl. K.D. Osswald, Community Development und animation rurale, in: P. Trappe (Hrsg.), Sozialer Wandel in Afrika südlich der Sahara, Sonderheft 2 der Vierteljahresberichte der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hannover 1968, S. 63 ff.

Der Erfolg des "community-development" als Sozialhilfeprogramm, das, von "oben" organisiert, soziale und ökonomische Ziele ansteuert, hängt nach Osswald vor allem von zwei Faktoren ab: Zum einen von einer gesicherten Finanzierung, zum anderen muß es gelingen, durch gemeinschaftliche Aktionen Einstellungen oder zumindest Verhaltensweisen zu verändern, Bedürfnisse zu wecken, und die Bereitschaft zu aktiver Mitarbeit ganzer Gruppen zu fördern. In ländlichen Regionen sieht er drei Schritte beim Aufbau einer "community-development" Bewegung zusammen mit einer genossenschaftlichen Organisation. [1)]

1. Durch "animation rurale" statische und entwicklungshemmende Einstellungen ändern und die Bereitschaft wecken, neue Techniken und Verhaltensweisen zu akzeptieren. [2)]

2. Gründung einer Genossenschaft mit Vermarktungs- und Kreditfunktionen.

3. Ausdehnung der genossenschaftlichen Aktivitäten und des "community-development" auf andere soziale und ökonomische Bereiche.

Dieses etwas einfach anmutende Schema übersieht aber die Schwierigkeiten gerade bei der Durchführung der einzelnen Stufen. Der genannte Schritt: "Die Bereitschaft wecken" (Stufe 1) scheint gerade eines der Probleme jeder Entwicklungspolitik zu sein.

---

1) ebenda, S. 85.

2) Als Beispiel erfolgreicher "animation rurale" können wir das Kreditgenossenschaftsexperiment in Mit-Ghamr/Ägypten betrachten. In diesem Experiment gelang es, bisher statischen unterprivilegierten Bevölkerungskreisen durch Gewährung relativer Selbstbestimmung, Selbstverantwortung, Selbstverwaltung die Motivation zur Leistungssteigerung zu geben.

Wir haben oben versucht, einige der Aspekte dieses Problems in der Interdependenz des sozialen und ökonomischen Geschehens zu zeigen:
Die soziale Mobilisation der Massen ist für genossenschaftliche und auch für"community-development"Bewegungen die grundlegende Aufgabe.
Eine dezentralistische, demokratische Mobilisation kann breiten Bevölkerungsschichten durch die Teilnahme am Prozeß der genossenschaftlichen Willensbildung möglicherweise zum ersten Mal organisierte Gegenseitigkeitshilfe ermöglichen, was sie vorher nicht kannten, nicht durften und auch nicht konnten.
Watkins drückt das so aus: [1]"Sie (die Genossenschaft) vereinigt Menschen um einen Interessenmittelpunkt, der im Bereich ihrer Erfahrung liegt - einen Genossenschaftsladen, eine Spar- und Darlehnskasse, eine Molkerei... In diesen Gruppen geht der Einzelne nicht unter. Er zählt als Mensch, dessen Ansichten ein gewisses Gewicht haben (bei der gemeinsamen Planung dessen, was die genossenschaftliche Gemeinschaft unmittelbar berührt) und beeinflussen können".

So kann die genossenschaftliche Mobilisation Gruppen zu weiteren Aktionen der Selbsthilfe und der Gegenseitigkeitshilfe ermutigen.

So könnten Genossenschaften u.a. auch "ein geeignetes Mittel zur Mobilisierung des in Entwicklungsländern brachliegenden großen Arbeitskräfte-Potentials sein. [2]

---

1) W.P. Watkins, Schule freiheitlicher Wirtschaftsordung, a.a.O., S. 22.

2) Vergl. P.Trappe, Warum Genossenschaften in Entwicklungsländern?, a.a.O., S. 40.
Vergl. ders., Entwicklungsfunktion..., a.a.O.,S.361 f.

Werden Prozesse der Selbsthilfe, der Selbstverantwortung und der Selbstverwaltung von - möglicherweise staatlich bestellten - sachkundigen Genossenschaftsleitern ermutigt und gesteuert, können diese Aktionen langfristig Erfolg haben und möglicherweise sogar eigendynamische Entwicklungsprozesse initiieren.
Zusammenfassend läßt sich feststellen:

a) Diese Konzeption von der Mobilisation der breiten Masse durch fundamentale Demokratisierung stellt so gesehen eine Alternative zu jenen skeptischen Strategien dar, die Revolutionen als einzigen Ausweg sehen, wie etwa Linton meint: "Gundlegender Wandel in einem Wirtschaftssystem bedeutet Revolution, und jede Revolution bedeutet, wenn der Staub sich verzogen hat, eine neue Clique von Herrschern, (aber) ein Proletariat, das sich nach wie vor in seiner gewohnten Stellung am Boden der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stufenleiter befindet." [1]

b) Die Erfahrung hat gezeigt, daß zuviel staatliche Verwaltung, BUrokratisierung , zentralistische Etatisierung (P.H. Seraphim) [2] den Genossenschaften die Kraft der eigenverantwortlichen Selbsthilfebewegung nehmen kann: Staatshilfe als Starthilfe darf nicht zur "Offizialisierung" [3] führen. [4]

---

1) Vergl. R. Linton, Cultural and Personality Factors Affecting Economic Growth, in: Bert F. Hoselitz (Hrsg.), The Progress of Underdeveloped Areas, Chicago 1952, S. 88.

2) Vergl. P.H. Seraphim, Das Genossenschaftswesen in Osteuropa, Neuwied 1951, S. 57.

3) Vergl. G. Draheim, Die Genossenschaft, a.a.O., S.224.

4) Vergl. E. Hasselmann, Partnerschaft von Staat und Genossenschaftswesen in Entwicklungsländern?, in: Genossenschaftliche Schriftenreihe, Hamburg 1960, S. 12 ff. Vergl. W.P. Watkins, Genossenschaftswesen und Staat, a.a.O., S. 282 f. Vergl. W.W. Engelhardt, Soziale Bewegungen und ihr Verhältnis zum Staat, in: KZfSS IV, 1968, S. 29 - 35.

c) Neue entwicklungsgünstige Verhaltensweisen wie z.B. genossenschaftliche Selbsthilfeaktionen können erfolgreich initiiert werden, wenn sie auf vorhandene Bedürfnisse (z.B. das Bedürfnis nach Gemeinschaft) oder Motivationen (z.B. den Willen zur Entwicklung) aufbauen können. Fehlen diese subjektiven Bedürfnisse und Motivationen im Bewußtsein des Einzelnen, kann es Ziel sozialer Strategien privater Pioniere oder des Staates sein, diese Ideen zu mobilisieren. Die Rolle darauf gerichteter Konzeptionen privater Pioniere oder des Staates besteht so gesehen darin, den Massen der Entwicklungsländer "Brücken" zu bauen, die ihnen den Übergang von der Statik einer unterentwickelten Gesellschaft zur Dynamik einer modernen Wirtschaft und Gesellschaft erleichtern. [1)]

---

1) Vergl. W.P. Watkins, Schule demokratischer Wirtschaftsordnung, a.a.O., S. 21 f.
Vergl. R.F. Behrendt, a.a.O., S. 120 ff.

## 2.2.4. Erwartete ökonomische Kooperationseffekte

Die Internationale Arbeitsorganisation hat in ihren langjährigen Bemühungen um die Effizienz von landwirtschaftlichen Genossenschaften in Entwicklungsländern folgende überwiegend ökonomische Kooperationseffekte herausgestellt, die allerdings in sehr unterschiedlicher Intensität eintreten können.

Hauptziel bleibt dabei:

Securing of Existence, of "the living standard which a man or a family has achieved already, including physical, social and cultural aspects. This means at first securing income in cash or kind of nourishment and the financing of other things necessary to his living standard." [1)]

Spezielle Unterziele können sein:

a) "Improving the economic, social and cultural situation of persons of limited resources...."
b) "Increasing personal and national capital resources...."
c) "Contributing to the economy an increased measure of democratic control of economic activity and of equitable distribution of surplus."
d) "Increasing national income, export revenues and employment by a fuller utilisation of resources...."
e) "Improving social conditions and supplementing social services...."

---

1) J. Kuhn u. H. Stoffregen, How to Measure the Efficiency of Agricultural Cooperatives in Developing Countries, Case Study - Kenya, FAO, Rome 1975, S. 8.

f) "Helping to raise the level of general and technical knowledge of their members." [1)]

---

1) International Labour Organization: Recommendation no. 127, 1966: Recommendation concerning the role of developing countries. Vergl. E. Gabelmann, Die Genossenschaften in Kamerun. Ihre Entwicklung und ihre Bedeutung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes, Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Hrsg. E. Dülfer, Marburg 1971, S. 4. Zur Problematik der Evaluierung ländlicher Genossenschaftsprojekte sei auf folgende neuere Materialien der FAO verwiesen:
E. Dülfer, An Analytical Method for Evaluation of (Agricultural) Cooperatives in Developing Countries, FAO, Rome 1976.
A. Hanel, Concepts for Establishing Rural Cooperatives through Implementation of Specific Government Policies in Developing Countries with Special Reference to a 3-phased Model, FAO, Rome 1976.
J.O. Müller, An Empirical Method for the Assessment of Member Goals in Rural Cooperatives, FAO, Rome 1976.
E. Dülfer, Operational Efficiency of Agricultural Cooperatives in Developing Countries, FAO-Agricultural Development Paper No. 96, Rome 1974.
Vergl. auch N.J. Newiger, Prerequisites for the Development of Agricultural Cooperatives in Developing Countries, in: Year Book of Agricultural Cooperation, Oxford, 1972, S. 40-48.
N.J. Newiger, The Role of Cooperatives and other Rural Organizations in Integrated Rural Development with Special Regard to Project Preparation and Implementation, in: Promotion of Cooperatives, Report on the Symposium on the Promotion of Cooperatives in Developing Countries, organized by FAO in cooperation with COPAG and in collaboration with the government of the Hungarian People's Republic, held at the University of Agriculture Gödöllö, Hungary, (2-14 Sept. 1974), FAO, Rome 1975.

Nach Eschenburg, Benecke u.a. besteht die ökonomische Vorteilhaftigkeit der genossenschaftlichen Kooperation für die Mitgliederbetriebe bzw. -Haushalte in entwickelten Ländern vor allem in Rationalisierungs- und Konkurrenzeffekten. [1] Es wird zu prüfen sein, ob ähnliche Kooperationseffekte auch in Entwicklungsländern wie Ägypten eintreten können.

Nach Dülfer lassen sich die erwarteten Kooperationseffekte auf einem "macrolevel" und einem "microlevel" systematisieren, wie die folgenden Übersichten zeigen:

---

1) Vergl. R. Eschenburg, Ökonomische Theorie der genossenschaftlichen Zusammenarbeit, a.a.O., S. 15 f.
Vergl. D.W. Benecke, Kooperation und Wachstum in Entwicklungsländern, eine Analyse des Beitrags der Genossenschaften zur wirtschaftlichen Entwicklung, Schriften zur Kooperationsforschung, Bd. 2, Hrsg. E. Boettcher u.a.,Tübingen 1972, S. 133 ff.
Vergl. auch G. Fleischmann, Genossenschaften und Wettbewerb, in: ZfgG, Bd. 22, 1972, H.2, S. 159-174.
Vergl. ders., Wettbewerbstheorie und Genossenschaften, in: Theorie und Praxis der Kooperation, Schriften zur Kooperationsforschung, Bd. 3, Hrsg. E. Boettcher u.a., Tübingen 1972, S. 105-133.
Zur Frage des statischen und dynamischen Wettbewerbs vergl.bes. E. Kantzenbach, Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, Göttingen 1966, S. 19 ff.
Vergl auch W. Hamm, Wettbewerbspolitische Aspekte genossenschaftlicher Aktivität, in: E. Boettcher u. H. Westermann (Hrsg.), Genossenschaften- Demokratie und Wettbewerb, Tübingen 1972, S. 465 - 496.

Systems of development targets

| development policy (macrolevel) : | individual social and economic development (microlevel) : |
|---|---|
| national identity: political and financial independence, equality with other nations, national integration | motivation, partizipation, mobilization, integration : of the individual farmer |
| improvement of public health, tecnical, cultural and production structures | improvement of nutrition, especially animal protein |
| increase of per capita income, earnings, export, production | increase and stabilization of income in kind and in cash |
| stabilization of employment, increase and diversification of agricultural production, improvement of marketing systems in agriculture<br><br>mobilization of human ressources in rural areas<br><br>reform of basic legal and institutional structures | increase of farm production, diversification, quality control, improvement of marketing, application of new prodution technics, cultivation of new crops or varieties, creation of new storage and marketing facilities, creation of processing facilities etc. motivation for dynamic behaviour, grouping for self-protection, grouping for joint liability |

Quelle : Diesem Organigramm der makroökonomischen und mikroökonomischen development targets der Genossenschaften lag Dülfer´s Schema zugrunde: E. Dülfer, Operational Efficiency..., a.a.O., S.18 ff.

An diesem hohen theoretischen Anspruchsniveau, das an die Effizienz der Genossenschaften, besonders der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Entwicklungsländern heute gestellt wird, müssen sich die z.T. zwar beachtlichen, insgesamt jedoch keineswegs überwältigenden tatsächlich realisierten Erfolge der Genossenschaften in Entwicklungsländern wie in unserem Beispiel: Ägypten messen lassen. [1)]

---

1) Ein Vergleich mit den Aufgaben ländlicher Genossenschaften anderer Entwicklungsländer zeigt weitgehende Übereinstimmung mit denen des ägyptischen Genossenschaftswesens. In einer Untersuchung der landwirtschaftlichen Genossenschaften in Malaysia zitiert Kuhn z.B. den Generaldirektor der Farmers' Organization Authority, Malaysia, Ahmad Sarji bin Abdul Hamid, der folgenden Aufgabenkatalog für Farmers' Cooperatives angibt:
   a) "to provide extension services and training facilities to farmers as to equip them with technology essential for the advancement of agriculture, horticulture, animal husbandary, home-economics, agribusiness and other commercial enterprises;
   b) to expand agricultural production amongst farmers and smallholders so as to promote greater diversification and commercialisation of agriculture and to expand and promote agribusiness;
   c) to make available farm supplies and daily necessities including other facilities required for progressive farming and better rural living;
   d) to provide farm mechanization facilities and services necessary in modernising farming operations;
   e) to provide credit facilities and services and to promote greater investment in agricultural and economic pursuits;
   f) to promote, encourage, facilitate and offer services for rural savings;
   g) to provide marketing services, storage, drying complexes, warehousing and other facilities;
   h) to operate and provide transportation facilities to enhance agricultural marketing and related operations;
   i) to establish and operate processing plants and milling complexes necessary for processing of agricultural products;
   ..... (Fortsetzung siehe Seite 44)

Die Fehlschläge vieler Genossenschaften bei der praktischen Arbeit im Feld scheinen eine zunehmende Skepsis gegenüber solchen (möglicherweise ideologischen) Denkansätzen zu berechtigen, die in den Genossenschaften in unzulässiger Verallgemeinerung ein "Allheilmittel" oder eine "Allzweckwaffe" im Entwicklungsprozeß erkennen wollen.
Wer die Rolle der Genossenschaften in Entwicklungsländern kritisch betrachtet, wie es die vorliegende Arbeit intendiert, kann mit Dülfer sogar von einer "Krise der Genossenschaften in der Entwicklungspolitik" sprechen. [1)]

Im folgenden soll zunächst ein mehr positiver Standpunkt zur Effizienz von Genossenschaften in Entwicklungsländern eingenommen werden, an den sich später ausführliche kritische Betrachtungen anschließen sollen.

---

..... (Fortsetzung von Seite 43)

j) to facilitate capital formation and to promote investment amongst farmers through equity participation in commercial and agribusiness ventures;
k) to assist members in acquiring land and to undertake land development projects for the benefits of members;
l) to promote and stimulate group action through various community projects and facilitate leadership development;
m) to provide services, educational and recreational facilities to enhance the social advancement and well being of farm families."

Dieser Aufgabenkatalog ließe sich ohne weiteres auf ägyptische Verhältnisse übertragen.
Vergl. J. Kuhn, Landwirtschaftliche Genossenschaften in Malaysia im Wandel, in: ZfgG, 4, 1976, S. 351-59, hier S. 358.

---

1) Vergl. E. Dülfer, Pro und Contra zur Effizienz von Genossenschaften in Entwicklungsländern - eine Einführung in: ders. (Hrsg.), Zur Krise der Genossenschaften in der Entwicklungspolitik, Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, R.B. Bd. 10, Göttingen 1975, S. 1 - 16, hier S. 10 ff.

## 2.3. Die Gründungsphase der ersten Genossenschaften in Ägypten

"Ideen, welche die Menschheit später beherrschen, entstehen zuerst in den Köpfen Einzelner", formulierte Eucken. [1)]

In den Ländern der westlichen Welt konstituierten sich Genossenschaften i.a. nach folgendem Schema: Gründerpersönlichkeiten oder eine Gruppe von Gründern schlossen sich auf freiwilliger Basis zusammen, formulierten Ziele und Bedingungen des Zusammenschlusses (z.B. ein Statut) und errichteten einen gemeinschaftlichen Geschäftsbetrieb, eine Aktionsgemeinschaft, der sich dann andere (Mitglieder oder Gruppen) anschlossen.

Die Genossenschaftspioniere, die in Ägypten die Idee der gegenseitigen Hilfe in Genossenschaften auf dem Lande propagierten, stammten wie die deutschen Genossenschaftspioniere Raiffeisen und Schulze-Delitzsch selbst nicht aus den Kreisen der unterprivilegierten, förderungsbedürftigen Landwirtschaft.

Möglicherweise konnten nur außenstehende Beobachter die objektive Notlage der Landwirtschaft, verglichen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen, erkennen.

---

1) Walter Eucken, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Hamburg 1959, S. 133.

Die Entstehungsgeschichte der ägyptischen Genossenschaften reicht bis zum Beginn dieses Jahrhunderts zurück. Ausgangsjahr genossenschaftlicher Bewegungen war das Jahr 1907 mit einer katastrophalen Mißernte der ägyptischen Baumwolle. Gleichzeitig erlebte die auf dem Weltmarkt konkurrierende amerikanische Baumwolle eine Rekordernte. Der dadurch ausgelöste Preisverfall für Baumwolle stürzte die ägyptische Landwirtschaft, die vom Export dieser pocket-crop lebte, in eine schwere Krise. [1)]
Der Zusammenbruch der Bank of Egypt im selben Jahr zog den Zusammenbruch nahezu des gesamten Kreditmarktes nach sich, was zu zahlreichen Zwangsversteigerungen kleinerer ländlicher Betriebe führte, die von der Baumwolle lebten. [2)]

Genossenschaftstheoretisch gesehen war hier eine als verbesserungswürdig empfundene Situation und der Wunsch nach (Selbst-) hilfe in sozial schwachen Schichten gegeben. Die nun notwendige Gründungsinitiative wurde bald darauf ergriffen. Ohmar Lotfy Bey, Advokat, Philantrop, Politiker, engagierte sich und gründete 1907 mit Gesinnungsfreunden eine erste landwirtschaftliche Kreditgenossenschaft im Nildelta nach Raiffeisen-Vorbild. [3)]

---

1) Vergl. J.v. Muralt, Entwicklung und Struktur des Genossenschaftswesens in Ägypten, a.a.O., S. 17 f.

2) Central Bank of Egypt, Cooperation in the UAR, Cairo 1963, S. 105.

3) M. Fawzi, The co-operative Movement in Egypt, Cairo 1967, S. 6.

Bis 1914 entstanden 17 weitere Genossenschaften, von denen aber viele schnell illiquide wurden, da die Konkurrenz der etablierten Kreditinstitute und des privaten Geldverleihs durch die stimulierende Wirkung des Krieges wieder wuchs.
Ohne Genossenschaftsgesetzgebung konnten die Genossenschaften nur in der Rechtsform einer AG gegründet werden. Erst als 1923 nach dem Vorbild des "Industrial and Provident Societies Act" ("der Magna Charta des modernen Genossenschaftswesens") [1] erste Genossenschaftsgesetze entstanden, konnte die Bewegung zahlenmäßig größer werden.

Interessant an diesen ersten Gesetzen ist die Einrichtung eines Sozialfonds, in den die Genossenschaften 10 % ihres Jahresüberschusses abzuführen hatten. Dieser Passus erscheint bemerkenswert modern und zeigt schon die weitere Entwicklung, in der den Genossenschaften bestimmte sozialpolitische Aufgaben, die eigentlich Pflichten des Staates sind, übertragen wurden, besonders nach der Revolution von 1952.

---

1) Vergl. J. Back, Genossenschaftsgeschichte, in: HWB, Stuttgart 1956, S. 2201.
Zu grundsätzlichen Fragen der Genossenschaftsgesetzgebung in Entwicklungsländern und zu Fragen der Rechtsstellung sei auf das vielfältige Schrifttum von H.H. Münkner verwiesen, hier bes.: Die rechtliche Regelung der Genossenschaft im Gründungsstadium. Ein Beitrag zur Regelung präkooperativer Organisationsformen in Entwicklungsländern, in: E. Dülfer (Hrsg.), Zur Krise der Genossenschaften in der Entwicklungspolitik, Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Göttingen 1975, S. 209-249.

Steuerliche Begünstigungen, wie Befreiung von der USt, die Befreiung von Gebühren für Gründung und Eintragung ins Handelsregister, von Importzöllen auf Material und Maschinen, allerdings nur in den ersten beiden Gründungsjahren, gaben den Genossenschaften eine gewisse Attraktivität, wie die zahlenmäßige Entwicklung bis 1952 zeigt. (Vergl. Tabelle 6).

Diese vor-revolutionären Genossenschaften waren mehr Unternehmungstypen als Personenvereinigungen - i.S. der Doppelnatur, wie Draheim u.a. sie sehen. Sie waren staatlich subventionierte Selbsthilfeorganisationen der bäuerlichen Oberschicht. Viele waren nur auf dem Papier existierende "window-societies", nur Auffangstellen für zinsgünstige Kredite oder andere Subventionen. [1)]

Die sozial schwachen Schichten, die landlosen Fellachen, die die Mehrzahl der bäuerlichen Bevölkerung ausmachten, wurden durch sie nicht gefördert, da die mittelständischen und großbäuerlichen Mitglieder der Genossenschaften naturgemäß kein Interesse an der Aufnahme der "Habenichtse" hatten.

Insgesamt gesehen blieb Ohmar Lotfy's mit viel Enthusiasmus begonnenes Werk damals ohne Resonanz. Eine genossenschaftliche Idee der Selbsthilfe konnte sich nicht entwickeln. Die genossenschaftliche Bewegung wurde keine soziale Bewegung auf breiter Basis, wie etwa in Deutschland, wo sich z.B. die Konsum-Genossenschaften als "drittes Bein" der sozialen Bewegung der Arbeitnehmer verstanden, neben der SPD und den Gewerkschaften. [2)]

---

1) M. Fawzi, a.a.O.,S.8 f., desgl. T. Engelmann, K. Tröscher, B. Fassnacht, Entwicklung und Stand des Genossenschaftswesens in der Vereinigten Arabischen Republik, Bonn 1962, S. 10.

2) Für die landwirtschaftlichen Genossenschaften in der deutschen Genossenschaftsgeschichte gilt dies weniger.

## 2.4. Die genossenschaftliche Aufbauzeit 1925-1952

Die nach 1923 folgende Zeit des genossenschaftlichen Aufbaus brachte der Bewegung keine echte Blüte, wenn sie auch zahlenmäßig an Bedeutung gewann, wie Tabelle 6 zeigt.

Das Interesse des Staates reichte nicht aus, die Bewegung weiter zu lenken und zu schützen. [1] Diese Nicht-Interventionspolitik änderte sich auch nicht wesentlich durch eine kleinere finanzielle Unterstützung, die der Staat ab 1927 der Bewegung gab.

Wie in vielen anderen Ländern stand der Landwirtschaft Ägyptens dauernd zuwenig Kapital zur Verfügung. Daraus erklären sich u.a. der Einfluß der privaten Geldverleiher sowie überhöhte Zinsen, wie sie in vielen Entwicklungsländern mit feudalistischen bzw. agrarkapitalistischen Sozialstrukturen zu finden sind. [2] Diese Kapitalknappheit bestand in besonderem Maße für die Genossenschaften. Darum gewährte die Regierung der Bank MISR zur Vergabe an Genossenschaften 1927 einen Kredit von 250.000 LE (1930 auf 350.000 LE erhöht). Die Regierung berechnete 2 %, die Bank den Genossenschaften 5 % und Privatleuten 7 %. [3]

---

1) Vergl. A.G. Ghaussy, a.a.O., S. 280 ff.

2) The Agricultural and Co-operative Credit Bank, (Hrsg.), "History of Agricultural Credit in Egypt", Cairo 1962, S. 12. Ghaussy führt an, daß Zinssätze privater Geldverleiher von 50 % und mehr die Regel waren. Zudem stellte der Kredit oft eine Vorauszahlung für den Verkauf der Ernte dar, so daß je nach Ernteausfall und tatsächlichem Erlös der effektive Zins beträchtlich höher liegen konnte. Vergl. auch FAO, IBRD (ed.), Outlines for Projects to be presented for Financing, Rome 1967. Vergl. W.J. Maddock, Financing Cooperatives in Developing Countries, Madison 1969, S. 47 - 92.

3) 1945 wurden die Zinssätze auf 3 % und 5 % herabgesetzt. Vergl. Engelmann, Tröscher, Fassnacht, a.a.O., S. 12.

Die Kreditvergabe war Anlaß für weite Kreise des Großgrundbesitzes, den Genossenschaften beizutreten, ohne daß sie an einer Verbesserung der landwirtschaftlichen Verhältnisse interessiert waren.

So blieb das Genossenschaftswesen eine Einrichtung zur Förderung der Oberschicht. Die breite Masse profitierte nicht davon. Die entwicklungspolitische Wirkung blieb gering. [1)]

Der 2. Weltkrieg brachte einen zahlenmäßigen Aufschwung der Genossenschaftsbewegung. Aber während 1942 bis 1944 die Zahl der Mitglieder um mehr als das 6-fache und die Umsätze um knapp das 4-fache zunahmen, ist bis 1947 dagegen ein Rückgang der Mitgliederzahlen festzustellen. Diese Angaben machen es deutlich, daß der außerordentliche Aufschwung der Genossenschaften in erster Linie auf die stimulierenden Maßnahmen der Regierung zur Erfüllung der kriegswirtschaftlich bedingten Aufgaben zurückzuführen war. Es handelte sich nur um "eine Scheinblüte ohne innere Konsolidierung". [2)]

Weiteres statistisches Material dieser genossenschaftlichen Aufbauzeit liefern die Arbeiten von Muralt und Treydte in solch ausführlichem Maße, daß hier dorthin verwiesen werden kann. Leider sind beide Arbeiten vorwiegend deskriptiv angelegt. Sie vernachlässigen die kritische Analyse des genossenschaftstheoretischen und sozialpolitischen Hintergrundes dieser Zeit des Versagens der Genossenschaftsbewegung. [3)]

---

1) Die Schuld an diesen Mißerfolgen der Genossenschaften ist mehr in mangelhafter Organisation und fehlenden Programmen zu suchen, weniger in der genossenschaftlichen Idee an sich. Strickland führt das Versagen der Genossenschaften in dieser Zeit besonders auf den Mangel an fähigen Führungskräften zurück. "The ignorant have been send to leed the ignorant, the blind to guide the blind, and the result has naturally been disastrous". Strickland, "The Co-operative Society as an Instrument of Economic and Social Construction", in: International Labour Review. Bd. 37 (1938). Dieser Satz läßt sich ohne weiteres auf ägyptische Verhältnisse übertragen.

2) J.v. Muralt, a.a.O., S. 43.

3) P. Treydte, Genossenschaften in der VAR (Ägypten) a.a.O., S. 25 ff.

Tabelle 6

Entwicklung der traditionellen landwirtschaftlichen Genossenschaften
1929 - 1952

| Jahr | Anzahl der G. | Anzahl der M. | Kapital LE | Reserven LE | Überschüsse LE | Umsätze LE |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1929 | 215 | 22.109 | 79.967 | 9.410 | 11.809 | 239.587 |
| 1934 | 620 | 60.330 | 164.990 | 33.270 | 18.908 | 578.462 |
| 1939 | 738 | 70.021 | 185.945 | 70.627 | 17.414 | 959.044 |
| 1944 | 1559 | 517.053 | 648.983 | 107.698 | 75.855 | 306.216 |
| 1949 | 1659 | 529.329 | 666.175 | 358.617 | 127.709 | 5.006.425 |
| 1952 | 1727 | 498.652 | 666.253 | 484.010 | 112.128 | 5.276.317 |

Quelle: Central Agency of Public Mobilisation, Nr. 3, Cairo 1974.

## 2.5. Analyse des Versagens der traditionellen Genossenschaften

Wenn wir versuchen, die effektiven Leistungen bei der Förderung der Genossenschaftsbauern in der genossenschaftlichen Aufbauphase auf den in Kapitel 2.2. aufgestellten theoretischen Bezugsrahmen anzuwenden, zeigen sich die Mängel des traditionellen Genossenschaftswesens.

Die Gründe für den mangelnden Erfolg der Genossenschaften in ihrer Aufbauphase 1923-1951 sind vielschichtig. Treydte und v. Muralt beschränken sich in ihren Untersuchungen darauf, "soziologische, psychologische, wirtschaftliche und institutionelle Gründe" [1] zu erwähnen. Zu einer tiefgreifenden Analyse gelangen diese Arbeiten nicht.
Zuzustimmen ist v. Muralt, wenn er testiert, daß das Versagen der Genossenschaften in dieser Zeit nicht auf unzureichende Gesetzgebung zurückzuführen ist. [2] Genossenschaftsgesetze bestanden seit 1923, wenn auch nicht behauptet werden kann, daß die bestehende Gesetzgebung die Genossenschaften überdurchschnittlich gefördert hätte.

Die Ursachen des Versagens liegen im Grundsätzlichen. So kritisiert B. Tibi an diesen Ansätzen, daß "die Wurzel all dieser Faktoren, nämlich die spezifische Sozialstruktur Ägyptens" vernachläßigt wird. Sie sehen nicht, so Tibi, daß es sich hier um "typische Erscheinungsformen eines Sozialsystems handelt, in dem das Privateigentum vorherrscht und das zudem in jeder Weise unterentwickelt ist". [3]

---

1) K.P. Treydte, a.a.O., S. 27 ff.

2) J.v. Muralt, a.a.O., S. 52 ff.

3) B. Tibi, Militär und Sozialismus in der Dritten Welt, Frankfurt 1973, S. 231 ff., hier: S. 243. Vergl. oben. Damit sei noch einmal unterstrichen, daß die Ursachen dieses Versagens der Genossenschaften weniger in der genossenschaftlichen Idee an sich zu suchen sind (falls es damals eine solche "Idee" in Ägypten überhaupt gab), ····· (Fortsetzung siehe Seite 53)

## 2.5.1. Feudalistische Strukturen in den Genossenschaften

Feudalismus und soziale Abhängigkeit der kleinen Bauern, Pächter oder Dazu-Pächter von den Großgrundbesitzern: Diese sozialen Strukturen in der Landwirtschaft zwischen Feudalismus und Agrarkapitalismus spiegelten sich in den Genossenschaften wider, wie ja die Genossenschaften immer die Strukturen der Wirtschafts- und Sozialverfassung widerspiegeln, in deren Rahmen sie arbeiten.
Mißerfolge der bestehenden Genossenschaften waren eine notwendige Konsequenz von Sozialstrukturen, die den genossenschaftlichen Prinzipien der Gleichberechtigung, der demokratischen Willensbildung unabhängig vom eingebrachten Kapital, der offenen Mitgliedschaft und der politischen Neutralität diametral entgegenstanden. Bergmann beschreibt solche Sozialstrukturen folgendermaßen:
"Die Masse der Bauern ist unterbeschäftigt, aber auch unterernährt. Die Bereitstellung der für eine langfristige Arbeitsinvestition notwendigen Lebensmittel übersteigt die Produktionskraft des einzelnen Landbewirtschafters. Die bewirtschaftete Fläche ist zu klein und zu stark parzelliert, die überschüssige Arbeitskraft der Einzelfamilie zu gering, um größere Verbesserungen durchzuführen und zu nützen. (Viele)Bauern verfügen rechtlich nicht über den Boden, "können" diesen also nicht in eine Vollgenossenschaft einbringen. Sie haben zu wenig Kapital, um das Startkapital einer Dienstleistungsgenossenschaft einzuzahlen. Sie sind so verschuldet, daß sie nicht vom privaten Kommissionär oder Geldverleiher loskommen können.

---

..... (Fortsetzung von Seite 52)

als vielmehr in der mangelhaften Organisation, der mangelhaften bzw. fehlenden Verwendung als entwicklungspolitisches Instrument etc., wobei die Genossenschaften durchaus als Funktion bzw. Spiegel der sie umgebenden Sozialstruktur gesehen werden können.

Ein eigener freier Entschluß zur Bildung einer Genossenschaft ist daher oft nicht möglich." [1]
Staatliche Eingriffe in einer solchen Situation fallen aufgrund der Machtverhältnisse nicht zugunsten der Kleinbauern aus, sondern kommen nur der Agrarbourgeoisie zugute.
Wie dargelegt, boten die Genossenschaften, besonders in der Zeit der Kriegswirtschaft, den Großgrundbesitzern Anreize, ihnen beizutreten: zum günstigen Bezug von (rationiertem) Saatgut, Materialien, Krediten, die über die Genossenschaften verteilt wurden. Als Genossenschaftsmitglieder bestimmten die Großgrundbesitzer auch die Geschäftspolitik von der Willensbildung bis zur Preisgestaltung und Mitgliederselektion.

Diese Transformation der Genossenschaften von Selbsthilfeorganisationen sozial Schwacher zu profitorientierten Organen der Agrarbourgeoisie konstatieren auch Darling und Treydte: " Die Genossenschaften wurden zu einem Instrument (der Großgrundbesitzer) gegen die Fellachen und verschlechterten deren Lage noch zusätzlich. Sie (die Genossenschaften) waren nicht Organisationen der Armen, um ihre Lage zu verbessern, sondern ein Instrument des Feudalismus gegenüber den Fellachen und Kleinbauern. Für die landlosen Teilpächter bedeutete eine mit Hilfe der Genossenschaften erreichte Produktionssteigerung nicht notwendigerweise auch eine Verbesserung des Lebensstandards durch eine Erhöhung des Einkommens, denn" die Großgrundbesitzer pflegten jede Mehrproduktion

---

1) Vergl. Th. Bergmann, Funktionen und Wirkungsgrenzen von Produktivgenossenschaften in Entwicklungsländern, Frankfurt 1967, S. 33 ff. Kritisch muß hier angemerkt werden, daß viele Bauern auch dann, wenn die Möglichkeit bestünde, nicht bereit wären, einer Vollgenossenschaft beizutreten. Die Gründe dafür sind überaus vielschichtig mit dem Prozeß des sozio-ökonomischen Wandels verbunden. Vergl. A. Hanel, Genossenschaften in Nigeria, Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, Bd. 3, Marburg 1967, S. 103 ff.

sofort durch eine Verbesserung der Pachtvertragsbedingungen zu ihren Gunsten abzuschöpfen, sodaß den Bauern jeder Anreiz zur Mehrproduktion genommen wurde". [1]

Die Genossenschaften, die sich darauf beschränkten, Staatskredite zu vermitteln, oder (kriegsbedingt) rationierte Güter wie Saatgut, Futter, Getreide, Düngemittel und ähnliche inputs zu vermitteln, organisierten weder moderne Produktionstechniken oder irgendwelche Hilfsmaßnahmen für die Betriebsführung der Fellachen, noch bauten sie einen leistungsfähigen Absatzapparat aus, der angemessene Erlöse oder eine konjunkturunabhängige Erlösstabilisierung ermöglicht hätte. [2]

---

1) Sir M. Darling, Land-Reform in Italy and Egypt, in: Yearbook of Agricultural Co-operation, Oxford 1956, S. 20.

2) Vergl. K.P. Treydte, a.a.O., S. 29.
Vergl. auch die aktuelle Forderung der UNCTAD nach Exporterlösstabilisierung (Stabex), wie sie z.B. auf der UNCTAD IV in Nairobi gestellt wurde.
Vergl. D. Kebschull u.a., Das integrierte Rohstoffprogramm, a.a. O., S. 15 ff.

### 2.5.2. Mangelnde Einsicht in die Vorteilhaftigkeit der Kooperation bei den Genossenschaftsbauern

Der geringe Bildungsstand, der vom Islam geprägte Fatalismus und Traditionalismus und die jahrtausende alte Unselbständigkeit der sozial schwachen Fellachen belasten ihre Bereitschaft und Fähigkeit, in einer egalitären, demokratischen, nach rationalen Geschäftsmethoden geführten Genossenschaft zu arbeiten. [1] Allerdings darf der dem Islam besonders von westlichen Beobachtern konzedierte Bremseffekt bei der Adaption sozialer Innovationen nicht überbewertet werden. Dagegen spricht z.B. der weltweite "Entkernungseffekt", den die meisten Weltreligionen im Zuge der internationalen Säkularisation des 20. Jahrhunderts erlitten haben. Andererseits weist z.B. der französische Orientalist Maxime Rodinson nach, wie ungeeignet der Islam für den wirtschaftlichen Aufbau ist, "weil er als Religion die höchsten Werte, die anzustreben sind, ins Überirdische verlagert..." [2]

---

1) Traditionalismus darf nicht mit Tradition verwechselt werden: Unter Tradition versteht Hans Albert z.B. eine "für alle Bereiche des sozialen Lebens bedeutsame Überlieferung von wissens- und glaubensbeständigen Normen und Wertorientierungen" sowie das Wissen um diese Überlieferungen. Traditionalismus ist dagegen jene "spezifische Einstellung, die darauf hinausläuft, das Überlieferte an sich heilig zu sprechen, die Tradition mit einer höheren Weihe zu versehen und sie dadurch der kritischen Analyse zu entziehen". H. Albert, Tradition und Kritik, in: Club Voltaire, Jahrbuch für kritische Aufklärung II, hrsg. von G. Szczesny, München 1965, S. 165 ff.

2) M. Rodinson, Islam und Kapitalismus, Frankfurt 1971, S. 50 ff.

Auf Rodinsons zentrale These, daß "der Widerstand des Islam gegen den Kapitalismus ein Mythos (ist), gleichgültig, ob diese These im Guten oder in böser Absicht vorgetragen wird", werden wir weiter unten rekurrieren. [1)]

Die bewahrende Funktion des Islam zeigt die Geschichte des moslemischen Ägyptens sehr gut und eine Analyse der Integration des Islam in die ägyptische Tagespolitik verdeutlicht, "daß die führenden Schichten den Islam benützen..., um ihr konservatives Verhalten zu sakralisieren ... Die führenden Klassen haben die Mittel, die Männer der Religion zu beeinflussen".
Daraus folgert, daß sich der Islam aufgrund seines historisch gewachsenen und im Bewußtsein besonders der Landbevölkerung tief verankerten Schwergewichts für herrschaftskonservierende und- stabilisierende Ideologien, nicht nur in Ägypten, sondern auch in anderen arabischen Ländern von den politischen und ökonomischen Machtfaktoren in dieser Epoche zwischen Feudalismus und Agrarkapitalismus hervorragend instrumentalisieren ließ. [2)]

---

1) ebenda, S. 207

2) Vergl. B. Tibi, a.a.O., S. 220.

Ein anderer Punkt war die fehlende Ausbildung der Genossen. Im Jahre 1947 waren nach Angaben der Unesco mindestens 68,5 % der männlichen ägyptischen Landbevölkerung über 15 Jahre Analphabeten. Die Quote der entsprechenden weiblichen Analphabeten der Altersklasse über 15 Jahre wird sogar auf 90 % geschätzt. Bis 1960 hatten sich diese Verhältnisse im ländlichen Ägypten nur wenig geändert, wie die Tabelle zeigt.

Tabelle 7

Analphabeten in der ägyptischen Landbevölkerung 1960

| Altersgruppe (Jahre) | insgesamt % | männlich % | weiblich % |
|---|---|---|---|
| 10 - 14 | 59,6 | 50,2 | 69,6 |
| 15 - 19 | 72,9 | 63,6 | 81,9 |
| 20 - 24 | 77,3 | 66,5 | 86,8 |
| 25 - 34 | 78,2 | 63,3 | 90,1 |
| 35 - 44 | 80,8 | 67,6 | 93,4 |
| 45 - 54 | 84,8 | 72,5 | 96,0 |
| 55 - 64 | 86,3 | 74,0 | 97,5 |
| 65 - | 90,5 | 80,6 | 98,8 (!) |

Quelle: Unesco, Statistical Yearbook 1965, Paris 1966, S. 50.

Seit den Tagen Mohamed Alis wird das Technologie-Gefälle zwischen Ägypten und z.B. Europa stetig durch Transfers von Technologie und know-how abzubauen versucht. Die Anwendung der zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktivität notwendigen Innovationen erfordert einen adäquaten Bildungsstand bei den Genossenschaftsbauern. Diesen Zusammenhang hatte bereits v. Muralt erkannt: "Es ist weniger eine Frage der Bevölkerung, lesen und schreiben zu können, die über den Erfolg bei der Einführung genossenschaftlicher Organisationen entscheidet, sondern der Stand des technischen Wissens ist von ausschlaggebender Bedeutung". [1)]
Hier hätten die Genossenschaften als "Edukationsmodell" (Dülfer) ihren Bildungsauftrag erfüllen können. Aber auch auf diesem Sektor konnten die frühen ägyptischen Genossenschaften keinen produktiven Beitrag zur Mobilisation und Dynamisierung der Landwirtschaft leisten.

### 2.5.3. Betriebsgrößen unterhalb der Rentabilitätsschwelle

Die Zersplitterung der Böden in kleinste Parzellen war einerseits eine Folge der Machtverhältnisse und des parasitären Pachtsystems, bei dem 60 % der Böden jährlich neu auf Versteigerungen verpachtet wurden, andererseits auch Folge des islamischen Erbrechts der Realteilung, bei der jeder Nachkomme einen Teil des Landes erhielt.
Männliche Nachfahren erhielten den doppelten Anteil der weiblichen.

Die zunehmende Zersplitterung der Landbesitze zeigt sich auch im Absinken der durchschnittlichen Größen von 6,5 feddan im Jahre 1897 auf 2,1 feddan 1951.

---

1) J.v. Muralt, a.a.O., S. 46

Durchschnittliche Größe der Landbesitze, durchschnittliche Betriebsgrößen der Höfe auf eigenem Land, auf gepachtetem oder dazu-gepachtetem Land und zuletzt die einzelnen verpachteten (und möglicherweise weiterverpachteten) Parzellen fallen also als Folge der Besitzverhältnisse, des Pachtsystems und des Erbrechts auseinander.
Die Betriebsgrößen lagen i.a. unter der Rentabilitätsschwelle. Als Rentabilitätsschwelle eines landwirtschaftlichen Betriebes mit 5 Familienmitgliedern nimmt Weiss für 1951 5 feddan an. [1] Das Agrarian Reform Distribution Department setzt die Rentabilitätsschwelle (durchschnittlich) dagegen auf 2 feddan. Man wird - je nach Zahl der Arbeitsräfte und des Kapitaleinsatzes - einen Mittelwert von 2-5 feddan annehmen können. Zum Vergleich sei daran erinnert, daß die Betriebsschwelle einer deutschen Landwirtschaft z.Z. auf ca. 20 ha, entsprechend 45 feddan, angesetzt wird.

Hier hätte die genossenschaftliche Produktionsförderung ansetzen können, z.B. durch Zusammenlegen der zersplitterten Parzellen zu rentablen Fruchtfolgeeinheiten, die eine Bewirtschaftung "in the long line" ermöglichten, wenn Maßnahmen der Flurbereinigung und der Arrondierung schon wegen der Besitz- und Machtverhältnisse nicht möglich waren.
Nicht zuletzt das vermutlich gerechtfertigte Mißtrauen der Kleinbauern vor Übervorteilung durch die von Klasseninteressen korrumpierten Genossenschaftsleitungen, abgesehen von ihrer eigenen Unfähigkeit, die möglichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Vorteile der Kooperation zu erkennen, die sie noch nie hatten praktizieren können, verhinderten echte Erfolge der Genossenschaften.

---

1) D. Weiss, a.a.O., S. 97.

Mangelnde betriebswirtschaftliche Förderung infolge unzulänglicher Organisation der Genossenschaften zeigte sich auch im Bereich der Beschaffung, des Absatzes und des Kreditgeschäfts. Die Genossenschaften gewährten zwar Kredite, boten jedoch keine Bezugsmöglichkeiten, z.B. für Saatgut, Fertilizer, Insektizide, Bewässerung, Drainage und keine Geräte. Die Bauern mußten diese inputs beim traditionellen Handel erwerben, dessen Preise aufgrund seiner monopolistischen Marktstellung oft überhöht waren.

Auch beim Absatz konnten die Genossenschaften ihren Mitgliedern keine entsprechenden Dienstleistungen bieten. Ohne Konkurrenz kaufte der traditionelle Privathandel die Ernte zu den bekannten Niedrig-Preisen auf.
Im Kreditgeschäft waren die privaten Geldverleiher flexibler und schneller als die Genossenschaften. Kreditgeschäfte und Absatz wurden von den privaten Wucherern oft kombiniert, indem sie die Ernte auf dem Halm kreditierten und damit aufkauften.

Ein besonderes Manko war das Fehlen eines leistungsfähigen Überbaus von "Genossenschaften aus Genossenschaften", zur Prüfung, Re-finanzierung, zentralen Organisation.
Zwar hatte bereits das Genossenschaftsgesetz von 1927 die Möglichkeiten geschaffen, Haupt- und Zentralgenossenschaften zu errichten und sogar einen nationalen Genossenschaftsverband vorgesehen. Diese Organisationen bestanden jedoch nur auf dem Papier. Die formell gegründeten 35 Verbände in 35 Bezirken prüften nicht, kreditierten nicht, zentralisierten nicht, waren funktionslos. Der nationale Genossenschaftsverband von 1945 in Kairo hatte nicht einmal eigene Geschäftsräume. [1)]

Zusammenfassend kann dem genossenschaftlichen Verbandswesen vor 1952 nur totale Absenz und Funktionslosigkeit testiert werden.

---

1) Vergl. M. Fawzi, a.a.O., S. 58 f.

### 2.5.4. Zusammenfassung: Mangelhafte soziale, politische und betriebswirtschaftliche Förderung der traditionellen Genossenschaften

Die Transformation der Genossenschaften von Selbsthilfevereinigungen für sozial schwache Fellachen, wie Ohmar Lotfy sie gegründet hatte, zu kapitalistischen, profitorientierten Interessenverbänden zugunsten der Agrarbourgeoisie soll in vier Thesen kritisch zusammengefaßt werden:

1) Anstelle der von Ohmar Lotfy proklamierten Grundsätze der Selbsthilfe, der vorrangigen Förderung armer Bevölkerungsschichten, orientierten sich die Genossenschaften zunehmend an den größeren Betrieben, an der Zusammenarbeit mit der Großgrundbesitzerklasse.
2) Die soziale Zusammensetzung der Genossenschaften wurde durch den gehobenen Mittelstand und die dörflichen Oberschichten (mit Betriebsgrößen über 5 feddan) bestimmt. Der Anteil der genossenschaftlich organisierten Kleinbauern blieb gering. [1)]
3) Die Leitung der Genossenschaften und die genossenschaftliche Willensbildung ging vollständig in die Hände der Großbauern und der Agrarbourgeoisie über, also in die Hände derer, die an einer Förderung der sozial schwachen Fellachen naturgemäß kein Interesse hatten. Im Gegenteil: die mit dieser Klasse zur selben sozialogischen Schicht gehörenden Geldverleiher, Händler und Getreide- bzw. Baumwollaufkäufer mußten die Genossenschaften als ihre stärksten Konkurrenten betrachten!
4) Die Orientierung der landwirtschaftlichen Genossenschaften auf die Erzielung hoher Profite und die bevorzugte Zusammenarbeit mit den begüterten Schichten der Dorfbevölkerung wurde daran deutlich, daß die größten Umsatzprozente mit diesen Betrieben getätigt wurden, und diese auch den größten Anteil an den genossenschaftlich gewährten Krediten hatten.

---

1) Ihren Förderungsauftrag, den Grundauftrag (Henzler), vernachlässigten die Genossenschaften insofern, als daß sie-als Folge einer durchaus unsozialen Selektionspolitik- die besonders förderungswürdigen sozial schwachen Schichten von der genossenschaftlichen Förderung weitgehend ausschlossen.

## 3. Die Integration der Genossenschaften in die Agrarpolitik

Die Renaissance der Genossenschaften begann nach der Revolution 1952, als das bis dahin privatwirtschaftliche Genossenschaftswesen langsam in die staatliche Agrarpolitik integriert wurde.
Die neue Ideologie verkündete Gamal Abd un - Nasir (dessen Name im Westen Abd el Nasser geschrieben wird):
"We are determined that the broad lines of our new society are socialism, co-operation and democracy!" [1)]

Die neue Wirtschafts- und Agrarpolitik Nassers soll im folgenden in ihren Grundzügen und Auswirkungen für das Genossenschaftswesen kurz analysiert werden. Anschließend soll die aktuelle Wirtschafts-und Agrarpolitik Sadats von der seines Vorgängers Nasser abgegrenzt werden.
Zweck dieser wirtschaftspolitischen Analysen soll es sein, daran anschließend die zunehmende Integration der Genossenschaften in die staatliche Agrarpolitik einer kritischen Würdigung zu unterziehen.

---

1) G.A. Nasser, Rede vor Genossenschaftlern vom 1.1.1953 zit. in: Central Bank of Egypt, Annual Report 1962, S.2.

## 3.1. Der Coup d'état und die Agrarreform

Am 23.7.1952 setzte die Gruppe der "Freien Offiziere" in einem Coup d'état den König ab und übernahm die Macht. Zu dieser Gruppe gehörten neben Nasser auch Anwar el Sadat, der heutige Präsident, sowie Ali Sabri und Charoui Gomaa, die von Sadat 1971, nach dem Tode des großen "Rais", im Zuge der sog. "Gegenrevolution" ausgeschaltet wurden. Als Staatspräsident wurde zunächst der populäre General Naguib nominiert, der jedoch bald von Nasser selbst abgelöst wurde.

Der Staatsstreich stieß auf keinen nennenswerten Widerstand der Bevölkerung. Er wurde sogar von den Massen begrüßt, die sich davon eine Art sozialer Revolution erhofften, nach einer Kette von Arbeiter- und Bauernunruhen in den Jahren 1947 - 1951.

Von einer sozialen Revolution konnte aber keine Rede sein. Nassers Ziel war zunächst eine "nationale Revolution", die "von allen Klassen getragen sein sollte", da diese (nationale Revolution) "zu ihrem Erfolg die Einheit aller Elemente der Nation (zusammengefaßt), ihre Verschmelzung und gegenseitige Unterstützung, dazu Selbstentsagung für die Sache des Landes als eines Ganzen erfordert." [1]

---

1) G.A. Nasser, Philosophy of the Revolution, Kairo o.J., S. 23 f.

Die aus dem Kleinbürgertum stammenden Militärs hielten sich für die einzige gesellschaftliche Kraft zwischen der Großbourgeoisie und den kleinen Bauern - neben der Industriearbeiterschaft als quantité négléable - die Ägypten endgültig von den kolonialen Abhängigkeitsverhältnissen befreien konnte.

Nasser wollte zunächst keine soziale Revolution, "denn in einer "sozialen" Revolution kämpfen Landsleute gegeneinander als Einzelne und als Klassen. Korruption, Verdacht, Haß und Selbstsucht beherrschen sie". [1] Nur unter dem Druck der Massen, nach neuen Arbeiterunruhen (in Kafr ad - Dauwar) sah sich die Revolutionsregierung zu den ersten Agrarreformgesetzen veranlaßt.

In der agrarpolitischen Diskussion werden die Begriffe Agrarreform und Bodenreform teils synonym gebraucht, teils unterschieden. [2] Faßt man Agrarreform als weiteren Begriff, so ist damit ein Prozeß gemeint, bei dem eine Landwirtschaft durch Anwendung neuer Methoden und durch Technisierung modernisiert wird. [3]

---

1) G.A. Nasser, Philosophy , a.a.O., S. 23.

2) Vergl. S.v.Frauendorfer, Bodenreform, in: HdSW, Stuttgart 1959, S. 336, vergl. C.v. Dietze, Agrarreform und Agrarrevolution, in: Staatslexikon, Bd. 1, Freiburg 1957, S. 135 f.

3) Vergl. B. Tibi, a.a.O., S. 223.
Vergl. auch J. Kuhn u. H. Stoffregen, How to Measure the Efficiency of Agricultural Cooperatives in Developing Countries, case study - Kenya, FAO, Rome 1975, S. 18 f.

Bodenreform als der engere Begriff bezeichnet eine Redistribution des Eigentums am Boden. Wie das ägyptische Exempel zeigt, sind beide Fragen, die Frage der Modernisierung der Landwirtschaft sowie die Frage der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse, nicht zu trennen: Einerseits verhindern feudale bzw. agrarkapitalistische Strukturen eine umfassende betriebliche Modernisierung und Technisierung, die einen hohen Ausbildungsstand der einzelnen Landbewirtschafter verlangen. Andererseits garantiert eine rein juristische Umverteilung des Bodens noch keine Modernisierung der Landwirtschaft. "Parzellierung des Bodens heißt für sich genommen Sozialisierung der Armut und der Rückständigkeit." [1]

Im folgenden soll der Begriff "Agrarreform"(agrarian reform) für jenen großen Komplex agrarpolitischer bodenrechtlicher Maßnahmen stehen, die das Ziel haben, den Wohlstand der ländlichen Bevölkerung durch gleichzeitige Produktivitätssteigerung der einzelnen Betriebe zu fördern. Agrarreformen können damit Bodenreformen einschließen. [2]

---

1) B. Tibi, a.a.O., S. 224, Vergl. F. Kuhnen, Die Agrarreform im Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung, in: ZfaL, 7, 1968, 1, S. 22 f.

2) Vergl. J.G.F. Wörz, a.a.O., S. 31. Vergl. auch S.v. Frauendorfer, a.a.O., S. 336 ff. sowie C.v. Dietze, a.a.O., S. 135.

Die wichtigsten Bestimmungen der ägyptischen Agrarreformgesetzgebung von 1952, 1961 und 1969 sollen im folgenden einer kurzen Analyse unterzogen werden, mit dem Ziel, anschließend die Unzulänglichkeiten dieser Gesetze aufzuführen, die letzlich die feudalistischen bzw. agrarkapitalistischen Strukturen nicht tiefgreifend zu ändern vermochten. [1]

Die Maßnahmen im Einzelnen: [2]

a) Enteignung der ehem. königlichen Familie: Sämtlicher Grundbesitz der königlichen Familie (425 Mitglieder mit 17599 fd.) wurde entschädigungslos konfisziert (Gesetz 598/1952). [3]

---

1) Feudalismus in Entwicklungsländern soll hier in Anlehnung an Behrendt z.B. durch schroffe Unterschiede des Eigentums, der Bildung, des Lebensstils und der Macht innerhalb einer Gesellschaft gezeichnet sein: eine Minderheit Privilegierter, Gebildeter, Besitzender, steht der Masse der negativ Privilegierten, Ungebildeten, Besitzlosen gegenüber. Vergl. R.F. Behrendt, a.a.O., S. 244 ff.

2) Vergl. hierzu u.f.: D. Warriner , Land Reform and Development in the Middle East, London 1962, S.10 ff., und bes. G.S. Saab, The Egyptian Agrarian Reform 1952 - 1962, London 1967, S. 17 ff., desgl. E.El-Shagi, Neuordnung der Bodennutzung in Ägypten, München 1969, S. 21 ff., sowie M. Fawzi, The co-operative Movement in Egypt, unver. Man. Kairo 1967, S. 21.

3) Die Rechtsgrundlage für die Maßnahmen der Agrarreform bildeten folgende Gesetze, Verordnungen und Dekrete:
Gesetze Nr. 178 u. 598 von 1952
Gesetz Nr. 476 von 1953
Gesetz Nr. 152 von 1957
Gesetz Nr. 127 von 1961
Gesetze Nr. 84 und 145 von 1962
Gesetz Nr. 15 von 1963
Gesetz Nr. 17 von 1963
Präsidentielles Dekret vom 23.7.1969.

b) Limitierung des landwirtschaftlichen Besitzes: Die Höchstgrenze des landwirtschaftlichen Besitzes wurde auf 200 feddan (84 ha) pro Person begrenzt. Die betroffenen Besitzer hatten innerhalb von 5 Jahren die Möglichkeit, darüber liegende Ländereien nach ihrer Wahl zu verkaufen. Maximal 100 fd. durften auf direkte Nachkommen übertragen werden (Gesetz 178, 1952, Art. 1 und 2). Es wurden i.a. die qualitativ hochwertigen Böden behalten bzw. übertragen, die schlechteren Böden verkauft.

c) Enteignungen:
Landbesitz über der festgesetzten Höchstgrenze konnte nach Ablauf der 5-Jahresfrist gegen Entschädigung enteignet werden (Gesetz 178, 1952,Art. 3).

d) Entschädigung:
Der Wert der konfiszierten Ländereien wurde auf das 70-fache der dafür zu entrichtenden Grundsteuer festgesetzt, was ca. 50 % des Marktpreises der Böden entsprach (1 feddan = 4203 $m^2$ kostete 1950 je nach Qualität 400 - 500 LE, nach damaligem Kurs ca. 8.000 - 10.000 DM). Die Entschädigungen wurden in Form von Staatsschuldverschreibungen entrichtet, mit einer Laufzeit von 40 Jahren und 3 % Zinsen (Gesetz 178, Art. 11). Die Schuldverschreibungen wurden als Zahlungsmittel akzeptiert für Steuerschulden oder beim Kauf von Neuland aus Staatsbesitz.

e) Eliminierung der Zwischenpächter:
Der Besitzer durfte sein Land nur an Pächter verpachten, die das Land selbst bebauten ("Land to the tiller") (Art. 31).

f) Organisation der Pachtverhältnisse:
Pachtverträge mußten schriftlich über eine Mindestlaufzeit von 3 Jahren geschlossen werden. Bei Teilpacht durfte der Ernteanteil des Eigners 50 % nicht übersteigen (Art. 32-37).

g) Verbot weiterer Parzellierung unter 5 feddan:
Bei Vererbung oder Verkauf durften kleinere Parzellen unter 5 feddan nicht weiter parzelliert werden. Im Erbfall dadurch benachteiligte Parteien waren von den Alleinerben zu entschädigen.

h) Säkularisierung von Stiftungen:
Nach islamischem Recht konstituierte Immobilienstiftungen, deren Nutznießung unmittelbar auf die begünstigten religiösen bzw. kulturellen Institutionen übergehen (waqf khairi) oder zuerst der Stifter-Familie zukommen (waqf ahli), wurden säkularisiert. [1] Durch Gesetz 180/1952 wurden waqf ahli Ländereien von 449.820 fd. den Reformgesetzen unterworfen. Später, 1957, wurden auch 129.805 fd. waqf khairi Länder säkularisiert und damit von der Agrarreform erfaßt (Gesetz 152/1957), soweit sie nicht dem Waqf-Ministerium unterstanden.

i) Die 2. und 3. Limitierung des Besitzes:
Die Höchstgrenze des Besitzes wurde 1961 auf 100 fd. pro Person herabgesetzt (Gesetz 127/1961). Weitere 214.132 fd. von 3.583 Besitzern wurden konfisziert. Die Höchstgrenze pro Person wurde 1969 sogar auf 50 fd. beschränkt (Gesetz 50/1969). Der zulässige Höchstbesitz der Familie wurde bei 100 fd. belassen.

k) Herabsetzung der Entschädigungen:
Die Laufzeit der zur Entschädigung ausgegebenden Schuldverschreibungen wurden 1958 auf 40 Jahre verlängert, der Zinssatz von 3 % auf 1,5 % gesenkt. Nach dem zweiten Agrarreformgesetz von 1961 waren die Papiere nicht mehr handelbar, Entschädigungen wurden nach 1964 nicht mehr gezahlt.

l) Umverteilung der konfiszierten Ländereien:
Die enteigneten Ländereien wurden dem Agrarreform-Ministerium unterstellt (Gesetz 178/1952, Art. 12). Es war vorgesehen, sie an Kleinbauern zu verteilen, denen die Auflage gemacht wurde, sich in neuzugründenden Agrarreformgenossenschaften zusammenzuschließen. Damit berührten sich Agrarreform und Genossenschaftswesen.

---

1) G.S.Baer, A History of Landownership in Modern Egypt, London 1962, S. 91 ff.

## 3.2. Genossenschaften nach der Agrarreform

Agrarreformen können besondere Entstehungschancen für Genossenschaften bieten. So kann der Staat eine (revolutionäre und evolutionäre) Änderung überkommener, entwicklungshemmender, feudalistischer Besitzverhältnisse mit dem Aufbau eines Genossenschaftswesens koppeln.

In einer Vielzahl von Entwicklungsländern sind meist im Zuge revolutionärer Umbrüche wie in Indonesien, Syrien oder hier: Ägypten, Großgrundbesitze in mehr oder weniger großem Umfang "nationalisiert" oder "sozialisiert", also enteignet worden. Die konfiszierten Ländereien wurden entweder als Staatsbetriebe weiter geführt oder in Bodenreformen an die ehemaligen Pächter und Landarbeiter verteilt.

Agrarreformen bringen eine Vielzahl von volkswirtschaftlichen Problemen (kurzfristige Produktionsverringerungen) und betriebswirtschaftlichen Problemen (z.B. der optimalen Betriebsgröße) mit sich, die möglicherweise durch genossenschaftliche Organisation der neuen Landbesitzer gelöst werden können. Diese Probleme von Agrarreformen in Ägypten oder anderen Entwicklungsländern sind heute im wesentlichen noch dieselben wie 1814 zur Zeit der Stein-Hardenbergschen Reformen im Preußen:

1. Es gilt Produktivitätseinbußen der neuen Kleinbetriebe gegenüber den (wahrscheinlich rationeller geführten) früheren Großbetrieben zu vermeiden.

2. Unerfahrenheit der kleinen Bauern, Kapitalknappheit der kleinen Betriebe, Betriebsgrößen unterhalb der Rentabilitätsschwelle können zu Betriebsaufgabe und Landverkäufen führen. Wird an die ehemaligen Großgrundbesitzer verkauft, kann das sozialpolitische Ziel der Reform damit unterlaufen werden.

Ähnlich urteilt Schiller:

"Eine bloße Umgestaltung der (als entwicklungshemmend empfundenen feudalistischen) Grundeigentumsverhältnisse oder sonstige Hilfs- und Folgemaßnahmen, etwa Aufbau eines Genossenschaftswesens, führt noch nicht zu befriedigenden Ergebnissen. Die Bodenreform muß daher ergänzt werden durch eine Betriebswirtschaftsreform, die eine Hebung des Produktionsniveaus der kleinbäuerlichen Betriebe zum Ziel hat." [1]

Ein Absinken der Produktion wurde in Ägypten z.B. bei Auflösung großer Domänen befürchtet, etwa bei Parzellierung der Domäne "Demera" von Prinz Ohmar Touson. Die Domäne wurde nach modernen Produktionstechniken geführt, unter relativ aufwendigem Maschineneinsatz. Hätte man ihre 12.000 feddan in Parzellen von je 3 feddan an 4.000 Landarbeiter verteilt, wäre ohne begleitende Maßnahmen wie die Organisation der Landbewirtschaftung in Genossenschaften, die auch bei Parzellierung den einzelnen kleinen Betrieben zumindest einige der Vorteile der großbetrieblichen Wirtschaftsweise garantiert hätten, der Ertrag vermutlich abgesunken.

Nach den Agrarreformen von 1952 bis 1969 konfiszierte der ägyptische Staat, wie oben gezeigt, unter großem propagandistischem Aufwand Ländereien, die zwar insgesamt nur 16,5 % der gesamten Anbaufläche ausmachten, aber auf 0,48 % (!) der Besitzer konzentriert waren. [2]

---

1) O. Schiller, Das Agrarproblem, a.a.O., S. 53.

2) Vergl. M. Fawzi, The Cooperative Movement, a.a.O., S. 15.

Nach gerichtlichen Auseinandersetzungen wurde 1 % (69 413 fd.) an die ehemaligen Eigner zurück gegeben. 645 642 fd. (ca. 10 %) wurden bis 1965 an ca. 259.000 ehemalige Pächter oder Landarbeiter verteilt. Diese wurden somit zwar prinzipiell selbständige Bauern, mußten sich aber kooperativ in "Agrarreformgenossenschaften" zusammenschließen.
Bis 1965 wurden 626 solcher Agrarreformgenossenschaften gegründet. [1)]
Die Leitung der Genossenschaften übernehmen Beamte des Landwirtschaftsministeriums; staatliche Inspektoren überwachen die Verwaltungen und die Arbeit der Genossenschaftsbauern, die sich bei der landwirtschaftlichen Produktion mehr oder weniger an die genossenschaftliche Organisation des Fruchtwechsels, der Aussaat, Düngung, Ernte usw. halten müssen. [2)]
Dazu später mehr.

Ohne diese Folgemaßnahmen des Staates, Überwachung und Kontrolle von Mitgliedern und Leitung, sind die neugegründeten Genossenschaften nicht lebensfähig. Die Gründe dafür liegen vor allem im menschlichen Bereich.

Ehemalige Landarbeiter und Pächter, die, wie ein Großteil der ägyptischen Fellachen, bisher unselbständig waren, sich unterordneten und Anordnungen des Großgrundbesitzers und seiner Vertreter ausführen mußten, müssen erst langsam lernen, als gleichberechtigte, selbständige Genossenschaftsbauern zusammenzuarbeiten, Eigeninitiative und Eigenverantwortung zu entwickeln.

---

1) Vergl. M. Fawzi, The Cooperative Movement, a.a.O., S. 15.

2) Vergl. J.G. Wörz, Die genossenschaftliche Produktionsförderung in Ägypten, Stuttgart 1967, S. 67.
Ebenso El Said Naguib, Director, Agrarministerium, Kairo, im Gespräch mit dem Verfasser.

Bei dem Umfang der zunächst erforderlichen staatlichen Lenkung und Leitung können die genossenschaftlichen Prinzipien der Freiheit, der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortung zeitweilig in den Hintergrund treten. [1]

In staatlich reglementierten Genossenschaften können diese Prinzipien nicht in dem Maße gesichert sein, wie es die europäischen Genossenschaftspioniere forderten und wie es z.B. Nehru formulierte:
"We have said that for the next three years we must spread service-cooperatives and when the people are willing, they should be trained. Afterwards we should like to have joint farming but only with their agreement. There ist no compulsion, as cooperation is essentially a volontary effect. Compulsion and co-operation are contra-dictory terms!" [2]

Durch die Agrarreform und die damit einhergehende Bodenreform entstanden viele kleine Landwirtschaften, deren Bauern zwar viel Idealismus, aber wenig Kapital und wenig Erfahrung in der Betriebsführung besaßen. Diesen Mangel versuchte die Agrarpolitik durch eine zwangsweise Zusammenfassung der neuen Landwirtschafter in Agrarreformgenossenschaften zu beheben.

---

1) Vergl. W.P. Watkins, Genossenschaftswesen und Staat, a.a.O., S. 287.

2) J. Nehru, India of Tomorrow, in: Kuruhschetra. A. Symposium on Community Development in India, hrsg. v. Government of India, Delhi 1961, S. 150.

Entsprechend der (selbst für ägyptische Verhältnisse) relativ zögernden Verteilung der konfiszierten Ländereien entstanden bis 1960 360 Agrarreformgenossenschaften, bis 1965 weitere 266. Zusammen mit den "traditionellen" Genossenschaften mit "altem" Landbesitz und den ebenfalls neu entstandenen Neulandgenossenschaften, in denen die Bauern auf neu gewonnenem Boden (z.B. in neu bewässerten Wüstenrandgebieten oder Oasen wie "Fajum") organisiert wurden, lassen sich heute folgende Arten landwirtschaftlicher Genossenschaften unterscheiden:

1) Bodenreformgenossenschaften auf nach der Bodenreform neu verteiltem Boden,
2) traditionelle landwirtschaftliche Genossenschaften mit "altem" Landbesitz, [1)]
3) Neusiedlergenossenschaften auf neu gewonnenem Land,
4) sonstige landwirtschaftliche Genossenschaften.

Nach dem Grundsatz "one co-operative for one village" besteht heute in nahezu jedem ägyptischem Dorf eine, wenn nicht mehrere Genossenschaften ( Vergl. Tabelle 7 ). Aufgabe aller Primärgenossenschaften ist vor allem die genossenschaftliche Produktionsförderung, wobei aus dem Produktionsbereich des Feldbaus der einzelnen Mitgliederbetriebe, die nach wie vor individualistisch geführt werden, einzelne Tätigkeiten bzw. Funktionen an die Genossenschaft abgegeben werden. [2)]

---

1) Der Begriff "Traditionelle Genossenschaft" wird hier zur Bezeichnung eines bestimmten ägyptischen Genossenschaftstyps benutzt, der auf traditionellem, nicht von der Agrarreform erfaßten Bodenbesitz beruht. Gleichzeitig scheint dieser Genossenschaftstyp die Merkmale der von Dülfer benutzten Bezeichnung für den Strukturtyp "Traditionelle Genossenschaft" zu besitzen. Vergl. E. Dülfer, Strukturprobleme, a.a.O., S. 12.

2) O. Schiller, Die genossenschaftliche Produktionsförderung in der Landwirtschaft, ZfgG, 13/1963, S. 181. Vergl. auch J.G.F. Wörz, Die genossenschaftliche Produktionsförderung in Ägypten, Stuttgart 1067, S. 19. So z.B. ebenso von El Said Naguib, Director, Agrarministerium, Kairo, betont.

An erster Stelle ist die vereinheitlichte Fruchtfolge zu nennen, die in den Agrarreform- und Neusiedlergenossenschaften unter Flurzwang durchgeführt wird.

Weitere genossenschaftliche Aufgaben sind die gemeinsame Schädlingsbekämpfung, Düngung und Bewässerung, sowie der genossenschaftliche Maschineneinsatz, der aber, wenn überhaupt, nur im "Mietsystem" durchgeführt wird, und nur bei Baumwolle seit 1964 für alle Genossenschaftsbauern verbindlich ist (der einheitlichen Qualität wegen).

Weiterhin versorgen die Genossenschaften ihre Mitglieder mit(z.T. zinslosen) Krediten und kaufen die Ernte auf, im Sinne einer "Zementierung der Absatzwege". Auf diese Aufgaben der Genossenschaften wird näher einzugehen sein.

### 3.2.1. Agrarreformgenossenschaften

Sie sind der interessanteste Typ in der agrargenossenschaftlichen Landschaft Ägyptens, obwohl sie zahlenmäßig nur 15 % aller landwirtschaftlichen Primärgenossenschaften stellen.

Bei der Neuverteilung im Rahmen der Bodenreform sahen die Organisatoren zwei große Probleme:
Einerseits mußten die Wünsche möglichst vieler landloser Fellachen nach Grundeigentum berücksichtigt werden, andererseits war das Problem der Betriebsgröße optimal zu lösen. Wie schon erwähnt, ist die ägyptische Landwirtschaft in hohem Maße durch Landzersplitterung und Minifundien gekennzeichnet. 94 % der Betriebe waren 1952 Kleinbauern mit einer Betriebsgröße von durchschnittlich etwa 2 feddan ( = 0,84 ha), während selbst im fruchtbaren Nildelta die Rentabilitätsschwelle- je nach Berechnung - mindestens bei 2 - 4 feddan für eine 6-köpfige Familie liegt.

Die überwiegende Mehrzahl der Fellachen waren nicht kleine Landbesitzer sondern Pächter. Seit Jahrhunderten waren diese Fellachenfamilien in der Produktion unselbständig gewesen. Die Großgrundbesitzer (absentee landlords) hatten ihnen die Art der Bebauung vorgeschrieben, sie mit Krediten (oft zu Wucherzinsen), Betriebsmitteln und -stoffen versorgt, und zuletzt die Ernte als Händler aufgekauft.

Als die Revolution dieser - keineswegs funktionslosen Großgrundbesitzer - (wenn auch nur zögernd) entmachtet hatte, war eine Lücke zu füllen, die durch Genossenschaften geschlossen werden sollte.
Die Genossenschaften sollten die produktiven Leistungen der Großgrundbesitzer (Lieferung von Saatgut, Betriebsmitteln, Anbauberatung, organisierte Schädlingsbekämpfung etc.) übernehmen, nicht jedoch deren ausbeuterische Praktiken.

Auf der anderen Seite sollte ein Absinken der Agrarproduktion mangels Erfahrung der Fellachen in eigenständiger Betriebsführung vermieden werden, oder besser: es sollte der Ertrag über das alte (vorrevolutionäre) Pruduktvitätsniveau hinaus gesteigert werden.
Da die Agrarproduktion, wie zu zeigen sein wird, teilweise bis zu 30 % gestiegen ist, läßt sich insoweit ein Erfolg der Genossenschaften nicht leugnen.

Nicht zuletzt sollten die neuen Genossenschaften als verlängerter Arm der revolutionären Agrarpolitik dazu beitragen, Prozesse des Strukturwandels in einer traditional-statischen ländlichen Gesellschaft einzuleiten.
Es waren demnach sowohl wirtschafts- als auch gesellschaftspolitische Gründe, die die neuen Agrarreform-

genossenschaften entstehen ließen. [1]

Die Maßnahmen im einzelnen:
Wie oben gezeigt, enteignete die Regierung 984 060 fd., entsprechend 16.5 % der privaten Anbaufläche. Bis Ende 1964 wurden 645 642 fd. an ca. 259.000 Familien verteilt, was 17,2 % aller landlosen ländlichen Familien entsprach.
Der Rest von 136.809 ha ist überwiegend Land großer Obstplantagen, die sich nicht zur Verteilung eignen, sondern als Staatsbetriebe weitergeführt werden. [2]

Bis 1966 entstanden 626 Agrarreformgenossenschaften, mit 252.508 Mitgliedern und ca. 1,6 Mio Betriebsangehörigen (= Familienmitgliedern). [3]

Die Landempfänger mußten unter 30 Jahren alt sein, verheiratet, gesund, nicht vorbestraft und mindestens 2 Jahre Praxis als Landarbeiter oder Pächter nachweisen können, um als Genossenschaftsmitglieder Parzellen von 2 - 5 feddan zu erhalten. Armeeangehörige und Familien von Militärs, die am Jemen-Feldzug teilgenommen hatten, wurden bevorzugt. Eigentum und Verfügungsgewalt gehen nach 30 Jahren und nach Zahlung des gesamten Kaufpreises auf die neuen Besitzer über. Ab 1962/63 wurden die Zahlungsbedingungen wesentlich erleichtert: Der Zinsfuß für die Raten sank zuerst auf 1,5 %, seit 1964 werden entsprechend der neuen Kreditpolitik der Agricultural and Co-operative Credit Bank (ACCB) keine Zinsen mehr berechnet. (!) Außerdem wurden 1964 die gesamten Kaufpreise spektakulär um 25 % gekürzt. [4]

---

1) H.H. Ayrout, Moeurs et Coutumes des Fellachs, Cairo 1963, S. 133 f.
El Said Naguib, Director, Agrarministerium, Kairo, unterstellt hier vor allem die agrarwirtschaftlich-produktionstechnischen Gründe. Ebenso F. Reda, Unterstaatssekretär, Agrarministerium, Kairo.

2) J.G.F. Wörz, a.a.O., S. 185.

3) M.I. Fawzi, a.a.O., S. 23.

4) M.I. Fawzi, a.a.O., S. 72, D. Weiß, a.a.O., S. 111.

Bereits bestehende Landwirtschaften mit Betriebsgrößen bis 5 feddan können den Agrarreformgenossenschaften beitreten. Dazu waren jedoch bisher nur wenige der bestehenden Betriebe bereit, weil die Bauern sich nicht der strengen Führung und Kontrolle des staatlichen Supervisors unterstellen wollen.

Die Technik der genossenschaftlichen Produktionsförderung in den Agrarreformgenossenschaften wird unten eingehender dargestellt werden.

### 3.2.2. Traditionelle landwirtschaftliche Genossenschaften

Rund 80 % aller landwirtschaftlichen Genossenschaften gehören zum traditionellen Typ.
Sie bestanden 1952 bereits, neu ist lediglich, daß sie jetzt viel stärker in die genossenschaftliche Organisation integriert wurden, und natürlich zahlenmäßig expandiert sind. (s.o.)

Die Mitgliedschaft in ihnen ist de jure nicht verbindlich, doch kann auch hier von einem de-facto-Zwang gesprochen werden, da Nicht-Mitglieder "mit einschneidenen, vielleicht sogar extrem drohenden Folgen zu rechnen haben " [1], z.B. geringere staatliche Förderung, keine Kredite usw.

Die Unterschiede zu den Agrarreformgenossenschaften bestehen zuerst darin, daß die Betriebsgrößen hier unterschiedlich sind: als frühere Genossenschaften des bäuerlichen Mittelstandes und der Oberschicht sind Betriebe mit 50 und mehr feddan unter den Mitgliedern. Der zweite große Unterschied liegt darin, daß die genossenschaftliche Produktionsförderung hier nicht so konsequent wie in den viel homogeneren Agrarreformgenossenschaften durchgeführt werden kann. Die wichtigsten Gründe dafür sind:

---

1) G. Draheim, Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, a.a.O., S. 208.

a) Viele der kleinen Bauern (durchschnittliche Betriebsgröße unter 2 feddan) verfügen nicht über die notwendigen 3 Parzellen, um an der üblichen in den Agrarreformgenossenschaften praktizierten Methode des genossenschaftlichen Fruchtwechsels teilnehmen zu können.

b) Die genossenschaftliche Gemeinschaft erreicht es nicht, das Mißtrauen der Bauern gegenüber Arrondierungs- und Flurbereinigungsmaßnahmen und ihre Angst vor Übervorteilung bei Tausch oder Neuverteilung zu überwinden. Dieses Mißtrauen behindert die Kooperation.

c) Auch diesen Genossenschaften ist ein staatlicher Supervisor beigeordnet. Seine Stellung ist jedoch nicht so stark wie in den Agrarreformgenossenschaften, da jeder Bauer hier Eigentümer bzw. Pächter von Ländereien in Privatbesitz bleibt, die dem Agrarreformministerium nicht unterstehen.

Neben dem - in diesen Genossenschaften nicht bei allen Mitgliedern konsequent durchgeführten - gemeinsamen Fruchtwechsel erstrecken sich - wie in den klassischen Dienstleistungsgenossenschaften - die genossenschaftlichen Aufgaben auf die gemeinsame Beschaffung, Schädlingsbekämpfung, Düngung und Bewässerung sowie den genossenschaftlichen Maschineneinsatz, dem man jedoch erst eine spätere Bedeutung voraussagen kann. Vorerst sind landwirtschaftliche Maschinen nur in ungenügender Anzahl vorhanden, und die wenigen vorhandenen werden nur ungern von den Fellachen angefordert, da sie entsprechend den hohen Stundenkosten nicht produktiv genug eingesetzt werden können und außerdem die fachliche Bedienung fast immer fehlt.
Auch die Vermarktung der landwirtschaftlichen Ernte- und Viehertröge kann genossenschaftlich vorgenommen werden.

### 3.2.3. Neusiedlergenossenschaften

Ein dritter Typ wird von den Neusiedlergenossenschaften dargestellt.

Seit 1952 wurde in 25 Neulandprojekten ca. 800.000 feddan Neuland gewonnen.
Neben Oasenrandgebieten gehören ehemals versalzene Flächen, wie das Projekt Abis im westlichen Nildelta dazu, wo durch Zufuhr von Süßwasser der versalzene Boden "reingespült" wird. In der "Taherir" - (=Befreiungs) Provinz wurden bisher submarginale Bodenqualitäten durch Wasserzufuhr und Meliorationen urbar gemacht. [1)]

In Aufbau und Organisation entsprechen die Neusiedlergenossenschaften vollständig den Agrarreformgenossenschaften.

---

1) H. Henle, Der Neue Nahe Osten, Hamburg 1967, S. 25.
El Said Naguib, Direktor, Agrarreformministerium, im Gespräch.

Tabelle 8

Landwirtschaftliche Primärgenossenschaften
(Haupttypen)

| Typ | Zahl | Mitglieder (1000) | Kapital (1000 LE) |
|---|---|---|---|
| Agrarreform-Genossenschaften | 626 | 359 | 708 |
| traditionelle landwirtschaftliche Genossenschaften | 4.101 | 1.857 | 2.023 |
| Neusiedler-Genossenschaften | 92 | 26 | 68,4 |

Quelle: Central Agency for Public Mobilization, Cairo 1974 [1]

1) M. Naguib, State Information Centre, Cairo, im Information Centre.

### 3.2.4. Sonstige landwirtschaftliche Genossenschaften

Neben den bisher genannten Typen bestehen noch einige landwirtschaftliche Spezialgenossenschaften mit nur geringer Bedeutung.

Zuerst sind 73 Viehzucht- und Besamungs-Genossenschaften zu nennen, die den Kern eines "Nasser-Projektes" der landwirtschaftlichen Viehzucht bilden. Die Erfolgsbilanz zeigte 1965 die Aufzucht von ca. 22.000 Stück Jungvieh auf. [1)]

Eine weitere Spezialgenossenschaft ist eine Vereinigung von Kartoffelbauern in Oberägypten mit ca. 53.000 feddan, deren Bedeutung jedoch gering ist, da der ägyptische Speisezettel Kartoffeln nicht sonderlich hoch einschätzt.

Zum äußerst schwierigen Anbau von Zuckerrohr (5-jährige Rotation) haben sich in Oberägypten Landwirtschafter mit insgesamt 27.000 fd. zusammengeschlossen. [2)]

Diese wenigen Beispiele zeigen allenfalls die relative Bedeutungslosigkeit weiterer Typen landwirtschaftlicher Spezialgenossenschaften. Somit können wir unsere folgenden Überlegungen auf die wichtigste Maßnahme genossenschaftlicher Dienstleistungen beschränken: die genossenschaftliche Produktionsförderung in den 3 Haupttypen von landwirtschaftlichen Genossenschaften.

---

1) M.I. Fawzi, a.a.O., S. 120.

2) Central Bank of Egypt, Report 1973, S. 10.

## 3.3. Ökonomische und gesellschaftliche Erfolge der ägyptischen Genossenschaften

Es steht außer Frage, daß die Genossenschaften seit ihrer Integration in die Agrarpolitik ökonomische und soziale Transformationsprozesse eingeleitet haben. So ist z.B. der Index der landwirtschaftlichen Produktion bei Baumwolle von 1955 = 100 bis 1975 = 150 gestiegen, der Index bei Zuckerrohr im selben Zeitraum auf 113, bei Bohnen auf 125, bei Reis auf 249, bei Weizen auf 159. Eine ausschließliche Betrachtung statistischer Produktivitätsziffern stellt aber keinen ausreichenden Maßstab dar, um sozio-ökonomische Transformationsprozesse zu qualifizieren.

### 3.3.1. Die genossenschaftliche Produktionsförderung

Wir wollen uns hier auf die genossenschaftliche Produktionsförderung in den landwirtschaftlichen Genossenschaften Ägyptens beschränken. Dabei sind die drei behandelten Typen: die Agrarreformgenossenschaften, die traditionellen landwirtschaftlichen Genossenschaften und die Neusiedlergenossenschaften nach einer 25 Jahre dauernden Phase der Gleichschaltung nach der Revolution von 1952 im wesentlichen gleich organisiert.

Vorab kurz einige Merkmale einer typischen landwirtschaftlichen Ausgangssituation in Ägypten:
Extrem kleine Betriebsgrößen und allgemeiner Kapitalmangel bei einer breiten Schicht von Landwirtschaften erschwerten bzw. verhinderten bislang den produktivitätssteigernden Maschineneinsatz. Die weitverbreitete Landzersplitterung als Folge des Streubesitzes brachte und bringt den Landwirten weitere Nachteile.

Abgesehen vom Zeitverlust, um von einer Parzelle zur anderen zu gelangen, steigen auch die gegenseitigen Beeinträchtigungen bei der Bearbeitung und die effektiven Randverluste bei unterschiedlichem Fruchtanbau in den Parzellen mit wachsender Zahl und Ausdehnung der Feldgrenzen.

Das milde Klima des Landes ermöglicht bis zu drei jährliche Ernten. Infolge unterschiedlicher Fruchtfolgen mit unterschiedlichen Erntezeitpunkten wachsen also auf kleinstem Raum Baumwolle neben Weizen, Mais neben Klee.

Einige Konsequenzen dieses Minifundismus lassen sich stichwortartig zusammenfassen: [1)]

1. Bei der Bewässerung z.B. treten bei unterschiedlichen Bewässerungszeitpunkten und Wassermengen unnötige Verluste des ohnehin knappen Wassers auf.
2. Schädlingsbekämpfung bei Baumwolle ist nur sinnvoll, wenn das Absuchen der Raupen (mit Hand) auf allen Feldern möglichst gleichzeitig erfolgen kann.
3. Maschinen lassen sich bei kleinen Parzellen und häufigem Umsetzen nur unrationell einsetzen.
4. Individueller Absatz schmälert die Erlöse, wenn die gelieferten Qualitäten - bei Baumwolle besonders wichtig - nicht einheitlich sind.

Hier setzte das Konzept der genossenschaftlichen Produktionsförderung ein.

---

1) Vergl. O. Schiller, Die landwirtschaftliche Produktionsförderung als neue Genossenschaftsform. Versuch einer Begriffsbestimmung, in: ZfaL, 4. Jahrg. (1965) S. 129-136. Vergl. auch J.G. Wörz, Die genossenschaftliche Produktionsförderung in Ägypten, Stuttgart 1967, hier bes. S. 67 ff. Vergl. O. Schiller, Die Anpassung der ländlichen Genossenschaften an die landwirtschaftlichen Produktionsaufgaben in den Entwicklungsländern, in: Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung, Festschrift für G. Weisser, a.a.O., S. 461 ff.

1. "Supervised Credit" (Erfolgskontrollierter Produktionskredit), der zinslos zur Beschaffung von Betriebsstoffen und -mitteln wie Saatgut und Dünger gegeben und vom Ernteerlös wieder getilgt wird.

2. Genossenschaftliche Finanzierung schränkt die jahrhundertealte Ausbeutung der kleinen Bauern durch Händler, Geldverleiher und Großpächter ein.

3. Durch Kapitalzusammenlegung, unterstützt durch staatliche Kredite, ist die Anschaffung von Landmaschinen möglich. Damit sind Voraussetzungen für gemeinschaftliche Feldbestellung mit genossenschaftseigenen Maschinen, Wässerung, Düngung, Schädlingsbekämpfung und Ernte geschaffen.

4. Gemeinschaftlicher Bezug (foods und non-foods, Betriebsstoffe u. -mittel) und Absatz sichert die bekannten Größendegressions-Vorteile und Markt-Positions-Vorteile. Bei der Vermarktung der Produkte werden gewährte Kredite verrechnet.

5. Einheitliche Fruchtfolge unter Flurzwang, also gemeinschaftliche Fruchtplanung, bei der verschiedene Besitze zu einheitlichen Fruchtfolgeblöcken von je 60 - 80 ha zusammengefaßt werden.

6. Die Fruchtfolgeeinheiten können bei Einsatz genossenschaftlicher Maschinen rationeller, z.T. sogar großflächig "in the long line" bearbeitet werden.

7. Durch Fruchtplanung und Zusammenlegung entfallen Streu- und Randverluste.

Produktionstechnisch haben die Genossenschaften der gesamten ägyptischen Landwirtschaft seit 1952 gewisse, wenn auch nicht überwältigende Vorteile gehabt. Die Vorteile der Kostendegression, des genossenschaftlichen Kreditwesens, des genossenschaftlichen Marketings lassen sich in gestiegenen Hektar-Erlösen und Einkommen messen. [1)]

Die Baumwollproduktion etwa stieg um durchschnittlich 10 % p.a. in den Dörfern mit genossenschaftlicher Produktionsförderung. Ähnlich ermutigende Ergebnisse lassen sich für Weizen, Gerste und Mais feststellen.

Ein Vergleich der Ernteergebnisse in Dörfern mit und in Distrikten ohne genossenschaftliche Produktionsförderung zeigt den Erfolg der landwirtschaftlichen Genossenschaften. (Vergl. Tabelle 8)

---

1) So besonders von El Said Naguib, Director, Agrarministerium, Kairo und F. Reda, Unterstaatssekretär, Agrarministerium, Kairo, betont.

Tabelle 9

Ernteergebnisse aus Dörfern mit und Distrikten ohne genossenschaftliche Produktionsförderung

| Erntezeitraum | Dorf Miet Shehala | Distrikt El Shuhada | Dorf Gham-rein | Distrikt Minuf |
|---|---|---|---|---|
| Baumwolle (K/F)[1]: | | | | |
| 1960 | 4,90 | 5,60 | 4,47 | 5,34 |
| 1961 | 4,41 | 4,76 | 4,27 | 3,80 |
| 1962 | 7,98 | 7,08 | 7,45 | 6,93 |
| Durchschnitt 1961 und 1962 | 6,20 | 5,92 | 5,86 | 3,37 |
| Zunahme von | | | | |
| 1960 bis 1962 | 62,9 % | 26,4 % | 66,7 % | 29,8 % |
| 1960 bis 1961-62 | 26,5 % | 5,7 % | 31,1 % | 0,6 % |
| Weizen (A/F)[2]: | | | | |
| 1960 | 7,3 | 8,29 | 6,87 | 7,84 |
| 1961 | 7,39 | 8,13 | 7,24 | 9,04 |
| 1962 | 7,89 | 8,67 | 8,23 | 9,31 |
| Durchschnitt 1961 und 1962 | 7,64 | 8,40 | 7,74 | 9,18 |
| Zunahme von | | | | |
| 1960 bis 1962 | 12,2 % | 4,6 % | 19,8 % | 18,8 % |
| 1960 bis 1961-62 | 8,7 % | 1,3 % | 12,7 % | 17,1 % |
| Gerste (A/F): | | | | |
| 1960 | 8,51 | 12,53 | 9,53 | 11,91 |
| 1961 | 8,87 | 12,76 | 10,50 | 12,11 |
| 1962 | 10,83 | 13,27 | 13,90 | 12,75 |
| Durchschnitt 1961 und 1962 | 9,85 | 13,02 | 12,20 | 12,43 |
| Zunahme von | | | | |
| 1960 bis 1962 | 27,3 % | 5,9 % | 45,9 % | 7,1 % |
| 1960 bis 1961-62 | 15,7 % | 3,9 % | 28,0 % | 4,4 % |
| Mais (A/F): | | | | |
| 1960 | 5,50 | 7,88 | 4,47 | 5,40 |
| 1961 | 4,75 | 6,99 | 4,86 | 8,24 |
| 1962 | 5,80 | 8,70 | 8,86 | 9,76 |
| Durchschnitt 1961 und 1962 | 5,28 | 7,85 | 6,86 | 8,00 |
| Zunahme von | | | | |
| 1960 bis 1962 | 5,5 % | 10,4 % | 98,2 % | 80,7 % |
| 1960 bis 1961-62 | -4,0 % | -0,4 % | 53,5 % | 66,7 % |

1) 1K/F = 1 Kentar (Baumwolle) pro feddan =150 kg.
2) 1A/F = 1 Ardeb (Weizen oder Mais) pro feddan ( 150 kg Weizen oder 140 kg Mais )

Quelle: I.M.M.Ateiya, Die Reform landwirtschaftlicher Nutzung und ihr Einfluß auf die Struktur der Produktion und auf das Ernteergebnis, Kairo 1964, S. 79 ff., (arab.), zit.n.Wörz, a.a.O., S. 164. Vergl. auch K.P. Treydte, Genossenschaften in der VAR, Hannover 1971, S. 118.

Tabelle 9a

Index der Flächenerträge pro Feddan (1935-1939 = 100)

| Jahr | Baumwolle | Weizen | Mais | Reis | Zuckerrohr | Aggregierter Index |
|---|---|---|---|---|---|---|
| 1954 | 94.0 | 108.8 | 119.0 | 107.5 | 107.5 | 102.9 |
| 1955 | 78.7 | 107.6 | 89.7 | 141.7 | 109.3 | 101.4 |
| 1956 | 84.1 | 111.4 | 86.3 | 147.9 | 108.9 | 100.6 |
| 1957 | 95.2 | 109.5 | 81.1 | 151.5 | 110.8 | 104.7 |
| 1958 | 100.0 | 112.0 | 86.2 | 135.6 | 109.2 | 104.1 |
| 1959 | 110.5 | 110.5 | 77.3 | 145.4 | 109.2 | 104.4 |
| 1960 | 109.0 | 116.3 | 89.0 | 142.9 | 114.6 | 108.9 |

Quelle: National Bank of Egypt, Economic Bulletin
Vol. XVII, No. 3, 1964, S. 381.

Tabelle 10

Entwicklung der Flächenerträge in Demera 1950-1955

| Frucht | Einheit | Ertrag vor Einführung der Rotation | | | | Ertrag nach Einführung der Rotation | | | | |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | 1950 | 1951 | 1952 | Durchschnitt für 3 Jahre | 1953 | 1954 | 1955 | Durchschnitt für 3 Jahre | Zuwachs % |
| Weizen | Ardab | 5.20 | 4.85 | 5.24 | 5.09 | 5.50 | 6.50 | 6.38 | 6.12 | 20 |
| Reis | Dariba | 2.29 | 1.98 | 2.26 | 2.18 | 1.76 | 1.88 | 2.92 | 2.19 | - |
| Mais | Ardab | 6.10 | 6.20 | 6.50 | 6.26 | 6.56 | 6.66 | 6.90 | 6.70 | 4 |
| Baumwolle | Kentar | 4.48 | 4.07 | 4.18 | 4.24 | 4.90 | 4.95 | 5.41 | 5.08 | 19 |

Quelle: Agrarian Reform and Land Reclamation 1952 - 1963, a.a.O., S. 67.

Die Entwicklung der Ernteerträge bei Baumwolle, Weizen, Mais, Reis und Zuckerrohr zeigen Tabellen 9 und 10. [1] Hier wird allerdings deutlich, daß trotz relativer Erfolge der genossenschaftlichen Produktionsförderung bei einigen Früchten das Niveau 1958 - 1960 nur gering über dem Niveau von 1935 - 1939 lag.

Atteiyas , im Auftrag der landwirtschaftlichen Fakultät der Ain-Shams Univerity, Kairo, durchgeführte Untersuchung, der vorstehende Ergebnisse entnommen wurden, kann nicht ohne weiteres verallgemeinert werden. Sie zeigt lediglich die Größenordnung der Ertragssteigerung in einzelnen Dörfern. Die auffallendsten Ertragssteigerungen wurden hier bei der cash-crop Baumwolle erzielt, was keineswegs überall der Fall war, wie oben angezeigt. Für die Ertragssteigerungen bei Baumwolle sprechen hier folgende Gründe:

a) Der Baumwollanbau wurde ab 1960 konsequent genossenschaftlich geplant und organisiert.

b) Schädlingsbekämpfung, Düngung und Bewässerung wurden einheitlich durchgeführt, wodurch keine Randverluste entstanden.

c) Durch die genossenschaftliche Produktionsförderung wird synchron im Gleichtakt gearbeitet. Viele der negativen Konsequenzen des früheren Minifundismus, die die Baumwollernte besonders schmälerten, entfallen dadurch.

---

1) Es scheint fraglich, ob die Ertragssteigerungen der Mustergenossenschaft Demara, die immer wieder angeführt wird, ohne weiteres verallgemeinert werden können, wie dies durch die propagandistischen Erfolgsberichte des Agrarministeriums geschieht.

Bei den übrigen Früchten waren die Erfolge der genossenschaftlichen Produktion weniger signifikant. Die Gründe dafür lagen hauptsächlich im organisatorischen Bereich, wie unten (Kritik der genossenschaftlichen Produktionsförderung) zu zeigen sein wird.
Tabelle 11 zeigt einen interessanten Vergleich der Agrarproduktion ausgewählter arabischer Länder. Immerhin zeigen die Ergebnisse für die ägyptische Landwirtschaft die höchste Zuwachsrate im Zeitraum 1952 - 1964, gegenüber Algerien, Irak und Tunesien. Syrien, das ebenfalls genossenschaftliche Produktionsförderung in der Landwirtschaft eingeführt hat, schneidet bei der Entwicklung der gesamten Agrarproduktion schlechter ab.

Tabelle 11 zeigt zugleich die für alle Entwicklungsländer permanente Gefahr, daß die steigende Produktion durch das schnellere Wachstum der Bevölkerung aufgezehrt wird, so daß die Zuwachsraten pro Kopf z.T. negativ sind (z.B. gesamte Agrarproduktion Algeriens).

Tabelle 11

Entwicklung der Agrarproduktion ausgewählter arabischer Länder, in FAO - Indexzahlen

| Land | Insgesamt | | Je Kopf der Bevölkerung | | |
|---|---|---|---|---|---|
| | 1952/53 | 1963/64 | 1952/53 | 1958/59 | 1963/64 |
| a) Nahrungsmittelproduktion | | | | | |
| Ägypten | 86 | 146 | 90 | 104 | 118 |
| Irak | 84 | 98 | 89 | 98 | 86 |
| Algerien | 91 | 101 | 95 | 86 | 83 |
| Syrien | 93 | 132 | 99 | 75 | 98 |
| Tunesien | 95 | 124 | 99 | 128 | 106 |
| b) Gesamte Agrarproduktion | | | | | |
| Ägypten | 96 | 141 | 101 | 106 | 113 |
| Algerien | 91 | 99 | 95 | 84 | 81 |
| Irak | 84 | 99 | 89 | 98 | 87 |
| Syrien | 88 | 142 | 94 | 86 | 106 |
| Tunesien | 94 | 124 | 98 | 126 | 105 |

Quelle: Food and Agriculture Organization of the United Nations: Production Yearbook 1964, Vol. 18, Rome 1965, S. 31 - 34.

### 3.3.2. Kapitalbildung durch Wandel von Verhaltensweisen am Beispiel einer Kreditgenossenschaft im Nildelta

Den Erfolg landwirtschaftlicher Genossenschaften bei der Kapitalbildung wollen wir an einem Beispiel einer Kreditgenossenschaft im Nildelta zeigen.

Hier werden auch die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse deutlich, die durch Genossenschaften eingeleitet werden können.

Dieses Projekt wurde von einer Gruppe junger arabischer Wissenschaftler unter der Führung A. Elnagars im Nildelta/Ägypten im Zeitraum 1961-1967 durchgeführt. [1)]

Konkretes Ziel des Experiments im Nildelta war die Einleitung eines Kapitalbildungsprozesses durch Förderung des Sparwillens sozial schwacher Schichten.

---

1) Die Initiatoren bezeichneten das von ihnen projektierte Sozialgebilde als "kommunale Sparkasse". Sie hätten auch die Bezeichnung "Kreditgenossenschaft" wählen können. Für diese Untersuchung ist es letztlich nur von zweitrangiger Bedeutung, ob die Entstehung einer kommunalen Sparkasse oder einer Kreditgenossenschaft betrachtet wird. Vergl. G.Weisser, Erkenntnisse und Bewertungsgegenstände der Genossenschaftslehre sind alle Genossenschaften im wirtschaftlichen Sinn, in: G. Weisser und W.W. Engelhardt, (Hrsg.) Genossenschaften und Genossenschaftsforschung, a.a.O., S. 3 ff.
Die Initatoren waren ägyptische Wirtschaftswissenschaftler, die alle ihre Studien an der Universität Köln abgeschlossen hatten.
Vergl. A. Elnagar, Hindernisse der direkten Auslandsinvestitionen in Ägypten, Kölner Diss. 1959.
Vergl. F. Ismael, Planungs- und Finanzierungsprobleme bei Entwicklungsprojekten - dargestellt am Beispiel des Emslandes, Kölner Diss. 1963.
Vergl. G. Elsahrawi, Die Reformprobleme der ägyptischen Steuerverwaltung, Kölner Diss. 1961.
Vergl. L. Abdelasim, Wege und Irrwege der Besteuerung in Ägypten, Kölner Diss. 1957.

Im Rahmen einer Selbsthilfe-Organisation sollte der Sparwille von Bevölkerungsschichten eines Entwicklungslandes mobilisiert werden, die bisher der Verhaltensweise "Sparen" ablehnend gegenübergestanden hatten.

Ausgangspunkt war eine Analyse der gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozio-kulturellen Infra-Struktur, vor deren Hintergrund das Sparkassenexperiment realisiert werden sollte. [1)]
Das Nildelta zählt zu den fruchtbarsten (bis zu 3 jährlichen Ernten), bevölkertesten (bis 900 Einwohner/Km $^2$) und zugleich ärmsten (durchsnittliches pro Kopf-Einkommen unter 100 $) Regionen der Erde.
Im Ort und in der Provinz Mit-Ghamr (dem Einzugsgebiet der geplanten Sparkasse) leben ca. 282.000 Menschen, von denen 85 % Bauern (arabisch: fellahim) sind.
Es bestand auch bereits eine landwirtschaftliche Genossenschaft. Sie wurde als "Institution der staatlichen Verwaltung" betrachtet und fand wenig Anteilnahme bei der breiten Bevölkerung.

Sparen im Sinne einer Anlage bei Kreditinstituten war in den breiten Bevölkerungsschichten unbekannt. Rücklagenbildung ist allerdings auch für die Fellachen eine notwendige Existenzsicherung. [2)] Dazu zwingt allein schon die Gefahr von Mißernten; Sozialversicherungen existieren für die Bauern nicht.

---

1) A. Elnagar, sowie S. Ibrahim, Staatssekretär, Finanzministerium, Kairo, im Gespräch.

2) R.K. Ready, The Egyptian Peasent in Transition, unv. Man., Kairo 1967, S. 4.
Vergl. D. Weiss, a.a.O., S. 20 ff.

Heirat oder der Kauf eines Wasserbüffels erfordern hohe Summen;auch dafür müssen Fellachenfamilien Rücklagen bilden. [1]

Traditionellerweise wird das Geld gehortet,z.B.in Form von Schmuck.

Die Gründe der geringen Spartätigkeit im Nildelta scheinen auch für andere Entwicklungsländer symptomatisch zu sein (mit Ausnahme von Punkt 4 der folgenden Aufzählung).Sie sollen hier angeführt werden, um daran die Konzeption dieses Experiments erläutern zu können: [2]

1. Bei geringem Einkommen und geringem Besitz der meisten Bauern sind der wirtschaftlichen Sparfähigkeit enge Grenzen gesetzt.
2. Außer wenigen Filialen der städtischen Großbanken und einer Postsparkasse fehlen Kreditinstitute auf dem Land bisher.Kreditgenossenschaften beginnen sich erst langsam zu bilden.
3. Das - oft berechtigte - Mißtrauen der Landbevölkerung gegenüber staatlichen Institutionen (die lange Zeit nur Steuern eintrieben und nie zur Verbesserung der Lebensbedingungen beitrugen) erschwert jede Zusammenarbeit mit staatlichen oder städtischen "officials",kurz: "mit denen da oben."[3] Elnagar zitiert einen alten Bauern,der sein Mißtrauen drastisch formulierte: "Ihr nehmt unser Geld und wir sehen Euch nie wieder!"

---

1) Vergl.W.Hohmeyer, a.a.O., S.31 u.73.

2) Ebenda.Vergl.P.O'Brian, The Revolution in Egypt's Economic System,London 1966, S. 238.

3) A.Elnagar,im Gespräch.Vergl.auch ders., Kapitalbildung in Entwicklungsländern.Eine Konzeption des zinslosen Sparens für den islamischen Raum, unv.Man., o.O., o.J., S.15.

4. Die traditionelle - vom Islam geprägte - Mentalität der Fellachen, die das Zinsnehmen als verwerflich ansieht. [1)]

Vor diesem Hintergrund bauten die Initiatoren ihre Konzeption auf, die, ausgehend von der Notwendigkeit eines (gelungenen) Sparens (Wicksell) für die Kapitalbildung, darauf abzielte, dieses Sparen als Verhaltensweise den Fellachen nahezubringen und sozio-kulturell zu verankern. Kern der Konzeption war eine (für alte "banker" geradezu revolutionäre) Idee des "Sparens ohne Zins", womit dem Zinsverbot des Islams Rechnung getragen wurde: nicht aus religiösen Gründen sondern wegen der von der Religion bestimmten traditionellen Denkgewohnheiten der Fellachen, die das Zinsnehmen ablehnten.

---

1) So heißt es im Koran:
"Diejenigen, die Zins nehmen, werden (dereinst) nicht anders dastehen als wie einer, der vom Satan erfaßt und geschlagen ist...". Der Koran, 2. Sure, Übersetzung von R. Paret, Stuttgart 1966, S. 41 f.
Hohmeyer zitiert aus einer Zitatensammlung der Sparkassenorganisation die drastische Mahnung des Propheten:
"Auch nur einen Pfennig Wucher bewußt zu nehmen, ist schlimmer, als 36 mal mit fremden Frauen zu sündigen."
Vergl. W. Hohmeyer, a.a.O., S. 59.
Diese Worte des Propheten hindern arabische Geldverleiher und Händler aber nicht, der Landbevölkerung Kredite zu Zinssätzen bis zu 50 % zu geben, wie Ghaussy u.a. feststellen.
Vergl. A.G. Ghaussy, a.a.O., S. 78 f.

Der Zinsertrag als Sparanreiz wurde von dieser Konzeption vernachläßigt. Dabei muß der Verzicht auf Zins keineswegs als unökonomisch abgetan werden, da die Sicherheit der Geldanlage für die Fellachenbevölkerung wichtiger ist als der monetäre Zinsertrag. Zum Vergleich sei daran erinnert, daß auch für den europäischen Sparer nicht der Zinsertrag, sondern das Sicherheitsbedürfnis unter den Motiven der Spartätigkeit dominiert. [1)]

Die ökonomische Vorteilhaftigkeit des Sparens wurde durch andere Anreize gesichert.
In einem System von "Drei Fonds" sollte den verschiedenen Sparmotiven Rechnung getragen werden. [2)]

I. Fonds: Durch Anlage in diesem Spar- und Kreditfonds erwarb der Sparer den Anspruch auf zinslose Kredite.
II. Fonds: Durch Anlage im Investitionsfonds konnte der Sparer zur Finanzierung rentabler Objekte beitragen, wie etwa zur genossenschaftlichen Beschaffung landwirtschaftlicher Maschinen oder zum Bau eines Gemeindezentrums.
III. Fonds: Durch Anlage in einem der ersten beiden Fonds erwarb der Sparer Anspruch auf Unterstützung aus dem III., dem "Sozialfonds", bei unvorhergesehenen Notlagen, Mißernten etc. Diesem Fonds kam gewissermaßen eine "Sozialversicherungsfunktion" zu.

---

1) Vergl. G. Schmölders, Die sogenannte Zinsempfindlichkeit des Sparers, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 15, 1961.

2) Vergl. W. Hohmeyer, a.a.O., S. 86 ff.
Vergl. A. Elnagar, a.a.O., S. 29 f.
Ebenso S. Ibrahim, Staatssekretär, Finanzministerium, Kairo, im Gespräch.

Durch dieses System der "Drei Fonds"konnte das Sicherheitsbedürfnis des Sparers genauso befriedigt werden, wie der Wunsch, zur Verbesserung der eigenen Lebenslage beizutragen.

Zuerst mußten die Initiatoren das Vertrauen der Landbevölkerung gewinnen, deren Mißtrauen gegenüber allem Fremden, den Städtern und "denen da oben " abbauen, und ihren Willen zur Selbsthilfe wecken. Ein Wort des Propheten konnte ihnen dabei als Leitspruch dienen: "Wahrlich, Gott ändert das Geschick eines Volkes nicht, wenn dieses Volk sich nicht selbst ändert." [1] Sodann mußten die Bauern die Einsicht in die ökonomische Vorteilhaftigkeit dieser speziellen Form des Sparens gewinnen und die Arbeitsweise des Systems (der Drei Fonds) verstehen lernen. Dazu wurden die "opinion leaders" und Repräsentanten der "peer groups" eines Dorfes gewonnen: Bürgermeister, Dorfräte, Scheichs, Partei- und Genossenschaftsfunktionäre, Lehrer. [2] Sie sollten den Lernprozeß bei den Fellachen unterstützen.

Ihrer Ausbildung entsprechend brauchte man ihnen Grundbegriffe wie "Sparkasse" oder "Sparen" nicht zu erklären. Bei den einfachen Fellachen war das schwieriger. Sie fragten oft: "Sparkasse, was ist das?" [3]

---

1) Der Koran, Sure 13, Vers 12, zitiert b. Homeyer, a.a.O., S. 64, Vergl. auch A. Hottinger, Die Araber, Zürich 1960, S. 218.

2) Vergl. P. Heintz, Art.Person, in: R. König (Hrsg.) Soziologie, a.a.O., S. 223.

3) Vergl. W. Hohmeyer, a.a.O., S. 79 f.

Noch wichtiger als die Information war die Vertrauenswerbung bei den Fellachen.
Die Initiatoren und ihre Mitarbeiter sprachen mit den Bauern über ihre Probleme und Sorgen. Sie bemühten sich ausgiebig um persönliche Kontakte und versuchten, die Barrieren des Mißtrauens und der Gleichgültigkeit zu durchbrechen.
Dann wurde das ganze Dorf, Autoritäten und Fellachen, zu einem Gespräch eingeladen.
Die (bereits für die Idee gewonnenen Dorf-Autoritäten) unterstützten die Sparkassenwerber: "Endlich will jemand auch einmal etwas für uns tun! Denn das soll keine "Regierungskasse", sondern unser aller Sparkasse werden!" [1]

Die am häufigsten vorgebrachten Einwände der Bauern: "Wir sind zu arm zum Sparen" wurden mit der Frage beantwortet:" Wirklich? Wenn wir etwas weniger Tee trinken, etwas weniger rauchen, sind schon ein paar Piaster übrig. Viele wenige Piaster zusammen auf der Bank ergeben aber das Kapital für einen neuen Pflug . Dann ist der Anfang gemacht." [2] Wenn dann nach langer Diskussion die Autoritäten die ersten Beträge auf provisorische Sparbücher einzahlten, war der Bann gebrochen.

---

1) ebenda, S. 80.

2) Vergl. A. Elnagar, a.a.O., S. 31.

Am 23. Juli 1963 eröffnete die Sparkasse in Mit-Ghamr offiziell ihre Tätigkeit. [1] Den nominellen Erfolg der Werbekampagnen zeigen die Entwicklungen der Mitglieder (Sparer) und der Geschäftsguthaben im Geschäftsjahr 1963/64 (Vergl. Tabelle XIV).

Bis zum Jahre 1967 stieg die Zahl der Sparer in der Provinz Mit-Ghamr auf ca. 49.000. [2] Außer der Mutter-Sparkasse in Mit-Ghamr (Stadt) konnten 5 Filialen in der Provinz eröffnet werden.

---

1) A. Elnagar, ebenda.

2) Vergl. W. Hohmeyer, a.a.O., S. 82.
Vergl. R.F. Ready, Peasant, a.a.O., S. 19.

Tabelle 12

Das kreditgenossenschaftliche Projekt in Mit-Ghamr 1963/64

| Monate/Jahr | | Neusparer (Zugänge) | Sparer | Einzahlungen (LE) | Auszahlungen | Sparguthaben |
|---|---|---|---|---|---|---|
| Juli | 1963 | 3.468 | 3.468 | 1.469 | 92 | 1.404 |
| Aug. | 1963 | 1.977 | 5.445 | 142 | 96 | 2.050 |
| Sept. | 1963 | 2.162 | 7.607 | 1.459 | 175 | 3.334 |
| Okt. | 1963 | 5.223 | 12.830 | 2.812 | 503 | 5.643 |
| Nov. | 1963 | 1.992 | 14.822 | 4.751 | 1.352 | 9.042 |
| Dez. | 1963 | 1.319 | 16.141 | 4.185 | 1.757 | 11.470 |
| Jan. | 1964 | 846 | 16.987 | 3.206 | 1.414 | 13.262 |
| Febr. | 1964 | 812 | 17.799 | 2.987 | 1.373 | 14.876 |
| März | 1964 | 693 | 18.492 | 3.701 | 2.090 | 16.487 |
| April | 1964 | 476 | 18.968 | 5.568 | 2.072 | 19.983 |
| Mai | 1964 | 379 | 19.347 | 4.688 | 2.308 | 22.363 |
| Juni | 1964 | 713 | 20.060 | 5.343 | 1.813 | 25.893 |
| Juli | 1964 | 545 | 20.605 | 7.819 | 3.034 | 30.678 |

Quelle: Archiv der Sparkasse u.W. Hohmeyer, a.a.O., S. 85.

Ein staatlicher Zuschuß von 60.000 LE und ein Vertrag zwischen der VAR und der BRD betreffs einer personellen und materiellen Unterstützung der Sparkasse zeigen die Bedeutung, die man diesem Projekt von offizieller Seite gab. [1] Eine Gegenüberstellung der Spartätigkeit zum 30.6.1966 im Bereich der kommunalen Sparkasse Mit-Ghamr, die zu diesem Zeitpunkt bereits 5 Filialen unterhielt, mit der Spartätigkeit bei den traditionellen Banken und der Postsparkasse im gesamten Gouvernorat Dakhalia, zu dem Mit-Ghamr gehört, verdeutlicht den Erfolg der neuen Sparkasse.

1) Vergl. A. Elnagar, a.a.O., S. 100 ff.

Tabelle 13

Sparen im Bereich der Sparkasse Mit-Ghamr per 30.6.1966

| | Gouvernorat Dakhalia (gesamt) | Provinz Mit-Ghamr (Sparkasse) |
|---|---|---|
| Einwohner | 2.300.000 | 282.000 |
| Sparer | 127.000 | 49.000 |
| in % der Bevölkerung | 5,5 % | 17,4 % (!) |
| Spareinlage | 352.000 LE | 192.000 LE |
| Spareinlage pro Sparer | 2,7 LE | 4,0 LE (!) |

Die entscheidenden Erfolge dieser Konzeption, so wie A. Elnagar und seine Mitarbeiter sie sahen, lagen im nicht quantifizierbaren (meta-ökonomischen) Bereich. Durch den persönlichen Einsatz der Initiatoren war es gelungen, nicht nur grundliegende Kenntnisse der ökonomischen Vorteilhaftigkeit des Sparens zu vermitteln, sondern das Sparen als Verhaltensweise zu institutionalisieren.
Diesen Erfolg stellte eine Untersuchung der Ford Foundation im April 1966 deutlich heraus. [1)]

1) Vergl. R.F. Ready, Egyptian Aid for Egyptian Self Aid, unv.Man., Cairo, o.J., S. 7 f.
Die Ergebnisse seiner empirischen Untersuchungen faßte Ready zusammen in: The Egyptian Peasant in Transition, a.a.O., S. 24 ff.

Es war gelungen, Sparer zu gewinnen und sie zu neuen Verhaltensweisen zu führen. Damit war zwar noch nichts über einen grundlegenden Wandel ihrer Verhaltensnormen und Attitüden gesagt, wohl aber zeigte "die Tatsache ihrer Mobilisierung als Sparer ..., daß es dank geschulter, psychologisch fundierter Werbeaktionen gelang, sie für das Sparkassenprojekt einzunehmen." [1]

Elnagar und seine Mitarbeiter hatten sich um den einzelnen Fellachen bemüht, ihn zur Mitarbeit aufgefordert, ihm das Bewußtsein gegeben, nicht für eine anonyme , ferne, übergeordnete Organisation arbeiten zu müssen, sondern etwas für sich selbst, für seine Gruppe, für seinen engen Lebenskreis tun zu können.
Hohmeyer zitiert einen alten Bauern, der diese Erkenntnis so formuliert: "Das ist unsere Sparkasse. Sie hilft uns allen!" [2]
Der einzelne fühlte sich nicht als Objekt der Planung ferner Autoritäten, sondern konnte an der Leitung, Willensbildung und Gestaltung eines neuen Sozialgebildes, nämlich der Selbsthilfeorganisation, aus eigener Kraft mitwirken.

Die Konzeption Elnagars entsprach damit der entwicklungspolitischen Forderung Behrendt's, die soziale Mobilisation durch "Ablösung der bisher tonangebenden vorgesetzten Zwangsordnungen durch selbstverantwortlich gebildete und getragene Ordnungen" zu beginnen, d.h. also durch Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung. [3]

---

1) Vergl. W. Hohmeyer, a.a.O., S. 168.

2) Vergl. W. Hohmeyer, a.a.O., S. 170.

3) Vergl. R.F. Behrendt, a.a.O., S. 523.

Vor allem hatte die Konzeption die religiöse Verankerung der bäuerlichen Mentalität zu berücksichtigen.

Wie viele Probleme der Dritten Welt konnte auch dieses nicht gelöst werden, ohne den religiösen background der Fellachen-Gesellschaft, d.h. ohne die religiöse Determinante des menschlichen Handelns mit einzubeziehen. Von Natur aus traditionsorientiert - wie viele in der Landwirtschaft tätigen Menschen der Entwicklungsländer - neigt die Mehrzahl der Fellachenbevölkerung dazu, von den Vorfahren überlieferte Werte und Normen um ihrer selbst willen zu erhalten. Die Verwerflichkeit des Zinsnehmens ist ein solcher überlieferter negativer Wert - unberührt von der Existenz wucherischer Geldverleiher, die die Fellachen seit jeher ausgebeutet haben.

Es ging hier nicht darum, lediglich tolerant zu sein, und den Menschen ihre religiöse Weltorientierung zu lassen, sondern man mußte sich um eine subtile Kenntnis der religiösen Welt des Partners bemühen, um diese als Wert nicht abzulehnen. Ohne ernsthafte Einbeziehung der religiösen Phänomene und Grundorientierungen der Fellachen in die Konzeption war das nicht möglich.

In der komplexen Welt einer Industriegesellschaft scheint das religiöse Element nur ein Element unter vielen zu sein. Der Gendanke, daß die religiöse Grundorientierung des Einzelnen eine grundlegende Basis seines Lebens sei, trifft nur noch für einen Teil der Bevölkerung zu.
Doch zeigt die moderne Religionssoziologie von Max Weber bis Demostenes Savramis, daß Menschen auch dann, wenn sie das religiöse Element als religiös nicht mehr erkennen, sich daran als an quasi-religiösen Grundstrukturen orientieren. [1)]

---

1) W. Otte, Die Neue Konzeption der AGEH, Köln 1973, S. 10. Vergl. P.L. Berger, Zur Dialektik von Religion und Gesellschaft, Elemente einer soziologischen Theorie, Frankfurt 1973, S. 104.

Auch die Tatsache, daß diese (zunächst) erfolgreiche Kreditgenossenschaft inzwischen (bis 1977) den Weg vieler Entwicklungsprojekte gegangen ist, die, nach einer erfolgreichen, mit viel Enthusiasmus getragenen Aufbauphase, durch zuviel Staatseinfluß, also durch eine Offizialisierung, die private Initiativen erstickte, [1] das Interesse der förderungsbedürftigen ländlichen Bevölkerung verloren haben und damit ihre Effizienz eingebüßt haben, kann die grundsätzliche Adäquanz der hier gewählten entwicklungspolitischen Strategie nicht widerlegen.

### 3.4. Grenzen der genossenschaftlichen Entwicklungsförderung

Das folgende Kapitel will zeigen, wie ökonomische und gesellschaftliche entwicklungsfördernde Kooperationseffekte in Ägypten durch zuviel Staatseinfluß gebremst werden.

Zuerst soll die heutige Integration des genossenschaftlichen Aufbaus in die staatliche Verwaltung und Bürokratie kritisch durchleuchtet werden :
Die Verfilzung von Genossenschaftswesen und ASU, die Besetzung ökonomischer Schaltstellen mit Genossen, [2] deren politische Zuverlässigkeit wichtiger ist als ihre fachliche Qualifikation usw. [3]

---

1) Vergl. A. Hanel, Zur Frage der Abstimmung staatlicher Entwicklungskonzepte für Genossenschaften mit den Zielvorstellungen der Mitglieder, a.a.O., S. 160 ff.

2) Vergl. W. Otte, Religions-soziologische Ansätze, unv. Man.,(Köln 1974),S. 46.

3) ASU = Arabische Sozialistische Union, die Einheitspartei.

Ein eigenständiges, sich von unten aufbauendes Genossenschaftswesen ist in den meisten islamischen Ländern bis heute eine Illusion, da die sozio-kulturellen Voraussetzungen wie Bildungsstand und Demokratie noch nicht ausreichen. [1] Staatliche Initiativen, Lenkung und Schutz sind unumgänglich, um ein Genossenschaftswesen erst einmal aufzubauen.

Vermutlich hätten in diesen Ländern die Genossenschaften mangels privater Initiativen nicht auf die Initiative und Förderung des Staates verzichten können. [2]
Es ist sogar zu vermuten, daß es ohne Regierungsinitiative noch schwächere Genossenschaftsbewegungen in diesen Ländern gäbe - wenn überhaupt. Andererseits zeigt sich, wie zuviel staatliche Bevormundung wiederum ein Grund für die geringe Leistungsfähigkeit vieler "reglementierter" Selbsthilfeunternehmen wird.

Vom Standpunkt der klassischen Genossenschaftstheorie her könnte man überlegen, ob der "Gedanke einer staatlich geförderten Selbsthilfeorganisation (nicht) ein Paradoxon ist." [3] Die Gefahren staatlicher Reglementierungen und Lenkungen scheinen besonders darin zu

---

1) Vergl. W.P. Watkins, Genossenschaftswesen und Staat, a.a.O., S. 287.

2) Vergl. O. Schiller, a.a.O., S. 4.
Vergl. F. Chaves, El Financiamento de las empresas Cooperativas en latin America, Vortrag vor dem VI. Internationalen Genossenschaftstag, Giessen 1969, S. 14 ff.
Vergl. C.W. Dempsy, Agricultural Cooperation in South Africa, Giessen 1969, S. 2 f.
Vergl. W. Hohmeyer, a.a.O., S. 188 f.

3) Vergl. W.P. Watkins, Genossenschaftswesen und Staat, a.a.O., S. 287. Kritisch muß allerdings angemerkt werden, daß sich Staatshilfe und Selbsthilfe keineswegs ausschließen müssen. Vergl. A. Hanel, Zur Frage..., a.a.O., S. 133.

liegen, so könnte man vermuten, daß "von oben" aufgebaute Genossenschaften nur schwer echte Organisationen der Selbsthilfe, Selbstverwaltung und Selbstverantwortung werden können.

Die europäische Genossenschaftsgeschichte im 19. Jahrhundert hat gezeigt, daß der Beitrag der Genossenschaften zur Fundamentaldemokratisierung und zur Leistungsorientierung gerade von der Selbsthilfe, der Selbstverwaltung und der Selbstverantwortung ihrer Mitglieder abhing."Die Stärke der europäischen Genossenschaften war die Selbsthilfe, die kostenlose Mitarbeit, die Gemeinschaft, der Einsatz des Einzelnen für die Gemeinschaft." [1)]
Diese Effizienz und Kraft echter Selbsthilfeorganisation scheint "von oben" aufgebauten staatlich gelenkten Genossenschaften in Entwicklungsländern heute noch in vielen Fällen zu fehlen, ganz abgesehen davon, daß auch viele Genossenschaften in industrialisierten Marktwirtschaften im Zuge der "Ökonomisierung der Genossenschaften" (Draheim) diesen beschriebenen Charakter als Selbsthilfeorganisationen zum Schutz vor Übervorteilung etc. eindeutig nicht mehr besitzen. [2)]

---

1) Vergl. H. Wilbrandt, Gedanken über die Rolle und den Aufbau landwirtschaftlicher Genossenschaften in den Entwicklungsländern, in: G. Weisser u. W.W.Engelhardt (Hrsg.), Genossenschaften und Genossenschaftsforschung, a.a.O., S. 345.

2) Vergl. W. Watkins, ebenda.

Grundsätzlich lassen sich drei Funktionen des Staates zur Entwicklung eines leistungsfähigen Genossenschaftswesens: die Initialfunktion, die Lenkungsfunktion und die Schutzfunktion unterscheiden. [1]

Unter der Initialfunktion ist die Gründung neuer oder die Neuordnung bestehender, jedoch nicht leistungsfähiger Genossenschaften zu verstehen. Dieser Funktion kam der ägyptische Staat unmittelbar nach der Revolution nach durch zahlreiche Neugründungen von Genossenschaften. Zwar bestanden zum Zeitpunkt der Revolution in Ägypten bereits die beschriebenen Genossenschaften, die "älter als der junge Staat" waren, jedoch ohne großen Erfolg arbeiteten. [2] Die Landreform mit der ersten Neuordnung der Besitzverhältnisse führte zur Gründung neuer Genossenschaften, der Agrarreformgenossenschaften.

Die Lenkung der Genossenschaften umfaßt "sämtliche Maßnahmen des Staates, die darauf abzielen, den Genossenschaften zur Erlangung ihres Reifegrades und damit zur Möglichkeit der Selbsterhaltung zu verhelfen." Solche Maßnahmen können legislativer und fiskalischer Art sein. [3] Durch legislative und fiskalische Maßnahmen versuchte der ägyptische Staat, das Genossenschaftswesen - das bestehende sowie das neugeschaffene - unter immer stärkerem staatlichen Einfluß zu fördern.

---

1) A.G. Ghaussy, a.a.O., S. 276 ff.

2) E. Hasselmann, a.a.O., S. 10.

3) A.G. Ghaussy, a.a.O., S. 280.

Die Schutzfunktion besteht in weiteren Maßnahmen, die in den Genossenschaften durch Prüfung und Überwachung eine sinnvolle Durchführung des Förderungsauftrages sichern.

Vor allem die Lenkungsfunktion hat im neuen Genossenschaftsgesetz ihren Ausdruck gefunden.

### 3.4.1. Die neue Genossenschaftsgesetzgebung

Wie schon bei der Analyse der Agrarreformen deutlich wurde, intendierte die Agrarpolitik eine Integration von Genossenschaften und Agrarreform. Das neue Genossenschaftsgesetz von 1965 wurde durch mehrere Präsidentialdekrete und Durchführungsverordnungen bis 1966 mit Teilen des Gesetzes für die Agrarreform zu einer einheitlichen Gesetzgebung zusammengefaßt. [1)]

a) Als Genossenschaften werden Zusammenschlüsse definiert, deren Bestimmung die wirtschaftliche und gesellschaftliche Förderung ihrer Mitgliederwirtschaften ist. Die Zahl der Mitglieder ist offen. Alle Mitglieder haben gleiches, vom Kapitalanteil unabhängiges Stimmrecht.

---

1) Resolution der "General Agriculture Conference", 1. bis 20.9.1966 in Kairo.
Vergl. J.v. Muralt, a.a.O., S. 67 ff.
Zu Fragen der Rechtsstellung in der Aufbauphase sei auf das vielfältige Schrifttum von H.H. Münkner verwiesen, hier bes.: Die rechtliche Regelung der Genossenschaft im Gründungsstadium. Ein Beitrag zur Regelung präkooperativer Organisationsformen in Entwicklungsländern, in: E. Dülfer (Hrsg.), Zur Krise der Genossenschaften in der Entwicklungspolitik, a.a.O., S. 209 - 246.

b) Der Charakter der Genossenschaften als Personenvereinigung wird durch die niedrigen Kapitalanteile betont: maximal 1 LE.

c) 25 % des Jahresüberschusses müssen die gesetzlichen Rücklagen solange dotieren, bis die doppelte Höhe der (variablen) Kapitalanteile erreicht ist. 10 % fließen einem Sozialfonds zu, der Rest wird an die Kapitaleigner ausgeschüttet und / oder als Umsatzrückvergütung ausgeschüttet.

d) Der "board of directors" wird von der Generalversammlung gewählt. Die beigeordneten Supervisors des Agrarministeriums und der ACCB können Beschlüsse des "board" bis zur Entscheidung durch das Agrarministerium aussetzen, d.h. praktisch unterbinden.

Eigene genossenschaftliche Prüfungsverbände fehlen weiterhin. Prüfung und Kontrolle übernehmen staatliche Stellen. Interessant ist die betonte Stellung des Sozialfonds. Hier werden den Genossenschaften bestimmte Aufgaben im sozio-ökonomischen Bereich, die eigentlich Aufgaben des Staates sind, übertragen. [1)]

---

1) Vergl. R. Behrendt, a.a.O., S. 374.

### 3.4.2. Der genossenschaftliche Aufbau im staatlichen Einflußbereich

Nach der Revolution von 1952 erkannte die Regierung schnell die große Bedeutung und die Möglichkeiten des Selbsthilfegedankens für ihre kooperativen wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen. [1] Dennoch wurden die Genossenschaften zunächst eher dezentral als straff organisiert. Die Genossenschaftsabteilung des Agrarministeriums wurde 1954 aufgelöst, die Verwaltung den Provinzgouvernoraten übertragen.

Nach Gründung der VAR, wurde 1959 im Zentralministerium für Arbeit und Soziales wieder eine Genossenschaftsabteilung eingerichtet.

Hinter diesem offiziellen Aufbau im Licht der jeweiligen Gesetzgebung spielten sich bedeutende machtpolitische Einflußnahmen ab, wie zahlreiche Skandale in Mit-Ghamr und anderen Dörfern gezeigt haben:
"The official provincial governors would even have dissolved or founded co-operatives in the "mantiqats", some of them existing only in the papers, being window societies, without anyone objecting". [2]

---

1) Vergl. die Rede G.A. Nassers vor der Nationalversammlung am 20.10.1952, in der er eine "democratic, socialistic, and cooperative society", forderte.

2) A. Elnagar , Kapitalbildung, a.a.O., S. 36.
(mantiqat = ägyptische Bezeichnung für Provinz)

### 3.4.3. Überorganisation und Zentralverwaltung

Die neue Wirtschaftspolitik ab 1960/61 versuchte, durch eine neue Welle von Verstaatlichungen die Mißerfolge der bisherigen konzeptionslosen Aufbauzeit zu überdecken: Innerhalb weniger Tage im Juli 1961 wurden 257 Unternehmen verstaatlicht: Industriebetriebe, Banken, Versicherungen, Transport- und Handelsunternehmen.[1)]

Nunmehr befinden sich sämtliche 18 Banken des Landes, 12 Versicherungsgesellschaften, die Eisenbahnen, die Schiffahrt sowie alle Häfen, die gesamte Luftfahrt, die gesamte Energieerzeugung, der Außenhandel, sowie die gesamte Mittel- und Schwerindustrie unter staatlicher Verwaltung.[2)]

Im privaten Bereich blieben im Prinzip nur Unternehmen der Leichtindustrie und des Einzelhandels, der städtische Grundbesitz und der ländliche Grundbesitz außerhalb der Agrarreformgenossenschaften.

---

1) W. Treuheit, Sozialismus in Entwicklungsländern, Köln 1971, S. 188.

2) W. Uhle, Der Arabische Sozialismus und der zeitgenössische Islam, Opladen 1969, S. 168.

Die langfristigen Folgen dieser Politik werden erst heute sichtbar:

Die neuen Staatsbetriebe leiden genauso wie die Genossenschaften unter mangelnder technischer und wirtschaftlicher Führung, da die Schaltstellen des Managements öfter mit politisch zuverlässigen als mit fachlich qualifizierten Leuten besetzt wurden. Desolate Organisation, Rückgang der Produktivität und Rentabilitätsverfall sind die Folgen.
Dazu kommt die traditionelle ägyptische Schlamperei und eine "Ideologie der Machbarkeit" bei den politischen Führungsinstanzen: Man sieht soeben aufgestellte Pläne als bereits erfüllt an, und meint, der Wille, ein Projekt zu realisieren, sei bereits die Realisation selbst. Bei diesem Wunschdenken der Planer bleibt es dann aber, tatkräftige Schritte zur Verwirklichung werden oft nicht unternommen. [1)]

Die Landwirtschaft blieb auch nach Begin der "Neuen ökonomischen Politik" (NEP) im Prinzip privatwirtschaftlich, sollte aber über die Genossenschaften straffer geführt werden.
Als Verbindungsinstanzen zwischen Agrarministerium und Genossenschaften wurden neue "General Organizations" gegründet.

---

1) Vergl. A. Hottinger, Die Araber, Zürich 1970, S. 352.

Es existierte schon seit 1957 eine "General Organization" für die neuen Agrarreformgenossenschaften, die zentrale Aufgaben, wie Einkauf und Absatz, für die traditionellen landwirtschaftlichen Genossenschaften übernommen hatte. Sie ermöglichte dem Staat aber keine genügenden Einflußmöglichkeiten auf das ganze Genossenschaftswesen. Darum wurde mit Gesetz Nr. 267 von 1960 die "General Organization for Agricultural Cooperatives" gegründet.
Im Bereich zwischen Staat und Genossenschaftswesen kann sie als Vermittlungs- und Zwischeninstanz lokalisiert werden. "Diese Organisation kann nicht als Genossenschaft höherer Ordnung verstanden werden, sondern als staatliches Zentralbüro mit Koordinierungsbestimmung." [1] Ihren Vorstand bilden 7 Minister, der Direktor der ACCB [2] sowie 6 Personen des genossenschaftlichen Überbaues, unter dem Vorsitz des Landwirtschaftsministers.

Trotz ihrer nominellen Selbständigkeit kann die "Organisation" eindeutig als staatliche Instanz qualifiziert werden, da ihr Vorstand zu 50 % aus Regierungsmitgliedern besteht.

---

1) J.v. Muralt, a.a.O., S. 104.

2) ACCB = "Agricultural and Cooperative Credit Bank".

Die Aufgaben der neuen "General Organization" sind einmal Koordinations- und Planungsaufgaben, die Verbindung zwischen der Executive, den Ministerien und den Genossenschaften aller Stufen, zum anderen die zentrale Finanzierung, Kreditversorgung und Warenlieferung der einzelnen Genossenschaften über die zur Genossenschaftsbank umfunktionierte "Agricultural and Cooperative Credit Bank", von deren Kapital die "General-Organization" 50 % übernommen hat.

Die "General Organization" übernimmt den zentralen Absatz, besonders von Baumwolle, für die seit 1964 Verkaufspflicht an die staatlichen Vorratsstellen besteht.
Auch hier zeigen sich Einflußmöglichkeiten der "Organization" auf das Genossenschaftswesen. Die "Organization" kann Geschäftsanteile von Primär-, Haupt- und Zentralgenossenschaften übernehmen und hat so die Möglichkeit, eigene Leute zu Vorstandsmitgliedern der einzelnen Genossenschaften zu ernennen. Daneben sind auch die einzelnen Genossen noch von anderer Seite dem staatlichen Einfluß ausgesetzt, am stärksten durch die "Arabische Sozialistische Union (ASU)", die Einheitspartei der VAR.

"Neben der Armee, der Geheimpolizei und der Verwaltung soll die Union als Fernziel führendes Machtinstrument im Staat werden, um das gesamte Land ideologisch, politisch und gesellschaftlich zu lenken." [1]
Ein Großteil der Genossen ist daher gleichzeitig Parteimitglied, und, was noch wichtiger ist, die Funktionäre der Partei sind meist auch Funktionäre der Genossenschaft. [2]

---

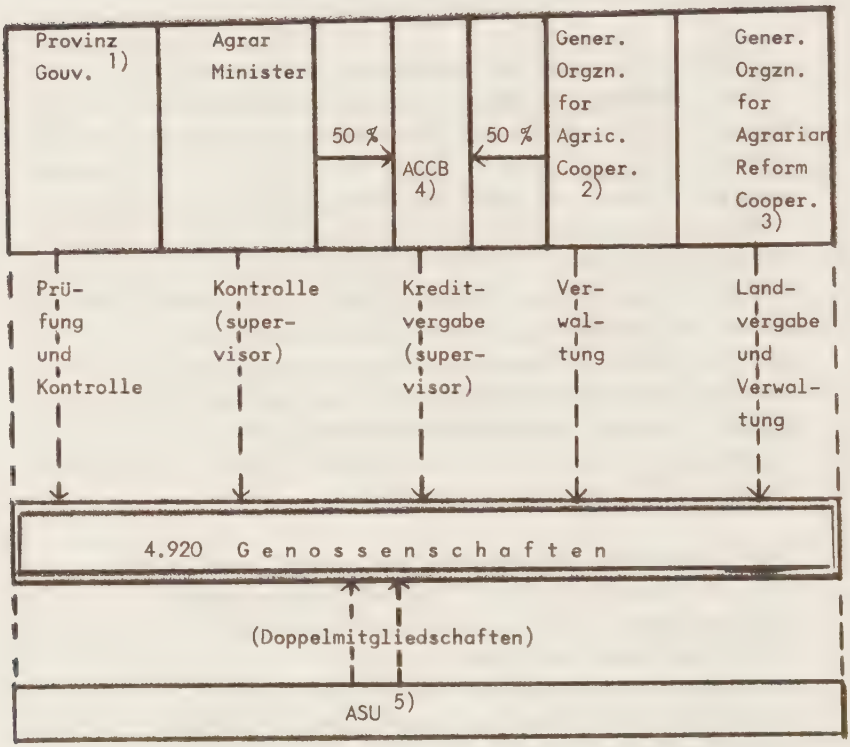
1) W. Uhle, Die Arabische Sozialistische Union (ASU) in: Vierteljahresberichte FES , Bonn 1967, Nr. 28, S. 117.

2) M. Robbe, D. Crzeskowiak, Politik und Ideologie der ägyptischen Revolution, in: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 12/1964, S. 1302.

Die vielfältigen staatlichen Einflußmöglichkeiten auf das Genossenschaftswesen zeigt Skizze 3.

Skizze 3

Der Staat und die Genossenschaften




1) Provinz Gouvernorate
2) General Organization for Agricultural Cooperatives
3) General Organization for Agrarian Reform Cooperatives
4) Agricultural and Cooperative Credit Bank
5) Arabische Sozialistische Union

### 3.4.4. Die genossenschaftliche Pyramide

Unter dem Begriff "genossenschaftlicher Überbau" kann ein Komplex verstanden werden, der dadurch entsteht, daß sich Genossenschaften elementarer Art (und deren Zusammenschlüsse wiederum) auf der mittleren und oberen Ebene zu neuen Genossenschaften zusammenschließen, um die Förderung ihrer Mitglieder optimal erfüllen zu können". [1]
"Funktionen dieser Zusammenschlüsse sind die Anleitung, Beratung sowie die Kontrolle ... ihrer Mitgliedergenossenschaften". Durch diese Konzentration entsteht ein genossenschaftlicher Überbau in Form einer Pyramide, deren Grundelemente die Genossenschaften elementärer Art bilden [2] (Einzel- oder Primärgenossenschaften).

Den Mittelbau bilden die Haupt- und Zentralgenossenschaften. Die Spitze der Pyramide stellt der nationale Genossenschaftsverband, der zwar schon 1956 gegründet wurde, aber erst im Sommer 1970 endgültig seine Arbeit aufnehmen konnte.

---

1) G. Weisser, Genossenschaft und Konzentration, in: Die Konzentration in der Wirtschaft (Hrsg. H. Arndt), Berlin 1966, S. 467 ff.
Vergl. E. Dülfer, Strukturprobleme der Genossenschaft in der Gegenwart, in: Neuere Tendenzen im Genossenschaftswesen, a.a.O., S. 5 ff.

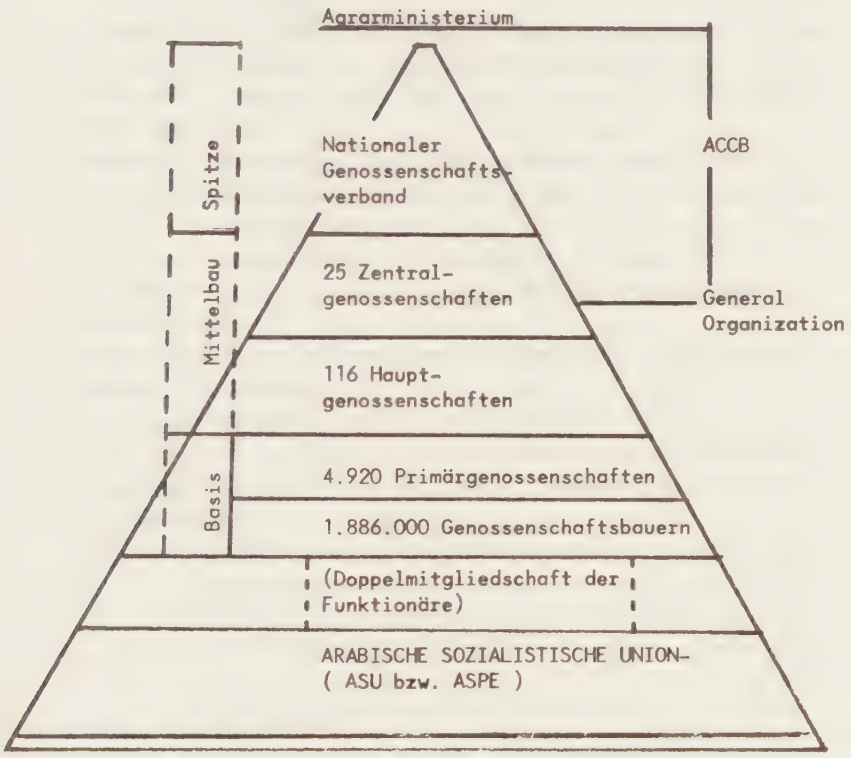
2) J.v. Muralt, a.a.O., S. 102.
Draheim nennt einen solchen Vorgang "Konzentration in vertikaler Richtung".
(G. Draheim, a.a.O., S. 130.)

Im Zuge der neuen Wirtschaftspolitik begann 1960/61 nicht die Genossenschaftsbewegung selbst, sondern der Staat, infolge seiner allgemeinen Entwicklung im Sinne einer Einflußnahme auf die bestehenden Genossenschaften, für diese einen leistungsfähigen Überbau zu erreichen.

In der Zielsetzung bezwecken die Genossenschaften jeder Stufe die Förderung sowie in gewisser Weise die Kontrolle ihrer Mitgliederbetriebe, deren bessere Organisation, Beratung und Versorgung sowie z.T. auch den Absatz ihrer Produkte.

Die Aufbauschemata ihrer jeweiligen Vorstände entsprechen einander: 6 Vertreter der in der Hierarchie untergeordneten Mitglieder, je 1 Vertreter der ACCB und des Agrarministeriums, 5 Vertreter der übergeordneten "General Organization". (Skizze 4)

Skizze 4 : Staatliche und parastaatliche Einflüsse auf die Stufen des genossenschaftlichen Überbaus




---

ACCB = Agricultural and Cooperative Credit Bank
ASPE = Arab Socialist Party of Egypt

3.4.4.1. Der nationale Genossenschaftsverband

Die Spitze der Pyramide des genossenschaftlichen Überbaues bildet seit 1956 der nationale Genossenschaftsverband, unter dem Namen "The General Agricultural Cooperative Federation" gegründet anläßlich der "General Agricultural Conference" vom 9. bis 20. September 1956 in Kairo.

Die Aufgaben dieses genossenschaftlichen Spitzenverbands orientieren sich an den allgemein üblichen Aufgaben einer solchen Institution in Entwicklungsländern, wie sie etwa Hanel für die Iranische Central Organization beispielhaft aufgeführt hat:

a)"developing the cooperative network in rural areas ,

b) developing the promotional capacity and the functions performed by the primary rural and agricultural cooperatives and unions,

c) undertaking the necessary activities for performing the tasks of an almost totally responsible cooperative apex organization and expected to operate as a commercial, credit, technical, control and supervisory, auditing, training institution, as well as to defend the "class interest" of rural and agricultural cooperative unions and societies." [1)]

---

1) Vergl. A. Hanel, On the Evaluation of Rural Cooperatives with Reference to Governmental Development Policies - Case Study Iran. Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen, R.B., Bd. 15, Göttingen 1976, S. 116.

Die Frage, inwieweit der nationale Genossenschaftsverband in seiner praktischen Arbeit bisher diesem hohen Anspruchsniveau gerecht werden konnte, stellt sich wesentlich komplexer dar.

Einerseits wird die praktische organisatorische verbandliche Tätigkeit zu einem großen Teil durch die untersuchten General Organizations ausgeübt. Aber auch bei anderen Funktionen, z.B. der Prüfung und Kontrolle, verbleibt dem nationalen Genossenschaftsverband wenig Handlungsspielraum:

Da die genossenschaftlichen Verbandsaufgaben wie Prüfung und Revision nach wie vor hauptsächlich in den Gouvernoraten durchgeführt werden, bleiben dem neuen Spitzenverband letzlich nur Aufgaben der allgemeinen Verwaltung und der Repräsentation, nicht dagegen eine echte Interessenvertretung.

Angesichts dieser Funktionslosigkeit erscheint der Verband überflüssig und ohne wesentliche Bedeutung für das Genossenschaftswesen. [1)]

---

1) Verglichen mit dem o.a. sehr hohen Anspruchsniveau muß dem ägyptischen Spitzenverband in der Tat ein sehr unzulängliches Maß an Effizienz testiert werden. Kritisch muß jedoch angemerkt werden, daß eine Aufzählung solcher u.ä. typischer staatlicher Programme leicht den Eindruck allgemeingültiger, leerformelhafter oder wenig operationaler Formulierungen erweckt, wie sie von vielen staatlichen Partei- und Genossenschaftsbehörden in Entwicklungsländern bevorzugt werden.

3.4.4.2. Zentralgenossenschaften

Eine Besonderheit im Aufbau des ägyptischen Genossenschaftswesens besteht darin, daß der Mittelbau zweistufig organisiert ist, nämlich als obere Stufe der Zentralgenossenschaften und als untere der Hauptgenossenschaften.

Die Zentralgenossenschaften stehen als Stufe des genossenschaftlichen Aufbaus zwischen dem Genossenschaftsverband als Dachorganisation und den einzelnen Primärgenossenschaften.

"Die Bedeutung der Verbände und Zentralgenossenschaften als der hauptsächlichen Zusammenschlußformen der Einzelgenossenschaften" ist nach Draheim besonders für das Wachstum, die Ordnung und die Geschlossenheit der Genossenschaftsorganisation erheblich. [1)]

Die Integration zu einem genossenschaftlichen Vertikalaufbau hat ökonomische und politische Gründe, wie z.B. die mögliche Kostendegression der genossenschaftlichen Produktion. Ob solche Kostendegressionen jedoch in allen Bereichen entstehen, scheint fraglich. Gegen(mikro-ökonomische) Kostendegressionen im Bereich des Prüfungswesens z.B. sprechen viele Erscheinungen in der Verwaltung großer Betriebseinheiten in Industrieländern, die eher Kostenprogressionen vermuten lassen.

So bleiben vor allem politische Gründe, die für den genossenschaftlichen Zusammenschluß sprechen:
Die genossenschaftliche Integration wird der ganzen Bewegung mehr Marktmacht und mehr politischen Handlungsspielraum verschaffen.

---

1) G. Draheim, Genossenschaften, in: HdSW, IV, S. 350-373, hier S. 354 f.

Im gleichen Sinne begründet Henzler die Entstehung von Zentralgenossenschaften damit, daß sich Einzelgenossenschaften zusammenschließen, um auf lokaler Ebene eine Stärkung ihrer Marktposition zur besseren Förderung ihrer Mitglieder zu erreichen. [1)]

In Ägypten entstanden Zentralgenossenschaften als Gründung der "General Organization" in jedem der 25 Gouvernorate. Sie unterstehen direkt dem "Nationalen Genossenschaftsverband" und setzen sich in ihren Vorständen analog dem Aufbau des Verbandes zusammen. Ihre Mitglieder sind die unteren Stufen des genossenschaftlichen Mittelbaues, die insgesamt 116 Hauptgenossenschaften.

Ihre Aufgaben bestehen einmal in der Förderung, Versorgung, Beratung, Überwachung und Kontrolle der Hauptgenossenschaften.
Zum anderen halten sie den Kontakt mit den Gouvernoratsbehörden aufrecht, die nach dem Gesetz von 1956 aus der Zeit der Dezentralisation Kontrolle und Revision durchführen.

---

1) R. Henzler, Die Genossenschaft - Eine fördernde Betriebswirtschaft, Essen 1957, S. 183.

Allerdings muß ihnen testiert werden, daß sie durch ihre Abhängigkeit von den "Supervisors" der "General Organization" oft nur Vermittler von Anweisungen der staatlichen Instanzen sind.
Es ist daher zweifelhaft, ob diese Zentralgenossenschaften wirklich noch als "Genossenschaften von Genossenschaften" und als "Wirtschaftlichkeitsinstrumente" [1] fungieren können. Vielmehr scheint sich hier eine Entwicklung anzubahnen, bei der die Zentralgenossenschaften nur noch die Funktion von "Filialen einer Zentrale" [2], nämlich der "General Organization", übernehmen. Eine genossenschaftliche und vor allem demokratische Selbstverwaltung dieser Stufe ist nicht mehr gegeben.

---

1) G. Draheim, Genossenschaftliche Zusammenschlüsse, in : Zur Reform des Genossenschaftsrechts Bd. I, Hrsg. Bundesjustizministerium, Bonn 1956, S. 191.

2) W. Niess, Großgenossenschaft und Zentralgenossenschaft, Diss. Köln 1957, S. 29.

### 3.4.4.3. Hauptgenossenschaften

Die untere Stufe des genossenschaftlichen Mittelbaues bilden die Hauptgenossenschaften, von denen 1972 insgesamt 116 existierten.

20 - 30 Primärgenossenschaften können sich in jedem "marqaz" (Bezirk) zu einer "Joint Cooperative Society" zusammenschließen und sich mit 25 % ihres Kapitals an ihrer Hauptgenossenschaft beteiligen, um die Organisation der dörflichen Primärgenossenschaften sowie den genossenschaftlichen Einsatz der landwirtschaftlichen Maschinen im gesamten Bezirk zu koordinieren. [1)]

Laut Satzung wird der Vorstand aus Mitgliedervertretern gebildet. Beigeordneter Berater ist nach den neuesten Entwicklungen in der Regel ein "Supervisor" des Landwirtschaftsministeriums. Sowohl er (als auch der beigeordnete Supervisor der ACCB) können Beschlüsse, die gegen ihren Willen gefaßt worden sind, aussetzen und zur endgültigen Entscheidung an die "General Organization" oder die ACCB weiterleiten. Da diese Supervisors politisch geschulte Parteifunktionäre und dazu Absolventen der Landwirtschaftsfakultät sind, wird ihre fachliche Qualifikation die der Fellachen oft übertreffen.

---

1) S. Ibrahim, Direktor im Landwirtschaftsministerium.

Darum wird in ihnen die wahre Leitung der Genossenschaften zu sehen sein, auch wenn sie nominell nicht den Vorsitz führen.

Anwesenheit und Machtbefugnisse dieser Supervisors scheinen ein weiteres Indiz für die straffe staatliche Steuerung des Genossenschaftswesens zu sein. Allerdings berichtet z.B. El Said Naguib, Direktor der Genossenschaftsabteilung des Agrarministeriums, über immer häufigere Konflikte zwischen Genossenschaftsvorständen und Supervisors, die die Genossen zu ihren Gunsten entscheiden.
Sollte sich hier ein Wandel der Machtstruktur andeuten, so dürften die Gründe dafür innerhalb der Struktur der öffentlichen Verwaltung in Ägypten liegen, wie unten (bei der folgenden Analyse des Arabischen Sozialismus) genauer gezeigt wird: Es ist nur zu verständlich, wenn schlecht bezahlte Bürokraten (Monatseinkommen 15 - 20 LE) Auseinandersetzungen besonders mit wohlhabenden Großgrundbesitzern aus dem Wege gehen bzw. "friedlich" zu lösen versuchen.

## 3.5. Kritik der Integration der Genossenschaften in die staatliche Agrarpolitik

Der Versuch einer vorläufigen Wertung des ägyptischen Genossenschaftsexperiments auf seine entwicklungspolitische Modellfunktion bliebe unvollständig ohne eine kritische Analyse der Integration der Genossenschaften in die staatliche Agrarpolitik.
Diese Analyse soll sich in drei Stufen vollziehen:

1. Kritik der Agrarreform

2. Kritik des Agrargenossenschaftstypus: Produktionsförderungsgenossenschaft

3. Kritik der Genossenschaftspolitik unter dem Revolutionsregime Nassers.

Sollte sich herausstellen, daß entweder die Agrarreform, oder die Genossenschaften, oder die Agrarpolitik als entwicklungspolitische Instrumente versagt haben, so wäre damit die Brauchbarkeit des ägyptischen Beispiels als Modell für andere Entwicklungsländer in Frage gestellt.

### 3.5.1. Kritik der Agrarreform

Der angeblich sozialreformerische oder sogar revolutionäre Charakter der ägyptischen Agrarreform von 1952 - 1965 wird von der Mehrzahl ihrer Beobachter mit dem Hinweis auf

a) die Umverteilungseffekte und
b) die Produktionsverbesserungseffekte der Maßnahmen belegt. [1]

Nur wenige, wie z.B. Abdel Malek, beurteilen das ägyptische Experiment kritischer. [2]

---

1) So urteilen z.B. J.v. Muralt, a.a.O., S. 134 ff. J.G. Wörz, a.a.O., S. 144 und K.P. Treydte, a.a.O., S. 116 ff.

2) A. Abdel Malek, Ägypten: Militärgesellschaft. Das Armeeregime, die Linke und der soziale Wandel unter Nasser, a.a.O., S. 126 ff.

Zuzustimmen ist ersteren Autoren insofern, als tatsächlich ca. 16 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche nach der Revolution unter sozialen Gesichtspunkten neu verteilt worden sind, und insofern, als die Produktion bei einzelnen Früchten erstaunliche Steigerungen erfahren hat.

Die genannten Autoren kommen zu ihren Schlußfolgerungen, indem sie partialanalytische empirische Befunde generalisieren, die für sich genommen zwar wissenschaftlicher Arbeitsweise entstammen, so jedoch den Blick für die Totalität der ägyptischen Landwirtschaft verschleiern. Eine kritische Analyse der Ergebnisse der Agrarreformen mag dies belegen:
Die agrarreformatorische Limitierung des landwirtschaftlichen Besitzes auf 100 feddan (=42 ha) war keineswegs revolutionär und noch weniger geeignet, die vor-revolutionären feudalistischen Besitzverhältnisse zu brechen .100 feddan entsprachen dem 50fachen der Rentabilitätsschwelle. Auf deutsche Verhältnisse zum Vergleich übertragen, wobei die Rentabilitätsschwelle einer deutschen Landwirtschaft mit 20 ha angenommen werden soll, waren die Enteignungsmaßnahmen in Ägypten so wenig revolutionär, wie (zu Vergleichszwecken angenommen) eine hypothetische Besitzbegrenzung auf das 50fache der Mindestgröße von 20 ha, also = 1000 ha, in Deutschland wäre!

Hätte die Revolutionsregierung die Besitzverhältnisse wirklich nivellieren wollen, hätte sie anders agieren müssen. Eine wirkliche Agrarreform hätte die obere Besitzbegrenzung auf max. 10 feddan ansetzen müssen. Eine Landwirtschaft von 10 feddan gewährt einer 6-köpfigen bäuerlichen Familie in Ägypten den Lebensstandard der oberen bis mittleren Mittelklasse.

Dieses hypothetische Modell "10 feddan" soll im folgenden kurz als Alternative zu den bisherigen Agrarreformen entwickelt werden:
80.463 Landeigner besaßen 1952 mehr als 10 fd. landwirtschaftliche Nutzfläche, insgesamt 3.324.504 fd. Der Besitz oberhalb der angenommenen Grenze von 10 fd. betrug 2.519.674 fd. Zusammen mit dem von 1952 - 1968 gewonnenen Neuland von ca. 800.000 fd. hätten bei dieser Alternative ca. 3.400.000 fd., also ca. 50 % der heutigen gesamten Nutzfläche, zur Verteilung angestanden.
Damit hätte man die ca. 2 Mill. Betriebe, die unter der Rentabilitätsschwelle lagen (Durchschnittsgröße = 0,8 fd.) durch Zuteilung von durchschnittlich je 1,2 fd. über die Rentabilitätsschwelle heben können. Ca. 2 Mill. Bauern wären dadurch begünstigt. Ihre Betriebe könnten zum ersten Mal rentabel arbeiten. Die bisherigen Agrarreformen haben nur einen Bruchteil der unrentablen Betriebe über die Rentabilitätsschwelle heben können.
Die nach dem hier vorgeschlagenen Modell "10 feddan" darüber hinaus verfügbaren ca. 1 Mill. feddan könnten als Großfarmen unter Leitung des Agrarministeriums mit höchster Produktivität einen Großteil der landlosen Landarbeiter absorbieren. Es würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen, die dabei möglichen Formen genossenschaftlicher Zusammenarbeit oder adäquate Mitbestimmungsmodelle u.ä. zu diskutieren. [1)]

---

1) Vergl. E. Dülfer, Arbeitnehmer-Mitbestimmung in Genossenschaften aus betriebswirtschaftlicher Sicht, in: ZfgG, 4, 1976, S. 302 - 319.

Ein solches Modell "10 feddan" wäre eine Chance, den revolutionären Grundsatz: "the land to tiller" zum ersten Mal zu verwirklichen. Die bisherigen agrarreformatorischen Maßnahmen haben dieses Ziel nicht erreicht.
Ein zweites, nicht erreichtes Ziel der Agrarreform wird durch die Flurzersplitterung angedeutet. Ohne eine totale Flurbereinigung werden die ewigen Nachteile der Zersplitterung nicht behoben werden können:

a) Die Zeit- und Wegverluste zwischen den verstreut liegenden Parzellen.

b) Die Verschwendung von Saatgut, Düngemitteln, Insektiziden etc.

c) Der Verzicht auf den rentablen Maschineneinsatz.

d) Die gegenseitige Behinderung der verschiedenen Früchte mit unterschiedlichen Saat-, Düngungs-, Schädlingsbekämpfungs- und Bewässerungszeitpunkten.

Im gegenwärtigen Zustand der Agrarreform ist eine Verbesserung dieser Nachteile des Minifundismus allenfalls in den der genossenschaftlichen Fruchtwechselplanung unterworfenen Agrarreformgenossenschaften im Ansatz zu verzeichnen. Diese Genossenschaften bewirtschaften jedoch nur ca. 16 % der Anbaufläche. Die vorstehenden Überlegungen lassen bezweifeln, daß die Revolutionsregierung, das spätere Regime Gamal Abdel Nassers, jemals ernsthaft versucht hat, die Agrarfrage radikal zu lösen. [1)]
Zwar sind die extremen Auswüchse des vor-revolutionären Feudalismus in der Landwirtschaft beseitigt worden, eine neue Funktionärs - und Militärkaste hat die Position der alten Feudalherren jedoch weitgehend übernommen. Die Frage, inwieweit das Regime Anwar as Sadats, des Nachfolgers Nassers, neue agrarpolitische Akzente gesetzt hat, soll weiter unten geprüft werden.

---

1) Diese Ansicht vertritt auch J. Ziegler, Soziologie des neuen Afrikas, Ghana, Kongo -B., Ägypten, München 1966, S. 190 ff.

### 3.5.2. Kritik der Produktionsförderungsgenossenschaften

Die Zusammenfassung der kleinen Parzellen zum einheitlichen Fruchtwechsel sollte den bäuerlichen Kleinstbetrieben zum einen die Vorteile der großbetrieblichen Wirtschaftsweise gewähren, zum anderen die zentrale Planung, fachliche Beratung und straffe Organisation als Voraussetzungen für weitere Produktivitätsverbesserungen durch die Person des staatlichen Supervisors garantieren.
Beide Ziele scheinen nur in Teilbereichen erreicht worden zu sein.

1. Die Vorteile der großbetrieblichen Wirtschaftsweise, wie sie produktionstechnisch in amerikanischen Großfarmen mit 100 u.m. ha Fläche, oder in einer ebensogroßen russischen Sowchose anfallen, setzen die einheitliche Bearbeitung "in the long line" voraus. Mit oder ohne gleichzeitigen Maschineneinsatz garantiert nur eine solche großflächige Produktion angemessene Erträge. Die ägyptischen Produktionsförderungsgenossenschaften, mit ihren engen Parzellengrenzen, sind nur eine suboptimale Lösung des Produktivitätsproblems. Für dieses Modell der zentralen Planung, zentralen Beschaffung, zentralen Kreditierung, aber individuellen Landbewirtschaftung waren sozialpolitische und psychologische Gründe maßgebend, nicht produktionstechnische. Zentrale Planung, Beschaffung, Kreditierung, hatten auch schon die früheren Großgrundbesitzer in begrenztem Umfang durchgesetzt - zwangsweise und mit ausbeuterischen Konditionen.

2. Die Mitglieder der Produktionsförderungsgenossenschaften werden heute durch den staatlichen Supervisor ähnlich straff geführt, wie ehedem durch die Großgrundbesitzer und ihre Omdas.

Genossenschaften, die Kleinbauern aus den Klauen der Geldverleiher - Händler - Großgrundbesitzer-Klasse befreien, um sie dann ohne nennenswerte qualitative Verbesserung ihrer Lebenslagen dem staatlichen Supervisor und der staatlich dirigierten Genossenschaftsspitze zu unterstellen, sind keine Förderungseinrichtungen für sozial Schwache. In vielen Genossenschaften spiegeln sich die Grundübel der ägyptischen Bürokratie wider:
Korrupte Supervisors, die Verwandte in einträgliche Positionen schleusen und mit der früheren agrarkapitalistischen Elite zusammenarbeiten, die oft reibungslos in die Schaltstellen des genossenschaftlichen Managements übernommen worden ist. [1] (Letztes gilt mehr für die sogenannten landwirtschaftlichen Genossenschaften mit altem Landbesitz als für die neuen Agrarreformgenossenschaften).

In allen drei Typen der ägyptischen Agrargenossenschaften überwacht ein staatlicher Supervisor das Management. Seine Kompetenzen sind in den Agrarreformgenossenschaften und den Neusiedlergenossenschaften weitreichender als in den traditionellen Genossenschaften, bei denen i.a. keine Fruchtwechselplanung zwingend vorgeschrieben ist.
Da 9/10 aller Bauern infolge der unzulänglichen Agrarreform in ihren Kleinstbetrieben nur über durchschnittlich 2 Parzellen verfügen (durchschnittliche Betriebsgröße der Betriebe unter 5 fd. war 1965 ca 1 fd.) ließe sich das System der agrarreformgenossenschaftlichen Fruchtwechselplanung in den traditionellen Genossenschaften ohnehin nur mit beschränkten Erfolgsmöglichkeiten praktizieren.

---

1) E. El - Shagi, Neuordnung der Bodennutzung in Ägypten, a.a.O., S. 119.

3. Genossenschaftstheoretisch verstehen sich die Agrarreformgenossenschaften vom Typ: Produktionsförderungsgenossenschaften als eigenständiger Typus zwischen den Produktions- bzw. Produktivgenossenschaften einerseits und den Hilfs- bzw. Förderungsgenossenschaften andererseits, wie oben ausführlich dargelegt wurde.
Ohne die Diskussion um die Vorteile bestimmter Genossenschaftstypen wieder aufzunehmen, drängt sich der Verdacht auf , daß dieser spezifische ägyptische Genossenschaftstyp von den beiden polaren Typen der Theorie nicht die besten Eigenschaften übernommen hat:
a) Freiwilligkeit des Beitritts und offene Mitgliedschaft, "unabdingbare" Kriterien des modernen Genossenschaftswesens, das die "wirtschaftlichen Interessen der Mitglieder durch gegenseitige Hilfeleistung und einen gemeinsamen Geschäftsbetrieb ... fördern will" [1], sind in den Agrarreformgenossenschaften eindeutig nicht gegeben. Auch in den traditionellen Genossenschaften besteht nur eine de - jure - Freiwilligkeit, keine de - facto - Freiwilligkeit . Da Nicht-Mitglieder mit einschneidenden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Nachteilen zu rechnen haben (z.B. erhalten seit 1963 nur Genossenschaftsmitglieder die zinsgünstigen Agrarkredite der ACCB - Agricultural and Co-operative Credit Bank), besteht ein de-facto-Zwang zum Beitritt. Selbsthilfe und Selbstverwaltung der Genossenschaftsbauern sind in dem Maße eingeschränkt, wie der staatliche Supervisor in Zusammenarbeit mit der dörflichen Führung die Genossenschaftsleitungen nach seinen eigenen Interessen oder gemäß der jeweiligen Tagespolitik des Agrarministeriums lenkt. Dieser Widerspruch zwischen de-jure-Freiheit und Autonomie

---

1) O. Schiller, Gemeinschaftsformen, a.a.O., S. 10. Diese angebliche Unabdingbarkeit der genossenschaftlichen Freiwilligkeit scheint sich jedoch mehr auf Genossenschaften in (europäischen) Industrieländern zu beziehen als auf Genossenschaften in Entwicklungsländern.

einerseits und de-facto-Zwang und Fremdbestimmung andererseits, veranlaßt D. Warriner, diese Agrargenossenschaften in die Nähe des Kollektivismus zu rücken: "... The co-operatives... are managed by state officials (supervisors), what is in effect a system of collective farming" [1].

b) Unterdrückung kleinbäuerlicher Initiativen durch den Supervisor: Obwohl durch Gesetz von 1963 mindestens 50 % der Genossenschaftsvorstände Kleinbauern (unter 5 fd.) sein sollten, lassen die Supervisors Wahlmanipulationen zugunsten der (großbäuerlichen) politischen Elite zu, wie Wahlskandale in Mit-Ghamr und anderen Orten gezeigt haben.

c) Mangelhafte Organisation durch den Supervisor: Die produktionstechnische Kontrolle durch den Supervisor ist nicht streng genug, um ein Ausscheren einzelner Bauern aus der Genossenschaft zu verhindern. So halten sich manche Bauern z.B. nicht an den genossenschaftlich aufgestellten Fruchtwechselplan, dem sie selbst zugestimmt haben. Wenn der Plan auf bestimmten Parzellen in bestimmten Fruchtfolgeeinheiten etwa den Anbau von Mais vorsah, pflanzten einige Bauern eigenmächtig Baumwolle, die sie nach der Ernte privat verkauften, um höhere Erträge zu erzielen.
Das Ausbrechen Einiger aus der genossenschaftlichen Produktionsplanung verhindert aber z.B. eine wirksame Schädlingsbekämpfung, die auf allen Parzellen synchron vorgenommen werden muß, oder eine optimale Bewässerung, da verschiedene Früchte verschie-

---

1) D. Warriner, Land Reform and Development in the Middle East, Oxford 1962, S. 132.

dene Bewässerungszeitpunkte verlangen. Diese und andere Beispiele können belegen, daß viele Nachteile des früheren parzellären Minifundismus, die durch die Kooperation beseitigt werden sollten, in der Realität weiter bestehen. [1]

d) Die Rechnungsführung für Produktionskredite und Ernteerlöse wird für jeden Betrieb individuell mit den Genossenschaften abgeschlossen. Hier liegt eine Quelle ständiger Auseinandersetzungen zwischen Vorstand, Supervisor und Fellachen, bei der sich jede Gruppe von der anderen übervorteilt glaubt. Auch hier verhindert das Mißtrauen eine echte Kooperation.

e) Der genossenschaftliche Absatz (für Baumwolle gesetzlich vorgeschrieben) bietet aufgrund der niedrigen Preise wenig Anreiz zur individuellen Produktionssteigerung. Die genossenschaftlichen Absatzwege werden daher von den Bauern zu durchbrechen versucht. Außerdem zahlt das genossenschaftliche Verrechnungssystem von Produktionskredit und Ernteerlös zu schleppend. Hier zeigen sich die typischen bekannten Nachteile einer - zumindest im Ansatz - zentralistischen Planwirtschaft. Der nach wie vor existente Privathandel, der sich in seiner Preisgestaltung weitgehend den Genossenschaften angeschlossen hat, zahlt schneller. Der Privathandel, der auch bei "quasi - Konkurrenz - Preisen" noch Gewinne zu realisieren vermag, belegt die unökonomische und zugleich unsoziale Preispolitik der Genossenschaften sehr deutlich.

---

1) A. Elnagar, im Gespräch.

### 3.5.3. Kritik der Genossenschaftspolitik unter Nasser

Die Entwicklung des Genossenschaftswesens in den 20 Jahren des Nasser'schen Militärregimes läuft parallel zur Agrar- und Entwicklungspolitik und läßt sich analytisch in drei Phasen periodisieren: [1)]

Diese Phasen sollen hier kurz angedeutet werden, um später bei der Behandlung der Sadat'schen Agrarpolitik daran anzuschließen. Erste Phase: von der Machtergreifung 1952 bis zur Suez-Krise 1956. In diese Phase fällt die erste Agrarreform, die, zunächst relativ konzeptionslos, mehr notwendige Reaktion auf innenpolitische Veränderungen war als konsequenter Ausdruck eines beabsichtigten tiefgreifenden Agrarstrukturwandels.

Zweite Phase: 1956 - 1961. Der Übergang zum Arabischen Sozialismus in seiner ägyptischen Ausprägung vollzog sich zunächst als Reaktion auf die Suez-Krise. Die einsetzende Nationalisierungskampagne, bei der das überwiegende ausländische Kapital enteignet wurde - angeblich, um das nationale Kapital vor ausländischer Konkurrenz auf dem Binnenmarkt zu schützen - bedeutete den Beginn einer "mixed economy" mit verstärktem Staatseinfluß auf die (erfolglose) Privatwirtschaft.

Dritte Phase: 1961 bis zum Tode Nassers 1970. Die zweite Agrarreform 1961 leitete eine Verstaatlichungswelle ein, die u.a. die private Schwerindustrie, Banken, Versicherungen und das Transportwesen erfaßte. Außenpolitisch fällt die Zession Syriens von Ägypten und damit das faktische Ende der VAR in diese Phase des Spät-Nasserismus. Der Arabische Sozialismus wurde die staatstragende Ideologie. Diese wirtschaftspolitische Analyse soll weiter unten vertieft werden.

---

1) Vergl. zum Folgenden: D. Weiss, a.a.O., S. 51 ff. , A. Abdel Malek, Ägypten, a.a.O., S. 45 ff.

Hier interessiert zunächst nur die Genossenschaftspolitik, die sich synchron zu diesen Phasen der Wirtschaftspolitik entwickelte.
Zu Beginn der Militärherrschaft 1952 verkündete Nasser seine bekannte Zielvorstellung einer "democratic, socialistic and co-operative society" (in: Philosophy of the Revolution). Der Begriff "co-operative" hatte dabei zunächst mehr die Rolle eines zugkräftigen Slogans für die Massen als die eines vollständigen Programms. Als die Bauernunruhen (z.B. in Kafr-el-sheik, deren Führer durch die Revolutionsregierung zum Tode verurteilt wurden), zu den ersten zaghaften Agrarreformen zwangen, bot sich - wie oben dargestellt - der Aufbau eines Agrarreformgenossenschaftswesens als ökonomisch und politisch sinnvolle begleitende Maßnahme an.
Unter Sayed Marai (Agrarreformminister von 1956-1966) wurden die Genossenschaften vollständig in die staatliche Agrarpolitik integriert. Durch zentrale Planung von oben und Kontrolle sollte das Instrument: Agrargenossenschaftswesen die Agrarfrage lösen. Die Bedeutung der Agrarfrage in einem Agrarentwicklungsland wie Ägypten - wie oben dargestellt - wurde von der Regierung Nasser klar erkannt: 55 % der Bevölkerung lebten noch 1956 in der Landwirtschaft, die jedoch nicht in der Lage war, die mit 2,5 % p.a. wachsende Bevölkerung zu ernähren. 66 % des inländischen Konsums an Nahrungsmitteln mußten zwischen 1952 und 1961 eingeführt werden. Selbst heute ist die ägyptische Landwirtschaft noch nicht fähig, die nationale Versorgung mit Agrarprodukten substantiell besser zu garantieren.
Die mangelnden Leistungen der Genossenschaften als Instrumente der ländlichen Entwicklungspolitik führten ab 1956 (neues Genossenschaftsgesetz) zu verstärkten Staatsinterventionen:

Supervisors des Agrarreformministeriums, des Landwirtschaftsministeriums und der staatlichen ACCB (Agricultural and Cooperative Credit Bank) überwachen seitdem die Beschaffungs-, Produktions-, Kredit- und Absatzpolitik der Genossenschaften. Wie dargestellt, war der Staatseinfluß auf die Agrarreformgenossenschaften (586 Agrarreformgenossenschaften mit 338.830 Mitgliedern) stärker als auf die traditionellen landwirtschaftlichen Genossenschaften (4.096 mit 2.139.006 Mitgliedern).
Den Kompetenzenwirrwarr der landwirtschaftlichen und genossenschaftlichen Planung zeigt- neben der oben dargestellten Überorganisation des genossenschaftlichen Überbaus selbst - die Vielfalt der staatlichen Planungsinstanzen, deren vollständige Auflistung schwer fällt:

1. Supreme National Planning Council
2. Supreme Council for Public Organizations
3. National Planning Commitee
4. Ministery of Planning
5. Central Agency for Statistics and Mobilization
6. Institut of National Planning
7. Consultative Commitee for statistical Planning and Coordination.

Geeignete Führungskräfte, die die zentralistischen Planungen in den Genossenschaften realisieren konnten, fehlten. Daher schien der Militärregierung eine Besetzung der wichtigsten Instanzen des Genossenschaftswesens mit Staats- und Parteifunktionären und vor allem Militärs die geeignete Methode zu sein, um dieses "Managerial Gap" zu schließen. Ab 1963 wurde sogar der politische Staatssicherheitsdienst in die Genossenschaften geschleust: Jeder Genossenschaft wurde ein Abwehroffizier zugeordnet. Die Ergebnisse dieser "Etatisierung" oder "Offizialisierung" haben jedoch gezeigt, daß die Regierung offensichtlich die Linientreue ihrer Funktionäre mit der Fähigkeit, unternehmerisch zu handeln, verwechselte.

Die Konsequenzen dieser Genossenschaftspolitik in der Phase 1956 - 1970 wurden nach dem Tode Nassers in den wirtschaftlichen Krisen Ägyptens deutlich:
Nach dem Oktober-Krieg 1973 und nach der Beendigung des Israel-Konflikts (zumindest in seiner militanten Phase) durch Präsident Sadat konnte der nachlassende außenpolitische Druck den Blick auf die innenpolitische und wirtschaftliche Misere nicht mehr verschleiern.

Unter den Regierungen Nassers und Sadats ist den Genossenschaften die Funktion von Mobilisierungs- und Dynamisierungsinstrumenten für die 20 Millionen der ländlichen Bevölkerung zugebilligt worden. Diesen Auftrag haben die ägyptischen Genossenschaften nur unzureichend erfüllt. Es gelang ihnen nicht, den demokratischen Spielraum ihrer Mitglieder, besonders der Kleinbauern, soweit auszudehnen, daß sie eine substantielle Emanzipation dieser negativ privilegierten Bevölkerungskreise unterhalb der neu entstandenen Funktionärs- und Militärklasse erlaubt hätten.

Nach den bisher angeführten Analysen der sozialreformatorischen Ansätze des Militärregimes wurde eine solche Emanzipation unter Nasser möglicherweise bewußt verzögert, da sie die neu und mühsam errungenen Privilegien der arrivierten kleinbürgerlichen Militärs und Funktionäre beschnitten hätte, wie Abdel Malek, Rodinson u.a. kritische Beobachter des ägyptischen Modells nachweisen [1].
Diese decouvierenden Analysen lassen es nicht geraten erscheinen, dieses ägyptische Modell einer Agrarreform in Verbindung mit dem Aufbau eines Agrargenossenschaftswesens ohne weiteres auf andere, ähnlich strukturierte Entwicklungsländer zu übertragen.

---

1) Vergl. M. Rodinson, The political System, in:
P.J. Vatikiotis, (Hrsg.) Egypt since the Revolution,
London 1968, S. 87 ff.
Vergl. A. Abdel Malek, Ägypten, a.a.O., S. 45 ff.

## 4. Genossenschaften unter der Wirtschaftspolitik des Arabischen Sozialismus

### 4.1. Methodologische Vorbemerkungen

Die neue Ideologie Ägyptens versteht sich selbst als Arabischer Sozialismus. [1)]

Westliche Beobachter der Sozialismen der Dritten Welt fragen sich nun, wie dieser neue Sozialismus aussieht, und worin er sich von anderen Sozialismen unterscheidet? Wie sieht die Wirtschaftsordnung aus, die auf dieser Ideologie aufgebaut worden ist?
Welche Chancen bietet diese neue Ideologie für die Genossenschaften?

Diesen Fragen nachzugehen, versuchte der Verfasser in verschiedenen Gesprächen mit Vertretern des modernen und des traditionellen Ägyptens, zuletzt auf einer Forschungsreise nach Ägypten im Sommer 1975.
Dabei sollten die verschiedenen Standpunkte möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen herausgefunden werden, nicht nur der Funktionäre, sondern auch der Menschen an der Basis, der einfachen Fellachen. Funktionäre allein, die noch dazu von der Vorstellung der "Machbarkeit" beseelt sind (d.h. die glauben, Entwicklungsprozesse ließen sich allein durch Planung und Organisation "verordnen", also realisieren), bleiben ohne Erfolg, wenn die Basis nicht mitzieht.

Weiß der Einzelne nämlich nicht, worum es geht, ist er nur schwer zu den besonderen Anstrengungen bereit, die ihm abverlangt werden.

Der Verfasser hatte vor der Reise einen Fragenkatalog vorbereitet.
In Gesprächen mit führenden Persönlichkeiten Ägyptens

---

1) Obwohl der untersuchte (Ägyptische)Arabische Sozialismus sich-wie die folgenden Analysen zeigen werden-als simpler, allenfalls pseudo-sozialistischer Staatsinterventionismus entlarven wird, soll der Begriff "Arabischer Sozialismus" weiter benutzt werden, da er weitgehend Eingang in die Literatur gefunden hat.

auf dem Gebiet der Genossenschaftsbewegung, aus dem Agrar- und Wirtschaftsministerium und aus dem Bereich der Kreditinstitute sollten folgende Fragen nach der Struktur, der Entwicklung und den Chancen von Genossenschaften in Ägypten eingehend analysiert werden:

1. Wie sieht der organisatorische Aufbau der Genossenschaften heute, 25 Jahre nach der arabischen Revolution, aus?

2. Wie bestimmt der Einfluß der ASU die Genossenschaften?
   Ist die genossenschaftliche Forderung nach politischer Neutralität (wie z.B. die Rochdaler Pioniere sie gestellt haben), noch erfüllt?
   Ist ein unpolitisches Management angesichts der Doppelmitgliedschaft (Genossenschaft und ASU) vieler Funktionäre noch gewährleistet?

3. Wie greift der Staat in die Selbsthilfe, die Selbstverwaltung und die Selbstverantwortung ein?
   Sind die Genossenschaften zwischen Agrarministerium und Cooperative Credit Bank, zwischen General Organization und Supervisor noch frei?
   Hat der Staat die Genossenschaften soweit verstaatlicht, daß dadurch Privatinitiativen erstickt werden?

4. Wie bestimmt der Arabische Sozialismus zwischen Islam und religiöser Mentalität der Fellachen die genossenschaftliche Wirklichkeit?
   Welche Gruppen interpretieren den Koran so, daß er genossenschaftsfördernd verstanden werden kann?

5. Wieweit stehen noch Reste des traditionellen Feudalismus einer dynamischen Mobilisation der Massen in den Genossenschaften entgegen?

Dabei muß man sich der Probleme bewußt sein, die einer solchen Untersuchung im heutigen Ägypten entgegenstehen.

1. Die Pressefreiheit ist heute, besonders in Fragen von politischer Brisanz wie zum Israelkonflikt oder zum arabischen Sozialismus, weitgehend eingeschränkt.

2. Das Verhältnis ägyptischer Politiker zur nüchternen, realistischen und vorurteilslosen Einschätzung der Lage und zu konkreten Zahlen ist ein anderes als das des Durchschnittseuropäers. Wunschdenken grassiert.

Vorweg gesagt: Es ist dem Verfasser nicht in dem erhofften Maße gelungen, auf seine konkreten Fragen konkrete empirisch verwertbare Antworten zu erhalten.

Das Antwortmaterial bestand z.T. einerseits aus bloßer Propaganda der Verantwortlichen.

Es war in den Aussagen andererseits so heterogen, daß hier klar wurde:
Der Versuch der ägyptischen Führung, das Land durch eine neue Ideologie gleichzuschalten, ist noch nicht gelungen. Zu tief sind noch die Risse zwischen den gesellschaftlichen Positionen der Reaktion und der Progressiven, der modernen, westlich orientierten Intellektuellen und des orthodoxen Islam, zwischen Stadt und Land, zwischen Fellachen und Funktionären. [1)]

Es erschien daher sinnvoll, anders als ursprünglich geplant, die letzten Ergebnisse der Untersuchung in Ägypten folgendermaßen in den Text dieser Arbeit einzubauen:

---

1) Vergl. A. Abdel Malek, Egypte, Societé Militaire, Paris 1963, S. 73.

Die Antworten zu Fragen 1, 2, 3 wurden vor allem im 4. Kapitel verwertet, im 3. Kapitel in den Untertiteln 34. - 35.

Die Antworten und Ergebnisse zu den Fragen 4 und 5 sind vor allem im 4. Kapitel enthalten.

## 4.2. Arabischer Sozialismus und Demokratie unter Nasser

Der interventionistischen Wirtschaftspolitik der ersten 25 Jahre des neuen Ägyptens lag zunächst kein Konzept, geschweige denn eine Ideologie zugrunde. [1)]
Die dazu passende nationale, arabische, demokratische und "sozialistische" Ideologie wurde erst relativ langsam ausgebaut, wenngleich sozialistische Gedanken in Ägypten schon früher, vor der Revolution, auftauchten:

Der Begriff: "Arabischer Sozialismus - Istirakiya Arabya" - wurde zuerst von Shibli Shumayyil (1850 - 1917) geprägt. Angesichts der verschiedenen Sozialismen im arabischen Raum wollen wir als islamischen Sozialismus den spezifischen ägyptischen arabischen Sozialismus verstehen, der unter der Federführung Gamal Abdel Nassers formuliert worden ist. [2)]
Nasser versuchte später, die Neue Ökonomische Politik und ihre ideologische Untermauerung als konsequent im Sinne einer schon 1952 fixierten Ideologie hinzustellen. Dieser Versuch war wohl nur eine post-hoc-Rechtfertigung. [3)]
Es scheint vielmehr, als ob sich diese Ideologie relativ langsam und erst relativ spät entwickelt hat.

---

1) So M. Elewainy, Faculty of Mass Comunication, Cairo University, bei einer Diskussion des Verfassers mit Mitgliedern des Büros der Arabischen Liga, Kairo.

2) Vergl. P.O'Brien, The Revolution in Egypt's Economic System, London-New York 1966, S. 200.

3) W. Treuheit, Sozialismus in Entwicklungsländern, Köln 1971, S. 204.

Sozialismus bedeutet in Ägypten i.a., was Westeuropa heute als "sozial" versteht:
Staatliche Eingriffe in die gesellschaftliche Ordnung, um Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit für alle zu schaffen. [1)]
Dieser Sozialismus trug von Anfang an betont nationale Züge.
Das nationale Element war so stark, daß man sogar von einem "nationalen Sozialismus" dieser Bewegung sprechen kann, "al Istirakhiya al-Wataniya". Bei den Massen des Orients ist dies heute ein durchaus akzeptabler Begriff, im Gegensatz zu Europa. W. Freund meint sogar, daß manche Sozialismen auf nationaler Grundlage in der arabischen Welt heute zu emotional geladenen "Sozialfaschismen" ausgeartet sind. [2)]

Als Basisorganisation dieser sozialen (jedoch noch vorwiegend auf die politische Elite beschränkten) Richtung wurde in Ägypten die "Arabische Sozialistische Union" gegründet. Als Massenpartei sollte sie Bauern, Handwerker und Arbeiter genauso erfassen wie das Kleinbürgertum und die Intelligenz und politisch in einer Einheitspartei gleichschalten. [3)]
Aus parteioffizieller Quelle:
"Die Demokratie in unserer Gesellschaft ähnelte vor der Revolution der Demokratie einer bestimmten Klasse, wie man sie heute (noch) in anderen Ländern findet, nämlich dem Kapitalismus und seinen Helfern .... Diese Demokratie stützte sich in der Enge ihres Horizonts auf die

---

1) W. Uhle, Der Arabische Sozialismus, Opladen 1969, S. 58 f. Diese Ansicht wurde z.B. von einem Sprecher der offiziösen Zeitung El Ahram vertreten. Vergl. Aziz Baraka, El Ahram, Public Relations, Kairo, im Pressehaus, Kairo.

2) W. Uhle, a.a.O., S. 59. Vergl. W.S. Freund, Tunesien - Vom Dirigismus zum Pragmatismus, in: Außenpolitik 1, 1970, S. 35 f.

3) Vergl. M. Elewainy, Faculty of Mass Comunication, Cairo University, 19.9.75.

Macht des Kolonialismus, des die Regierungsgewalt ausbeutenden Kapitals und auf die Verdorbenheit des Parteiensystems. Die Demokratie des Sozialismus jedoch, so wie sie die Arabische Sozialistische Union verkörpert, umfaßt die gesamten Elemente des Volkes - Arbeiter, Bauern, Soldaten, Intellektuelle und nationale Kapitalisten. Sie (die Demokratie, der Verf.) befreite sich von den mit vollständiger Demokratie unvereinbar erscheinenden Faktoren, sei es im Dorf, in der Stadt ..., in den Fabriken, Universitäten und dergleichen." [1]

## 4.3. Arabischer Sozialismus und Islam

"Dies ist der Sozialismus des Islam", [2]
"Der Sozialismus, der sich auf die Grundpfeiler des Glaubens stützt und mit den Vorbildern des göttlichen Korans übereinstimmt, ist der geeignete Sozialismus, um das Glück für den Menschen, die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit und allgemeines Wohlergehen für ihn zu verwirklichen .... Unser vollkommener islamischer Sozialismus ist derjenige, der aus allen das Leben gestaltenden Elementen, materiellen wie seelischen, besteht." [3]

---

1) Vergl. Wizarat al Irsad al Qanmi, Die Nationalcharta, Kairo o.J., S. 5, 6.
Vergl. W. Uhle, a.a.O., S. 202.

2) M.as-Sargawi, Die Demokratie bei den Arabern, Kairo 1961, S. 92 f.

3) W. Wasfi, Der göttliche Koran und die modernen Wissenschaften, in: ar-Raid, März-April 1965 (Sonderheft), S. 52 f. (Übersetzung v. Uhle).
Dies ist die offizielle Ansicht des State Information Centre, Cairo. Vergl. Mona Naguib, State Information Centre, Cairo.

Mit Propaganda-Sprüchen, wie den vorstehenden, versucht die ägyptische Führung, besonders seit Einführung der NEP 1961, die These zu untermauern, der Arabische Sozialismus sei so alt wie der Koran, beruhe auf den Grundlagen des Islams und sei somit zutiefst religiös.

Diese These kann hier nicht akzeptiert werden. Widersprüche zwischen Islam und Sozialismus stellen z.B. orthodoxe Rechtsgelehrte der Kairo'er El-Azhar-Universität, des islamisch-kulturellen Zentrums des gesamten arabischen Orients fest. (In Glaubensfragen ist die Azhar fast mit dem Heiligen Stuhl vergleichbar, obwohl der Islam eine dem Papst in der katholischen Kirche vergleichbare weltliche Instanz mit Kompetenz in religiösen Fragen nicht kennt). [1)]
Der wichtigste Widerspruch folgt aus der Tatsache, daß dieser "Arabische" Sozialismus auf den atheistischen internationalistischen Sozialismus Marx'scher Prägung zurückgeht, Marx jedoch bezeichnete Religion als "Opium für das Volk". Marxismus und Religion galten lange Zeit als unvereinbar. Mögliche Amalgamierungsprozesse beginnen sich heute erst langsam abzuzeichnen.

---

1) Der Koran kennt nur wenige Pflichten, die der gläubige Moslem unbedingt erfüllen muß:

1. Der Dienst an Gott wird durch ein tägliches Gebet zu fünf bestimmten Tages- und Nachtzeiten, Niederwerfungen und freiwillige Andachtsübungen verrichtet. Gebetsrichtung (arab.: Kibla) ist die Kabaa, die heilige Moschee zu Mekka, wo immer der Gläubige sich befindet.
2. Einhalten der Fastenvorschriften, regelmäßig tagsüber im Fastenmonat Ramadan, auch als Bußübung in besonderen Fällen.
3. Eine große Pilgerfahrt zur heiligen Stätte nach Mekka, einmal im Leben ("Hadsch"), oder für Nahewohnende mehrmals eine kleine Pilgerfahrt. ("Umra")
4. Abgabe der "Zakat", der Armensteuer, die auf Bargeld oder Besitz erhoben wird. Almosenabgabe ist eine immer wiederkehrende Forderung an den Gläubigen, sie ist auch Buße für Versündigungen.
   (Vergl. Der Koran, Übersetzung v.L. Ullmann, Augsburg 1960, S. 12 f.)

Diese Kritik des orthodoxen Islam am Arabischen Sozialismus stammt nicht nur aus Ägypten (wo die Pressefreiheit soweit eingeschränkt ist, daß heute (1975) solcherart nicht mehr veröffentlicht werden kann), sondern vor allem aus dem konservativen Saudi-Arabien.

Soziale Gerechtigkeit, so eine der Stimmen aus Saudi-Arabien, sei bereits durch den Islam realisiert. Der Sozialismus wolle diese Gerechtigkeit wieder abschaffen und neue Klassen, die der Funktionäre und Staatsdiener, an die Macht bringen. Die Islamische Konferenz in Mekka stellte fest, daß dem Islam alle Ideologien und Pseudo-Ideologien, wie der Marxismus, der Kommunismus und der Sozialismus entgegenstünden. [1)]
Die Islamische Konferenz forderte deshalb, alle anderen, nicht islamischen Ideologien, auszuschließen. Aus Mekka wurde verkündet, "daß der Islam den Sozialismus nicht dulde, und daß der Klassenkampf des Sozialismus zutiefst unreligiös sei.
Nasser's Sozialismus sei eine Anti-Ideologie zum Islam. Nasser selbst sei ein Kommunist!" [2)]

Im Gegensatz zum Christentum ist der Islam eine "weltliche" Religion. Die vom islamischen Geist geprägte Wirtschaftsordnung ist von der des Sozialismus grundverschieden:

1. Der Islam befürwortet einen starken Staat, der den Einzelnen beaufsichtigt, nicht jedoch eine Diktatur des Staates ohne demokratische Rechte des Einzelnen.
2. Der Islam bestätigt das Recht des Einzelnen auf Privateigentum und private Verfügung an Produktionsmitteln zum Nutzen der Allgemeinheit, lehnt nicht jede Form von Privateigentum und Kapitalismus ab.

---

1) A. Elnagar, im Gespräch.

2) Vergl. A. Abdel Malek, Egypte, Societé Militaire, a.a.O., S. 74 f.

3. Der Islam ist nicht materialistisch und glaubt nicht an Klassenunterschiede, er fordert den Klassenkampf deshalb nicht als Mittel, um eine klassenlose Gesellschaft zu bilden. [1)]
4. Der Islam glaubt an gesellschaftliche Evolution auf der Grundlage der Familie als Kern der Gesellschaft.
5. Der Islam läßt den Gläubigen wirtschaftliche Freiheit, er bedeutet nicht Verstaatlichung und Diktatur einer Klasse. [2)3)]

Wie wichtig sind nun die Unterschiede zwischen dem orthodoxen Islam und der von der ägyptischen Führung propagierten Wirtschaftsordnung des Arabischen Sozialismus für die Chancen des weiteren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufbaus und für die Chancen der Genossenschaften bei diesem Aufbau?

Ist der Islam heute noch im geistig-kulturellen Leben der Ägypter so bestimmend, daß diese Gegensätze die weitere Institutionalisierung des Arabischen Sozialismus bremsen können?
Wie hat die ägyptische Führung versucht, die Kluft zwischen Islam und Sozialismus zu überbrücken?

---

1) Diese Ansicht wurde z.B. von Hossni Elwa, Director, Nasser Social Bank, Cairo, vertreten.

2) Vergl. M. Rodinson, Islam und Kapitalismus, Frankfurt 1971, S. 211 ff.

3) So grenzte Nasser oft seinen Standpunkt von dem des "atheistischen russischen Kommunismus" ab: "a fundamental difference... is that we believe in devine religions". G.A. Nasser, replies to serious questions, Bagdad News 10.2.66, S. 3.

### 4.3.1. Bestimmt der Islam heute noch das geistig-kulturelle Leben der Ägypter?

Ähnlich wie das Christentum hat auch der Islam, zumindest bei der modernen, politisch aufgeschlossenen Bevölkerung der großen Städte, wie Kairo und Alexandria, einen Säkularisierungsprozeß durchlaufen. Der Islam ist hier nicht mehr wie früher die einzig gültige Kraft. Die sozialistische Neuorientierung der Gesellschaft hat den Islam in eine mehr zweitrangige Rolle verwiesen, allerdings keineswegs total politisch neutralisiert. Beispielhaft für das Rückzugsgefecht des Islam und seiner hervorragendsten Institution, der Azhar-Universität, ist der 1949/1950 noch bedeutende Einfluß der "Moslim-Brüderschaft", einer politisch-islamischen nationalistischen Vereinigung. Nach der Revolution, bei der sie als treibende Kraft mitwirkte und vor allem das Mißtrauen der islamischen Kreise gegen die Militärs überwinden half, wurde die Moslim-Brüderschaft 1952-1954 zunehmend in die"konservative rechts-radikale Ecke" gedrängt und schließlich 1954 als staatsfeindlich diskriminiert und verboten.

Eine totale Abschaffung der Religion scheint z.Zt. ausgeschlossen und undurchführbar. Dazu ist das arabische Bewußtsein von der Größe ihrer Religion und ihrer Geschichte zu groß. [1] Dazu ist die Religion ein viel zu fester Bestandteil der arabischen Mentalität. [2]

---

1) W. Uhle, a.a.O., S. 99.

2) Vergl. M. Rodinson, Mohammed, Frankfurt 1971, S. 55.

Besonders gilt dies für die Landbevölkerung. Gerade die Bauern und die sozial schwächeren Schichten Ägyptens sind ihrer Natur nach äußerst konservativ.
"So wie es mein Vater und mein Großvater mit Gottes Hilfe getan haben, so ist es auch meine Pflicht, die Sitten und Gebräuche unserer Vorfahren in Ehren zu halten", denkt ein Fellache im Nildelta.
Deshalb stoßen hier alle Versuche der Regierung, die Denk- und Arbeitsweisen der einfachen Bevölkerung mit sozialistischem Bewußtsein zu füllen, auf tiefes Mißtrauen.
Dies nicht allein wegen der dargestellten Divergenzen zwischen Islam und Sozialismus, sondern vor allem wegen der vom islamischen Traditionalismus geprägten Denk- und Verhaltensweisen der Bevölkerung. Dieser Traditonalismus besitzt die historische Dimension einer jahrtausendealten arabischen Kultur. Das Bewußtsein einer solchen Kultur läßt sich in Ägypten nicht ohne weiteres ändern.

Die eingangs gestellte Frage, ob und wieweit der Islam heute noch das geistige Leben Ägyptens bestimmt, kann etwa folgendermaßen beantwortet werden:
Im modernen Ägypten, vor allem bei der geistigen Elite der großen Städte, hat der Islam viel Einfluß verloren, was man als eine Säkularisierung des Islam bezeichnen könnte.
Symbolhaft kommt dieser "Entmythologisierungsprozeß" in der "Verstaatlichung" des geistigen Zentrums des Islam, der Azhar-Universität, zum Ausdruck.
Auf dem Land dagegen, in den Dörfern und ländlichen Genossenschaften, ist der Einfluß des vom Islam geprägten Traditionalismus noch zu groß, um ohne Widerstand revolutionäre Gedanken übernehmen zu können.

4.3.2. Wie hat die ägyptische Führung versucht, die Kluft zwischen Islam und Sozialismus zu überbrücken?

Grundsätzlich könnte man diese Versuche auf drei Ebenen betrachten:

1. Die Persönlichkeit des Staatsgründers und "ersten" Kämpfers für die Arabische Einheit, Gamal Abdel Nasser, sollte Garant für die Überbrückung der ideologischen Kluft sein.

2. Durch sozialismus-günstige Interpretationen des Islam sollte der Nachweis einer grundsätzlichen Vereinbarkeit erbracht werden.

3. Durch Betonung des spezifisch arabischen Charakters des Arabischen Sozialismus im Sinne eines "Dritten Weges" sollte dieser Sozialismus von Kapitalismus und Kommunismus zugleich abgegrenzt werden.

Die Widersprüche zwischen Islam und Sozialismus bezogen sich vor allem auf den Sozialismus marxistisch-leninistischer Prägung. [1] Um die spezifisch arabische Komponente herauszuarbeiten, und um den Arabischen Sozialismus sowohl gegen Kapitalismus als auch gegen Kommunismus abzugrenzen, wurde der ursprünglich europäische Gedanke des Sozialismus modifiziert: [2]

---

1) Vergl. M. Rodinson, Islam und Kapitalismus, a.a.O., S. 98 ff.

2) Aziz Baraka, El Ahram, Public Relations, Kairo, im Gespräch, desgl. A. Abdel Azim, Central Research Institute, Kairo, ebenso M. Elewainy, Faculty of Mass Comunication, Cairo University.

1. Das Privateigentum an Produktionsmitteln ist nicht total aufgehoben, sondern nur weitgehend eingeschränkt. Es wird unterschieden zwischen "privatem dienendem Kapital" und "ausbeutendem Kapital". Verstaatlicht wurde nur das "ausbeutende" Kapital: Die Mittel- und Schwerindustrie, Banken, Versicherungen und Transportunternehmen, große landwirtschaftliche Besitze, zunächst über 200 feddan (84 ha), heute über 100 feddan (42 ha). Das private, "nicht ausbeutende"Kapital blieb weitgehend unangetastet, wie etwa der Einzelhandel, der städtische Grundbesitz und der ländliche Grundbesitz unter 100 feddan, wenn auch weitgehend genossenschaftlich organisiert und damit staatlich gelenkt, wie unsere Betrachtungen der ländlichen Genossenschaften gezeigt hatten. Der öffentliche Sektor macht heute mehr als 60 % aus.[1)]

2. Durch Zentralverwaltung und staatliche Planung sollten die entwicklungsnotwendigen wirtschaftlichen Produktionssteigerungen und die gesellschaftlichen Wandlungsprozesse gesteuert werden.

3. Religiöse, politische, soziale und wirtschaftliche Grundrechte werden für alle Bürger aller sozialen Klassen offiziell garantiert, wenn auch der Islam Staatsreligion ist (die Minderheit der koptischen Christen stellt ca. 9 % der Bevölkerung) und wenn auch die ASU eine Einheitspartei ohne parlamentarische Opposition ist. De facto sind die demokratischen Freiheiten auch unter Sadat noch weitgehend eingeschränkt.[2)]

4. Der Arabische Sozialismus will keinen Klassenkampf, er glaubt auch nicht, den Sozialismus dem Volk "verordnen" zu können, z.B. über das Parlament, denn dieses Parlament ist "ja im Prinzip auf westlich-parlamentarischer Tradition aufgebaut", wie ein Parlamentarier meint.

---

1) So Aziz Baraka, Al Ahram, im Gespräch.

2) Zum neueren "Parteienpluralismus" vergl. unten, S.162.

Zusammenfassend läßt sich feststellen:

Die heutige Gestalt des Arabischen Sozialismus ist das Ergebnis einer 25-jährigen "Ideologiediskussion". Er war nicht von Anfang an vorhanden, sondern hat sich als Reaktion auf wirtschaftliche und politische Ereignisse erst langsam gebildet. Er ist keine Weltanschauung, wie z.B. der Marxismus-Leninismus, sondern vor allem eine Methode einer "sozialen Entwicklungsstrategie" (Behrendt). Er versteht sich mehr, zumindest in den Gedanken seiner Schöpfer (weniger in denen seiner Interpreten) als ideologisches Gewand einer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik des Interventionismus, die vor allem sozial, national und islamisch sein will.
Die Ziele sind insofern "sozialistisch", als hier Wohlstand eines ganzen Volkes "auf der Grundlage der Gerechtigkeit" [1] (gemeint ist wahrscheinlich: auf der Grundlage einer gerechten Verteilung, der Verf.) erreicht werden soll. Weiterhin wird Beendigung der Ausbeutung und soziale Sicherheit für alle angestrebt.
Zur arabischen Definition des Begriffs "sozialistisch" ist hier jedoch kritisch anzumerken, daß diese Ziele in Europa zumindest in den letzten Jahren von allen politischen Anschauungen als "soziale Ziele" gefordert werden, auch von Nicht-Sozialisten.

---

1) So Hossni Elwa, Director, Nasser Social Bank, Cairo, im Gespräch.

Die "sozialistischen Methoden des Arabischen Sozialismus sind vor allem zentralistische Verwaltung und Entwicklungsplanung, eine zaghafte beginnende soziale Mobilisation der Massen in der ASU und in den Genossenschaften und die staatliche Lenkung von 90 % der Wirtschaft". [1)]

Um die Methoden in einer von islamischer Traditionalität und Mentalität geprägten Gesellschaft anwenden zu können, haben die Entwicklungsplaner versucht, ihre Methoden auf dem Boden des Islam zu verankern. So ist die Religion als Instrument der Sozialen Mobilisation in die Entwicklungspolitik integriert worden.

---

1) Hossni Elwa, Director, Nasser Social Bank, Cairo, und A. Elnagar, bei einer Diskussion mit dem Verfasser in den Geschäftsräumen der Nasser Social Bank.

## 4.4. Abgrenzung der Wirtschaftspolitik Sadats von der Wirtschaftspolitik Nassers.

Der Nasserismus hatte schon zu Lebzeiten G.A. Nassers tiefgreifende Transformationsprozesse durchlaufen. In den 18 Jahren seiner Herrschaft hatte er sich vom undogmatischen, von keiner Ideologie getragenen Nationalismus und Antikolonialismus, über einen progressiven Pragmatismus, zwischen der Bandung-Konferenz und dem 3. Israelkrieg 1967, zum (radikalen) Arabischen Sozialismus entwickelt.

### 4.4.1. Das Erbe Nassers

Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur wurden unter Nasser tiefgreifend gewandelt- allerdings keineswegs irreversibel, wie die ersten Erfolge von Sadats Reformkurs 1971 bis 1976 heute zeigen.
Im Lichte der Sadat'schen Kritik an dieser Periode erscheint der Arabische Sozialismus Nassers keinesfalls als Sieg des aufgeklärten "rationalen" Sozialismus über Kolonialismus, Feudalismus, Ausbeutung und Korruption: Dieser Sozialismus war nur ein Verbalsozialismus ohne soziales Fundament, eine Herrschaftsideologie einer aus der Revolution entstandenen kleinbürgerlichen Funktionärs- und Militärkaste. Diese verfolgte ihre eigenen Herrschaftsinteressen und Privilegien. Soziale Mobilisation und Emanzipation der Massen unterhalb der Herrschenden hat dieser Sozialismus ohne Klassenkampf kaum bewirkt. Wie leicht dieses Erbe bewältigt wird, zeigt Sadats Politik der Liberalisierung, die eine außenpolitische und wirtschaftliche Öffnung (infitah iqtisadi), eine "Rückkehr zum Westen" sanktionierte: [1]

---

1) Vergl. R. Glagow, Das Oktoberpapier - Dokument eines neuen Ägypten, in: Orient, 1, 1974, S. 62 ff.

a) eine, wenn auch kontrollierte, offene Tür für die Rückkehr des Auslandskapitals als Partner für industrielle Investitionen;

b) eine stufenweise Lockerung der staatlichen monopolistischen Macht- und Kontrollstruktur zugunsten eines vorsichtigen Pluralismus der Kräfte.

Das Verhältnis von öffentlichem Sektor und Privatwirtschaft unterscheidet sich unter Sadat von den Prioritäten Nassers:
Unter Nasser hatten die Verstaatlichungen das Eigentum des Volkes an den Produktionsmitteln garantieren sollen, daher Vorherrschaft der öffentlichen Wirtschaft. Unter Sadat soll die Privatwirtschaft wieder Chancengleichheit erlangen.
Tratz dieser proklamierten Reprivatisierung bleibt die Präponderanz des öffentlichen Sektors dominant. Das zeigt folgende Tabelle der Verteilung der Bruttoinvestitionen auf die verschiedenen Sektoren 1974: [1)]

Tabelle 14

| (Millionen LE) (Goods production sector) | Public sector | Private sector | total |
|---|---|---|---|
| Agriculture, Irrigation | 80,7 | 2,9 | 83,6 |
| Industry | 111,1 | 3,5 | 114,6 |
| Petroleum and Mining | 22,0 | - | 22,0 |
| Power | 20,6 | - | 20,6 |
| Contractors Machinery | 3,6 | 0,3 | 3,9 |
| total | 238,0 | 6,7 | 244,7 |
| Transports und Communication | 199,8 | 4,0 | 203,8 |
| Trade and Commerce | 2,3 | 0,5 | 2,8 |
| total | 202,1 | 4,5 | 206,6 |

1) Middle East News, Economic weekly, 7.6.1975, S. 2 f.

Bei einer optimalen Förderung der Privatwirtschaft muß die Regierung das private Kapital mobilisieren, dem inländischen Kapital Erleichterungen, Steuervergünstigungen, Sicherheiten bieten und dem ins Ausland abgeschobenen Kapital Möglichkeiten zur günstigen Repatriierung (z.B. günstige Wechselkurse) schaffen. Dabei entsteht die ordnungspolitische Frage nach der Größenordnung des privaten Sektors:
Ägypten hat sich nach Nasser zu einer wettbewerbsmäßigen Beziehung zwischen beiden Sektoren entschieden. Diese Beziehungen sind komplex. Einerseits sollen neue Investitionsgesetze und Eigentumsgarantien inländische und ausländische Kapitalanlagen begünstigen. Andererseits wird die Liberalisierung durch die Bürokratie verschleppt, z.T. sogar von orthodoxen Nasseristen im Verwaltungsgetriebe, die einen Abbau der Begünstigungen des öffentlichen Sektors und damit eigener Privilegien befürchten, gebremst. Diese sich selbst konterkarierende Praxis der Liberalisierung soll auf ihre incentives und Bremseffekte hin genauer untersucht werden.
Die phantasievollen Visionen des Planungsministeriums und der General Agency for Public Mobilization, Cairo, genannt 5-Jahresplan, wurden bisher regelmäßig nur zu 50 % erreicht, wie zuletzt Hassanein Heikal (vor seiner Demission als Chef-Redakteur des Al-Ahram) zugab. [1] Dagegen gelang die Aufstockung des Beamtenapparats in 5 Jahren um 150 %.
Ein wichtiger Grund für diese "Personalexplosion" der öffentlichen Hand liegt in der von Nasser gegebenen Garantie für jeden Hochschulabsolventen, einen Platz in der öffentlichen Verwaltung zu erhalten. So sitzen zahllose Funktionäre in kärglich ausgestatteten Büros

---

1) Vergl. BfA, Nachrichten für den Außenhandel, Köln, 2.3.1976. S. 2.

mit subalternen Aufgaben beschäftigt, die sie nicht ausfüllen und nicht befriedigen. Aus Angst um den Posten versucht man, jegliches Auffallen zu vermeiden. "Fehler werden bestraft, Untätigkeit nicht". [1)]
Diese Überbesetzung des ägyptischen Beamtenapparats mit unterbezahlten, funktionslosen Funktionären entspricht volkswirtschaftlich einer verdeckten Arbeitslosigkeit. Resignation, Passivität und der Wunsch, für die kleinste Unterschrift oder den subalternsten Verwaltungsakt wichtig genommen zu werden, sind systemimmanente Folgen.
Zugleich provoziert das geringe Einkommensniveau der Beamten (12 LE für einen Polizisten, 20 LE für einen Lehrer) die Korruption oder zumindest einen latenten Wunsch nach "kleinen Gefälligkeiten".

Die Liberalisierungspläne, nach denen die öffentliche Verwaltung entflochten werden muß, stoßen auf den Widerstand dieser Bürokratie.
Die Regierung versucht, die Verwaltung zu rationalisieren, zu dynamisieren und möglichst Kontrollorganen zu unterstellen, die ihrerseits nicht wieder aus bürokratisch-staatswirtschaftlichen Apparaturen hervorgehen.
Deshalb werden neue staatliche und halbstaatliche Wirtschaftsorganisationen geschaffen, die privatwirtschaftlich, d.h. effizienter als die bürokratischen arbeiten sollen. Sie leisten den oft monopolistisch agierenden Staatsbürokratien Konkurrenz. Deshalb sind gerade jene darauf bedacht, die private Konkurrenz zu ersticken, oder zumindest hinter der offiziellen Kulisse zu behindern.
Andererseits kann die Regierung Sadat mit ihrem Reformprogramm nicht zu frontal gegen die bestehenden Privilegien der Exekutive vorgehen, ohne in politisches Kreuzfeuer zu geraten.

---

1) D. Weiss, a.a.O., S. 24.

Diese kurzen Analysen einiger Strukturen der staatlichen Verwaltung sollen deutlich machen, wie diese durch Passivität und Schwerfälligkeit den privatwirtschaftlichen Unternehmern und Investoren bürokratische Steine in den Weg legt.

### 4.4.2. Vom Arabischen Sozialismus zum ägyptischen Sozialismus

Ägyptens wirtschaftliche Öffnung wird auf einen langfristigen Wandel der realen Produktionsverhältnisse hinauslaufen.

Während Nassers Weg zum Arabischen Sozialismus noch durch außenpolitische Ereignisse, wie die Suezkrise, oder durch innenpolitische Prozesse, wie den Rückzug des inländischen Kapitals aus industriellen Anlagemöglichkeiten provoziert worden war, folgte Sadats Wirtschaftspolitik einer bereits seit langem von ihm festgesetzten Strategie.
Sofort nach seinem Regierungsantritt 1971 wurde die wirtschaftliche Liberalisierung und die Rückkehr des (westlichen) Auslandskapitals eingeleitet. ("Infitah iqtisadi")

Regierungstreue Berichterstattung in der Presse und der offizielle Propagandaapparat versuchen seitdem, diesen Wandel in der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik als konsequente Fortsetzung des Nasser'schen Arabischen Sozialismus hinzustellen.
Einiges spricht allerdings dafür, in diesem "Ägyptischen Sozialismus" die konsequente, von Fehlern bereinigte und der veränderten Welt der 70er Jahre angepaßte Fortsetzung des Erbes von Nasser's Arabischem Sozialismus zu sehen:
Die politische Öffnung wurde bereits von Nasser eingeleitet, der, kurz vor seinem Tode, am 23.7.1970, den Rogers-Plan akzeptierte. Nasser öffnete den USA damit wieder die Tür nach Ägypten. Er stimmte auch - anders als Syrien und die Palestinenser - der UN-Resolution 242 zu. [1)]

---

1) B. Witte, 5 Jahre Sadat - eine Bilanz, Europa Archiv 21, 1965, S. 67, desgl. R. Glagow, Das Oktoberpapier, Dokument eines neuen Ägypten, a.a.O., S. 62.

Diese fast "Kopernikanische" Wende brauchte Sadat nicht mehr zu vollziehen. Auch einzelne Schritte der wirtschaftlichen Öffnung hat Nasser selbst noch initiiert, bevor ihn sein früher Tod ereilte. [1)]
Andererseits sprechen schwerwiegende ordnungspolitische und ideologische Kursrevisionen Sadats dagegen, seinen Weg als Fortsetzung des von Nasser eingeschlagenen, von ihm "Arabischer Sozialismus" genannten "Staatskapitalismus" zu bezeichnen.
Sadat kritisiert am Nasserismus die Unterdrückung jeglicher Opposition und die Deformation der Demokratie.
Gerade hier muß aber die Kritik am Ägyptischen Sozialismus vermerken, daß die soziale Emanzipation und die Mobilisation, besonders der ländlichen Bevölkerung, unter Sadat nur wenig mehr als unter Nasser gefördert wird.

Auch die Freiheit des ägyptischen Sozialliberalismus stößt schnell an systemimmanente Grenzen:
Weder Arbeiterstreiks, noch eine unabhängige Presse werden neben dem staatlichen Meinungsmonopol geduldet. Die Arabische Sozialistische Union (ASU) bleibt staatstragende Partei, trotz einiger Ansätze zur vorsichtigen Pluralisierung, wie z.B. der seit 1976 erlaubten Bildung von Fraktionen (arab. minbar = Tribünen), innerhalb der Einheitspartei. [2)]

Auch wenn es 1977 zur Gründung von nominell selbständigen Oppositionsparteien gekommen ist, wird deren demokratischer parlamentarischer Spielraum recht klein bleiben und sich weiter innerhalb der von Sadat gesetzten Grenzen bewegen.

---

1) Vergl. BfA, Länderspiegel Ägypten, 2/1976, S. 3-4.
Vergl. R. Glagow, Das Oktoberpapier, a.a.O., S. 62 ff.

2) Die Arabische Sozialistische Union (ASU) war als Einheitspartei vom Nasserismus als Dach- und Pflichtverband aller politischen Bewegungen Ägyptens 1962 konzipiert worden. Ihrem Statut nach sollen die "5 Säulen der arbeitenden Bevölkerung" in ihr versammelt sein:

1) Arbeiter
2) Bauern
3) Kleinbürgertum
4) Verbände
5) Streitkräfte

## 4.5. Die Realität der ägyptischen Genossenschaften auf dem Lande

Zwischen offizieller Propaganda, großen Plänen und Alltagsmisere ist die Realität der ägyptischen Genossenschaften noch zu sehr im Wandel begriffen, um jetzt schon abschließend beurteilt werden zu können.

Solange der kriegsähnliche Zustand mit Israel andauert, (der auch beim letzten Besuch des Verfassers in Ägypten alles andere überschattete) werden alle wirtschaftlichen Mißerfolge mit dem Slogan entschuldigt:
"First end the war, then economic development".

Untersuchungen in Dörfern des Nildeltas [1] Karbassa el Gizah und Mit-Ghamr zeigen, wie langsam der Fortschritt voranschreitet.
95 % der Bauern gehören in diesen Dörfern mit vorwiegend altem Landbesitz (also nicht neu verteiltem Land) nominell einer Genossenschaft an.
Die Bereitschaft zur Kooperation ist unterschiedlich groß. Dies soll in den Bereichen a) Beschaffung, b) Produktion, c) Absatz, d) Finanzierung, e) politische Willensbildung kurz gezeigt werden.

---

1) Eigene Erhebungen des Verfassers, die allerdings durch die ängstliche Geheimhaltung amtlicher Stellen und die Propaganda der offiziellen Quellen - bei aller Liebenswürdigkeit und herzlichen Gastfreundschaft der ägyptischen Beamten - erschwert wurden.

Gamal El Sarawi, Staatssekretär, Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Kairo, El Said Naguib, Director, Agrarministerium, Kairo, F. Reda, Unterstaatssekretär, Agrarministerium, Kairo, Hossni Elwa, Director, Nasser Social Bank, Kairo, in Gesprächen.

a) Beschaffung

Grundsätzlich können alle landwirtschaftlich benötigten inputs über die Genossenschaft bezogen werden - von Mitgliedern und Nichtmitgliedern.

In vielen Fällen geben Bauern jedoch hinter vorgehaltener Hand zu, daß sie nicht ausschließlich Produktionsfaktoren über die Genossenschaft beziehen. Diese sei zwar billiger als die private Konkurrenz, könne aber nicht alles und erst recht nicht immer pünktlich liefern. Der private Handel dagegen liefere alles und i.a. termingerecht (obwohl angesichts der "orientalischen Mentalität" ägyptischer Händler der Begriff "Vertragstreue" mitunter sehr dehnbar ist).

Durch die Konkurrenz der Genossenschaften wird der private Handel zu marktgerechtem Verhalten gezwungen. Hier beweist sich die Marktregulierungsfunktion der Genossenschaften, durch die sie auch die nicht mit ihnen kontrahierenden Marktteilnehmer vor Ausbeutung schützen, sowie den Wettbewerb intensivieren.

b) Produktion

Prinzipiell wird in der gesamten ägyptischen Landwirtschaft, in den Neusiedlerdörfern sowie in Dörfern mit "altem" Landbesitz, im genossenschaftlich organisierten Fruchtwechsel in Fruchtfolgeblocks von 100 - 200 fd. angebaut, wie oben beschrieben.

Jedoch gibt es Ausnahmen von diesem Prinzip. Angesichts der versteckten Arbeitslosigkeit auf dem Land kann es bei bestimmten Anbauten, besonders bei arbeitsintensiven Früchten wie Bohnen oder Tomaten, für den Bauern rentabler sein, auf kleinen Parzellen außerhalb der Fruchtfolgeblocks privatwirtschaftlich-individualistisch anzubauen, wenn er den Absatz einkalkuliert.

c) Absatz

Auch hier sind die Genossenschaften nicht so vielseitig, wie von offizieller Seite behauptet wird.

Die Produktion der individualistisch bestellten Parzellen wird zu 70 % über den privaten Handel abgesetzt, da dieser höhere Preise zahlt als die Genossenschaft. Außerdem zahlt der private Handel bar und vor allem schneller, als das genossenschaftliche Verrechnungssystem die Auszahlung der genossenschaftlich erwirtschafteten Erlöse (abzüglich im Frühjahr gewährter Produktionskredite) ermöglicht.

Genossenschaft und Privatwirtschaft ergänzen sich also. Eine Mindest-Existenzsicherung der Bauern wird durch genossenschaftliche Beschaffung, Produktion und Absatz gewährleistet. Eine eventuelle Mehrproduktion nimmt der private Sektor auf.

d) Finanzierung

Kompetenzschwierigkeiten und Überorganisation zwischen (staatlicher) Agrarkreditbank und lokalen Genossenschaften haben auch hier zu einer extremen Schwerfälligkeit der Bürokratie geführt. Immerhin hatten die lokalen Genossenschaften 1974 eigene Reserven (gesetzliche, statuarische und freie) von 17.603.217 LE gebildet, so daß einige nötige Investitionen der Mitglieder aus eigenen Mitteln finanziert werden konnten. [1] Die regulären jährlichen Produktionskredite (incl. deren Abrechnung nach der Ernte) werden dagegen zentral durch die ACCB in Kairo gewährt, bzw. mit deren Supervisors (Inspektoren) abgerechnet.

Bemerkenswert ist, daß der Einfluß der privaten Geldverleiher zwar immer noch bedeutend ist (Konsumkredite für Hochzeiten etc.), aber abnehmende Tendenz aufweist. Ihre Konditionen sind heute weniger ausbeuterisch als früher. Auch hier bewährt sich also die (indirekte) Marktregulierungsfunktion der Genossenschaften, auch wenn sie selbst (die Genossenschaft) nicht Marktpartner ist. Ihre bloße Anwesenheit auf dem Markt reicht aus, um den

---

1) E. Naguib, Director, Agrarministerium, Kairo im Gespräch, 20.9.1975.

Wettbewerb zu intensivieren und um schwächere Marktpartner vor Ausbeutung zu schützen.

e) Politische Willensbildung

Der Einfluß der Großgrundbesitzer, Umdas, Scheichs, der traditionellen Elite des Dorfes, ist noch groß, spielt sich aber zunehmend hinter der offiziellen Kulisse ab.
Im Vordergrund stehen nunmehr der Bürgermeister, die Funktionäre der ASU und der Genossenschaft, der Supervisor der Agrarkreditbank und der Lehrer des Dorfes. Der Einfluß des geistlichen Würdenträgers, des Scheichs, ist allerdings unbestritten.
Die Genossenschaft als "Edukationsmodell" [1] hat sich insofern bewährt, als auch kleinere Landbewirtschafter bei der Organisation genossenschaftlicher Projekte, des Fruchtwechsels oder beim Bau eines Kanals, einer Straße oder eines Gemeindezentrums ihre Stimmen zu erheben gelernt haben. Die sozial schwachen Schichten sind in der Genossenschaft als einer "Schule der Fundamentaldemokratisierung" selbstbewußter geworden.

Aber das soziale Gefälle und besonders das Bildungsgefälle zwischen der traditionellen Elite und den armen Fellachen bleibt bestehen.
Nur vereinzelt werden "Genossenschaftskinder Professor", wie ein armer Bauer aus Mehalla den sozialen Aufstieg seines Sohnes stolz beschreibt.

Die neuen Pachtgesetze von 1952 haben die zulässige Höchstpacht auf das 7-fache der Grundsteuer beschränkt. Die Grundsteuer ist nach Qualität des Bodens unterschiedlich. Sie beträgt im Nildelta zwischen 4 und 7 LE für einen feddan.

---

1) Vergl. E. Dülfer, Feldforschung und Entwicklungshilfe im ländlichen Genossenschaftswesen der Entwicklungsländer, in: ZfaL, Jahrg. 8, Hft. 2, 1969, S. 102.

Bei einer angenommenen Steuer von 7 LE für einen feddan erster Güteklasse dürfte die Pacht maximal 49 LE betragen. Oft genug jedoch hört man im Nildelta die Klagen der Bauern, daß diese Ländereien unter der Hand nur für das 1,5-fache oder sogar doppelte der gesetzlich erlaubten Höchstpacht vergeben werden. Die relativ gute Ertragslage der Böden im Nildelta erlaubt den Großgrundbesitzern diese geheimen ausbeuterischen Praktiken. Die Bauern sind machtlos. Sie sind auf das Land angewiesen.
Solange die Verpachtung des Bodens privatrechtlich organisiert ist, sind hier auch die Genossenschaften funktionslos. Von besonderem Interesse ist in diesem Zusammenhang, daß die liberale Wirtschaftspolitik unter Präsident Sadat nichts unternimmt, um diese kapitalistischen Praktiken zu unterbinden. Im Gegenteil: seit 1975 wird im Agrarministerium eine Gesetzesvorlage diskutiert, die zulässige Höchstpacht je feddan vom 7-fachen Betrag der Grundsteuer auf das 10-fache zu erhöhen.

Die Ursachen dieser, insgesamt gesehen geringen, Erfolge der Genossenschaften liegen sehr tief in der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur Ägyptens, wie oben dargestellt. Wie in anderen, im Entwicklungsprozeß befindlichen, Ländern hat man auch in Ägypten wichtige sozial-ökonomische und sozial-psychologische Faktoren nicht beachtet. Gerade darauf beruhen aber die Erfolge der Genossenschaften als Eduktionsmodelle im Europa des 19. Jahrhunderts, wie z.B. die deutsche Genossenschaftsgeschichte belegt. "Genossenschaftler aus Ägypten", so kritisiert Sayed Marai, "sehen deutsche Genossenschaften, wie sie heute sind, sie sehen aber nicht deren lange geschichtliche Entwicklung" [1].

---

1) S. Marai, im Gespräch mit A. Elnagar.

In vielen Entwicklungsgesellschaften wird beim Aufbau ihrer Genossenschaftsorganisationen vergessen, daß gerade die deutschen Genossenschaften auf einer weitzurückreichenden früheren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung aufbauen konnten. In Europa erfolgreiche "Modelle" können nicht ohne weiteres in andere Kulturräume übertragen werden.

Hottinger spricht von einer Knechtschaft des Übernehmens. "Solange keine eigene kulturelle und wirtschaftliche Fruchtbarkeit besteht, bleibt das entlehnende Land immer hinter den kulturell und wirtschaftlich sich selbst fortentwickelnden Ländern zurück..."
Die Machtmonopolisierung wirkt nach innen. Je mehr von Staats wegen die Akkulturation verstärkt wird, "desto stärker, absoluter wird der moderne Staat gegenüber den traditionalistischen Massen seiner Bürger. Auch die Kluft des Unverständnisses zwischen den modernisierenden Staatsfunktionären und den (noch) nicht von der Modernisierung erfaßten oder bloß passiv von ihr ergriffenen Untertanen vertieft sich " [1].
Bis heute ist es Ägypten nicht gelungen, diese Kluft zwischen Fellachen und Funktionären vollkommen zu schließen. Im Gegenteil! Zwei Gründe sind dafür genannt worden:
Der eine ist das jahrtausendealte Mißtrauen der Fellachen gegen jede staatliche oder parastaatliche Autorität. Der andere ist das mangelnde Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten.

---

1) A. Hottinger, a.a.O., S. 203.

Mit Mitscherlich könnte man vermuten, daß dieses Mißtrauen gegenüber dem "Ich" auf einem zu blinden Vertrauen auf die Normen und Werte beruht, die das "Über-Ich", die Gesellschaft, aufgestellt hat und die in Ägypten besonders in Tradition und Religion verankert sind. [1] Die soziale Umwelt der Menschen in Ägypten ist immer noch stark traditionsorientiert. Diese Barrieren verhindern bereits den Versuch einer Dynamisierung oder Mobilisierung der traditionalen Gesellschaftsstrukturen. [2]

Langfristig wird den Genossenschaften die Aufgabe der Mobilisation der Massen nur gelingen, wenn sie es schaffen, alle Mitglieder der Gemeinschaften, auch die kleinsten Bauern und Landarbeiter, verstärkt am Entwicklungsprozeß und am Prozeß der genossenschaftlichen Willensbildung zu beteiligen. Erst wenn der einzelne kleine Bauer, Tischler, Kameltreiber oder Landarbeiter die Ziele der Genossenschaft als seine eigenen Ziele betrachtet, wird er sein Letztes leisten, um diese Ziele zu erreichen.

Die Genossenschaften bedürfen einer "stärkeren Mobilisierung von Entwicklungsimpulsen durch möglichst zahlreiche und weitgesteuerte Aktivitätszellen, zur Belebung und größtmöglichen Verselbständigung auf allen Ebenen der Initiative, Beratung, Entscheidung und Beteiligung."

---

1) A. Mitscherlich, Auf dem Weg zur vaterlosen Gesellschaft, München 1963, S. 1[illegible] ff.

2) R.F. Behrendt, a.a.O., S. 520.

Besonders sollen dabei die "untersten, also grundlegenden Entwicklungsträger" mit angesprochen und einbezogen werden. [1] Wird eine traditionale Zwangsordnung so durch selbstverantwortlich gebildete und getragene Ordnungen abgelöst, so schwinden auch Fatalismus, Apathie und Anomie, die den Trägern der Zwangsordnungen stets als Rechtfertigung (der Aufrechterhaltung der Zwangsordnungen) dienten.

Eine solche "Fundamentaldemokratisierung der untersten Entwicklungsträger" verlangt die Bereitschaft zum Lernen, besonders bei den sozial schwächsten Schichten. "Nicht allein Lernen im Sinne des Schullernens."
"Wenn man nicht Generationen lang warten will, müssen auch die Erwachsenen lernen. Nicht nur lesen und schreiben, sondern auch ihren Beruf, sie müssen lernen, moderne Frauen, zeitgemäße Beamte, fähige Facharbeiter, Techniker und Politiker zu werden." [2] Wenn man die Genossenschaften als "Schule der Fundamentaldemokratisierung" betrachtet, oder als "Edukationsmodell", dann haben sie sicherlich Chancen in Ägypten. Dieser Prozeß wird jedoch sehr langfristig sein. Kurzfristige Wunder sind hier nicht zu erwarten. [3]

---

1) Vergl. R.F. Behrendt, a.a.O., S. 521.
Desgl. Hossni Elwa, Director, Nasser Social Bank, Cairo, im Gespräch. Zum Prozeß der Fundamentaldemokratisierung vergl. Karl Mannheim, Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus, a.a.O., S. 52 ff.

2) A. Hottinger, a.a.O., S. 156.

3) Gamal El Sarawi, Staatssekretär, Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Kairo, im Gespräch mit Ahmed Elnagar.

## 5.Verzeichnis der Tabellen,Skizzen,Maßeinheiten, Wechselkurse

Tabelle 1 : Durchschnittliche strukturelle Veränderungen bei steigendem BSP pro Kopf der Bevölkerung

Tabelle 2 : Landbesitzverhältnisse in den Jahren 1896-1965

Tabelle 3 : Landbesitzverhältnisse 1951

Tabelle 4 : Bruttoeinkommen der landwirtschaftlichen Betriebe

Tabelle 5 : Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land

Tabelle 6 : Entwicklung der traditionellen landwirtschaftlichen Genossenschaften 1929-1952

Tabelle 7 : Analphabeten in der ägyptischen Landbevölkerung

Tabelle 8 : Landwirtschaftliche Primärgenossenschaften 1974

Tabelle 9 : Ernteergebnisse aus Dörfern mit und Distrikten ohne genossenschaftliche Produktionsförderung

Tabelle 9a: Index der Flächenerträge pro feddan(1935-1939=100)

Tabelle 10: Entwicklung der Flächenerträge in Demera (1950-1955)

Tabelle 11: Entwicklung der Agrarproduktion ausgewählter arabischer Länder(in FAO Indexzahlen)

Tabelle 12: Das kreditgenossenschaftliche Projekt in Mit-Ghamr (1963/64)

Tabelle 13: Sparen im Bereich der Sparkasse Mit-Ghamr (per 30.6.1966)

Tabelle 14: Verteilung der Bruttoinvestitionen auf die verschiedenen Sektoren 1974

Skizze 1 : Organigramm einer integrierten Genossenschaft

Skizze 2 : Erwartete Kooperationseffekte auf mocrolevel
und microlevel
Skizze 3 : Der Staat und die Genossenschaften

Skizze 3 : Staatliche und parastaatliche Einflüsse auf
die Stufen des genossenschaftlichen Überbaus

Ägyptische Maßeinheiten

1 feddan = 24 kirat = 4200,833 qm
1 Kantar (Baumwolle) = 150 kg
1 Ardeb (Weizen) = 150 kg
1 Ardeb (Mais) = 140 kg
1 Ardeb (Gerste) = 120 kg
1 Dariba (Reis) = 945 kg

Wechselkurse - Livre Egyptienne (LE)

1 LE = 100 Piaster = 19,80 DM (per 1.1.1950)
= 11,49 DM (per 1.6.1964)
= 6,44 DM (offizieller Kurs per 1.4.1976)
= 3,82 DM (Parallelkurs per 1.4.1976)

Literaturverzeichnis

1.Selbständige Veröffentlichungen

Abdelasim,L.,Wege und Irrwege der Besteuerung in Ägypten, Diss.Köln 1957

Abdel Malek,A.,Ägypten:Militärgesellschaft,Das Armeeregime, die Linke und der soziale Wandel unter Nasser, Frankfurt 1971

Atteya,I.M.M.,Die Reform landwirtschaftlicher Nutzung und ihr Einfluß auf die Struktur der Produktion und auf das Ernteergebnis,Kairo 1964

Ayrout,H.H.,Moeurs et coutumes des fellahs,Cairo 1963

Baer,G.S.,A History of Landownership in Modern Egypt,London 1962

Barnett,H.G.,Innovation-The Basis of Cultural Change,New York 1953

Behrendt,R.F.,Soziale Strategie für Entwicklungsländer, Frankfurt 1965

Benecke,D.W.,Kooperation und Wachstum in Entwicklungsländern,Tübingen 1972

Berger,P.L.,Zur Dialektik von Religion und Gesellschaft, Elemente einer soziologischen Theorie,Frankfurt 1973

Bergmann,T.,Funktionen und Wirkungsgrenzen von Produktionsgenossenschaften in Entwicklungsländern,Frankfurt 1967

Bergmann,T.,Die Genossenschaftsbewegung in Indien,Frankfurt 1971

Bochensky,I.M.,Die zeitgenössischen Denkmethoden,Bern 1954

Böhm-Bawerk,E.v.,Kapital und Kapitalzins,Jena 1921

Boeke,I.H.,Economics and Economic Policy in Dual Society, New York 1953

Brossard,D.,Features of Supervised Credit in Latin America, Berkely 1952

Clapham,R.,Marktwirtschaft in Entwicklungsländern, Freiburg 1973

Dahrendorf,R.,Class and Class Conflikt in Industrial Society,Stanford 1958

Dahrendorf,R.,Gesellschaft und Demokratie in Deutschland, München 1968

Dietze,C.v.,Grundzüge der Agrarpolitik,Hamburg 1967

Digby,M.,Co-operative Land Use,The Challange to Traditional Co-operation,Oxford 1963

Downs,A.,Ökonomische Theorie der Demokratie,Tübingen 1968

Draheim,G.,Die Genossenschaft als Unternehmungstyp, Göttingen 1952

Draheim,G.,Zur Ökonomisierung der Genossenschaften, Göttingen 1967

Durkheim,E.,De la division du travail social,Paris 1928

Eisermann,G.,Bedeutende Soziologen,Stuttgart 1958

Elghannam,A.A.,Das Regierungssystem des unabhängigen Ägypten 1922-1967,München 1967

Elnaggar,A.,Hindernisse der direkten Auslandsinvestitionen in Ägypten,Diss.Köln 1959

Elsahrawi,G.,Die Reformprobleme der ägyptischen Steuerverwaltung,Diss.Köln 1961

Elshagi,E.,Neuordnung der Bodennutzung in Ägypten,München 1969

Emilianoff,V.,Economic Theory of Cooperation,Washington 1948

Engelmann,T.,Soziologische und psychologische Aspekte des genossenschaftlichen Aufbaus in Entwicklungsländern, Frankfurt 1966

Engelmann,T.,Tröscher K.,Fassnacht,B.,Entwicklung und Stand des Genossenschaftswesens in der Vereinigten Arabischen Republik(Ägypten),Bonn 1962

Eschenburg,R.,Ökonomische Theorie der genossenschaftlichen Zusammenarbeit,Tübingen 1971

Etzioni,A.,Soziologie der Organisation,München 1967

Eucken,W.,Die Grundlagen der Nationalökonomie,Berlin 1965

Eucken,W.,Grundsätze der Wirtschaftspolitik,hrsg.v. E.Eucken-Erdsiek,K.P.Hensel,Hamburg 1959

Fanon,F.,Die Verdammten dieser Erde,Reinbek 1960

Fassbender,F.W.,Friedrich Wilhelm Raiffeisen in seinem Leben,Denken und Wirken,Neuwied 1902

Faust,H.,Ursprung und Aufbruch der Genossenschaftsbewegung,Neuwied 1968

Gabelmann,E.,Die Genossenschaften in Kamerun.Ihre Entwicklung und Bedeutung für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung des Landes,Marburg 1971

Geiger,T.,Arbeiten zur Soziologie,Soziologische Texte, Neuwied 1962

Ghaussy,A.G.,Das Genossenschaftswesen in den Entwicklungsländern,Freiburg 1964

Goldthorpe,J.E.,Outlines of East African Society,Kampala 1962

Goltz,T.v.Agrarwesen und Agrarpolitik,Jena 1909

Gürkan,A.,Flucht vor Industrialisierung in Entwicklungsländern,Köln 1969

Hanel,A.,Genossenschaften in Nigeria,Marburg 1967

Hanel,A.und Müller,J.O.,On the Evaluation of Rural Cooperatives with Reference to Governmental Development Policies,Case-Study Iran,Göttingen 1976

Hasselmann,E.,Partnerschaft von Staat und Genossenschaft ?, Hamburg 1960

Hasselmann,E.,Die Rochdaler Grundsätze im Wandel der Zeit, Frankfurt 1968

Hatta,M.,The Co-operative Movement in Indonesia,New York 1957

Henle,H.,Der Neue Nahe Osten,Hamburg 1967

Henzler,R.,Die Genossenschaft,eine fördernde Betriebswirtschaft,Essen 1957

Hesse,K.,Das System der Entwicklungshilfen,Berlin 1969

Heyde,P.,Internationale Sozialpolitik,Heidelberg 1960

Hirschman,A.O.,Die Strategie der wirtschaftlichen Entwicklung,Stuttgart 1967

Hirschman,A.O.,Exit,Voice and Loyalty,Cambridge,Mass.,1970

Hohmeyer,W.,Fellachen als Sparer,eine Untersuchung über die Durchsetzbarkeit von Selbsthilfeeinrichtungen als Methode der Entwicklungshilfe,dargestellt am Sparkassenexperiment in Mit-Ghamr(Ägypten),Diss. Köln 1969

Homans,G.C.,Theorie der menschlichen Gruppe,6.Aufl., Köln 1972

Hondrich,K.O.,Menschliche Bedürfnisse und soziale Steuerung,Reinbek 1975

Hoppe,M.,Die klassische und die neoklassische Theorie der Genossenschaften.Ein Beitrag zur Dogmengeschichte und zur neueren Genossenschaftstheorie,Berlin 1976

Hoselitz,B.F.,Sociological Aspects of Cultural Change, Glencoe 1960

Hottinger,A.,Die Araber,Zürich 1960

Jaeggi,U.,Die gesellschaftlichen Eliten,eine Studie zum Problem der sozialen Macht,Bern 1960

Katona,G.,Psychological Analysis of Consumer Behaviour, New York 1951

Khalil,S.,Grundeigentum und Landreform in Ägypten,Bonn 1959

Kiefer,K.,Die Diffusion von Neuerungen,Tübingen 1967

Klofac, J.K.,Emprische Soziologie, kurzer Abriss der modernen bürgerlichen empirischen Soziologie, Berlin 1964

König,R.,Soziologische Orientierungen, Köln - Berlin 1965

Kötter,H.,Gegen die Armut auf dem Lande, Materialien zur Welternährungslage, Bonn 1975

Kropotkin,P.,Die grundsätzlichen Möglichkeiten der gegenseitigen Hilfe in der Mensch- und Tierwelt, Leipzig 1923

Lampert,H.,Die Wirtschafts- und Sozialordnung der Bundesrepublik Deutschland, München und Wien 1970

Lewis,W.A.,Die Theorie des wirschaftlichen Wachstums, Tübingen, Zürich 1956

List,F.,Das nationale System der politischen Ökonomie, Hrsg. A.Sommer, Tübingen 1959

Mackenroth,G.,Bevölkerungslehre, Berlin - Heidelberg 1952

Mandel,E.,Marxistische Wirtschaftstheorie, Frankfurt 1968

Mannheim,K.,Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus, Berlin - Zürich 1967

Marx,K.,Das Kapital, Marx-Engels-Werke, Berlin 1965

McClelland,D.,Die Leistungsgesellschaft, Psychologische Voraussetzungen wirtschaftlicher Entwicklung, Stuttgart 1966

McIver,R.M.,Society, New York 1937

Mead,M.,Sex and Temperament in three primitive Societies, New York 1960

Meadows,D.L.u.a.,The Limits to Growth, New York 1972

Mill, J.St.,Grundsätze der politischen Ökonomie, dt. Ausgabe, Leipzig 1896

Mises,L.v.,Die Gemeinwirtschaft, Jena 1932

Mitscherlich,A.,Auf dem Weg zu einer vaterlosen Gesellschaft, München 1963

Mühlmann,W.E.,Chiliasmus und Nativismus, Studien zur Psychologie, Soziologie und historischen Kasuistik der Umsturzbewegungen, Berlin 1961

Müller,J.O.,Voraussetzungen und Verfahrensweisen bei der Errichtung von Genossenschaften in Europa vor 1900, Göttingen 1976

Müller-Armack,A.,Religion und Wirtschaft, Gesammelte Religions- und Kultursoziologische Studien, Stuttgart 1959

Mulhall,A.G.,The Dictionary of Statistics, London 1890

Muralt,J.v.,Entwicklung und Struktur des Genossenschaftswesens in der Vereinigten Arabischen Republik, Marburg 1964

Myrdal,G.,An Inquiary into the Poverty of Nations, New York, 1968; deutsch: Ökonomische Theorie und unterentwickelte Regionen, Stuttgart 1968

Nicholson,M.,Cooperation in the Colonies, Manchester 1953

Nkrumah,Kw.,Building a Socialistic State, Acca 1961

Nurkse,R.,Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Oxford 1953

Nyerere,J.,The Basis of African Socialism, Dar es Salaam 1963

O'Brien,P.,The Revolution in Egypt's Economic System, London - New York 1966

Ogburn,W.F.,Social Change with Respect to Culture and Original Nature, New York 1922

Ohm,H.,Die Genossenschaft und ihre Preispolitik, Karlsruhe 1955

Olsen,M.,Die Logik des kollektiven Handelns, Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen, Tübingen 1968

Oppenheimer,F.,Die Siedlungsgenossenschaft, Versuch einer positiven Überwindung des Kommunismus durch Lösung des Genossenschaftsproblems und der Agrarfrage, Jena 1922

Ortlieb,H.-D.,Die verantwortungslose Gesellschaft oder wie man die Demokratie verspielt, München 1971

Otte,W.,Die Neue Konzeption der AGEH, Unterlagen zur Vorbereitung, Köln 1975

Pareto,V.,Trattato di Socologia generale, 2.Aufl., 3 Bde., Florenz 1923

Peroux,F.,Friedliche Koexistenz, Stuttgart 1961

Popper,K.R.,The Logic of Scientific Discovery, London 1959; deutsch: Logik der Forschung, Tübingen 1966

Popper,K.R.,The Poverty of Historizism, London 1960

Redfield,R.,The Folk Society of Yukatan, Chikago 1941

Ricardo,D.,Über die Grundsätze der politischen Ökonomie, Berlin 1959

Rodinson,M.,Islam und Kapitalismus, Frankfurt 1971

Rodinson,M.,Mohamed, Frankfurt 1971

Röpke,W.,Jenseits von Angebot und Nachfrage, Zürich 1958

Rostow,W.W.,Stadien wirtschaftlichen Wachstums, eine Alternative zur marxistischen Entwicklungstheorie, Göttingen 1967

Saab,G.S.,The Agrarian Reform, Oxford 1965

Schachtschnabel,H.G.,Genossenschaft, ihre Geschichte und ihr Wesen, Neuwied 1948

Schiller,K.,Die Rolle der Selbsthilfeorganisationen bei der Entwicklung einer freiheitlichen und sozialen Marktordnung, Schriftenreihe des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften, Hamburg 1953/H.3

Schiller,O.,Das Agrarproblem der übervölkerten Staaten Süd-Ostasiens, Hamburg 1954

Schiller,O.,Entwicklungsphasen und Gegenwartsprobleme des Genossenschaftswesens in Süd-Ostasien, Göttingen 1964

Schmölders,G.,Ökonomische Verhaltensforschung,Ordo Band V, 1953

Schoeck,H.,Entwicklungshilfe, Politische Humanität, München - Wien 1972

Schumpeter,J.A.,Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung. Eine Untersuchung über Unternehmergewinn, Kapital, Kredit, Zins und den Konjunkturzyklus, München und Leipzig, 5. Aufl. 1952

Senghor,L.S.,Negritude and African Socialism, London 1963

Seraphim,P.H.,Das Genossenschaftswesen in Osteuropa, Neuwied 1951

Smith,C.P.S.,The Evolution of Agricultural Cooperation, Oxford 1961

Sombart,W.,Die Juden und das Wirtschaftsleben, München und Leipzig 1928

Sombart,W.,Der moderne Kapitalismus, 3 Bde., München und Leipzig 1928

Sombart,W.,Die drei Nationalökonomien, München und Leipzig 1930

Spencer,H.,Die Prinzipien der Soziologie, Stuttgart 1885

Strümpel,B.,Wirtschaftliche Entwicklung als menschliches Verhalten, Berlin 1964

Tewfik,A.,Die Entwicklung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens in Ägypten, verglichen mit den anderen Ländern alter islamischer Kultur, Jena 1924

Thorward,F.,Hermann Schulze-Delitzsch, Denken und Wirken, Neuwied - Berlin 1913

Thurnwald,R.,Die menschliche Gesellschaft in ihren soziologischen Grundlagen, Berlin - Leipzig 1931-1935

Thurnwald,R.,Black and White in East Africa, The Fabric of a New Civilisation, London 1935

Tibi,B.,Militär und Sozialismus in der Dritten Welt, Allgemeine Theorien und Regionalstudien über arabische Länder, Frankfurt 1973

Tibi,B.,Nationalismus in der Dritten Welt - am arabischen Beispiel, Frankfurt 1971

Tönnies,F.,Gemeinschaft und Gesellschaft, Berlin 1912

Trappe,P.,Die Entwicklungsfunktion des Genossenschaftswesens am Beispiel ostafrikanischer Stämme, Neuwied - Berlin 1966

Trappe,P.,Warum Genossenschaften in Entwicklungsländern? Neuwied - Berlin 1966

Treuheit,W.,Sozialismus in Entwicklungsländern, Köln 1971

Tritsch,W.,Die Erben der bürgerlichen Welt, Bern 1954

Uhle,W.,Der Arabische Sozialismus und der zeitgenössische Islam, Opladen 1969

Uhlig,Ch.,Entwicklungshilfepolitik, Hamburg 1971

Valentine,C.,Culture and Poverty, Chikago 1968

Veblen,T.,The Theory of the Leisure Class. An Economic Study of Institions, New York 1899

Vierkandt,A.,Gesellschaftslehre, Stuttgart 1922

Vierkandt,A.,Die Stetigkeit des Kulturwandels, eine soziologische Studie, Leipzig 1908

Vierkandt,A.,Naturvölker und Kulturvölker, Leipzig 1896

Weber,M.,Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriß der verstehenden Soziologie, (4.Aufl.) Tübingen 1956

Weber,M.,Soziologie, Weltgeschichte, Analysen, Politik, Hrsg. J. Winkelmann, Stuttgart 1964

Weber,M.,Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, eine Aufsatzsammlung, 2 Bde., München und Hamburg 1965 und 1968

Weippert,G.,Werner Sombarts Gestaltidee des Wirtschaftssystems, Göttingen 1953

Weiss,D.,Wirtschaftliche Entwicklungsplanung in der Vereinigten Arabischen Republik, Köln und Opladen 1964

Wittfogel,A.,Die orientalische Despotie, Köln 1962

Wörz,J.G.,Die genossenschaftliche Produktionsförderung in Ägypten, als Folgeerscheinung der Agrarreform und als neues Element der genossenschaftlichen Entwicklung, Stuttgart 1967

Ziegler,J.,Soziologie des neuen Afrika, Ghana, Kongo-B., Ägypten, München 1966

## 2. Aufsätze in Zeitschriften und Sammelwerken

Albert,H.,Nationalökonomie und Soziologie, in: Kyklos, XIII, 1960

Albert,H.,Tradition und Kritik,in: Club Voltaire,Jahrbuch für kritische Aufklärung,II.,Hrsg.G.Szczesny, München 1965

Albrecht,G.,Die "Subkultur der Armut" und die Entwicklungsproblematik,in:R.König u.a.(Hrsg.),Aspekte der Entwicklungssoziologie,Sonderh.13 der KZfSS,Köln 1969

Aschhoff,G.,Die Rolle des Staates beim Aufbau des Genossenschaftswesens in den Entwicklungsländern,Karlsruhe 1962

Back,J.M.,Genossenschaftsgeschichte,in:HdB II,Stuttgart 1958

Bernsdorff,W.,Genossenschaftliche Gesellschaftsform,in: ders.,(Hrsg.),Wörterbuch der Soziologie,Stuttgart 1959

Boettcher,E.,Genossenschaften-Demokratie und Wettbewerb, in: ZfgG,Bd.22,Göttingen 1972,H.2,S.107 -131

Boris,D.,Zur politischen Ökonomie der Beziehungen zwischen Entwicklungsländern und Industriegesellschaften,in: E.Krippendorf(Hrsg.),Friedensforschung,Köln 1968

Büscher,H.,Die Rolle der Genossenschaften im Rahmen einer entwicklungspolitischenKonzeption,in:G.Weisser u. W.W.Engelhardt(Hrsg.),Genossenschaften und Genossenschaftsforschung,Göttingen 1968

Clapham,R.,Probleme der sozialpolitischen Orientierung in Entwicklungsländern,in:Wirtschaftspolitische Chronik des Instituts für Wirtschaftspolitik der Universität zu Köln,H.2,1970

Draheim,G.,Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und genossenschaftliche Struktur,in:ders.,(Hrsg.),Zur Ökonomisierung der Genossenschaften,Göttingen 1967

Dülfer,E.,Aufbau und Förderung von Selbsthilfeorganisationen nach "Phasenschema",in: ZfgG,1,1977,S.15-34

Dülfer,E.,Arbeitnehmer-Mitbestimmung in Genossenschaften aus betriebswirtschaftlicher Sicht,in:ZfgG,4,1976,S.302-319

Dülfer,E.,Die Effizienz der Genossenschaften,in: ZfgG,Bd.22, 1972,S.324 -340

Dülfer,E.,Zielsysteme,Entscheidungsprozeß und Organisationsstruktur im kooperativen Vertriebsverbund.Eine Anwendung kybernetischer Betrachtungsweise,in: G.Weisser u.W.W.Engelhardt(Hrsg.),Genossenschaften und Genossenschaftsforschung,Festschrift f.G.Draheim, Göttingen 1968,S.170-195

Eisermann,G.,Die Bedeutung des Fremden für die Entwicklungsländer,in: Schmollers Jahrbuch,Berlin 1964,S.301-322

Eisermann,G.,Die Rolle des Unternehmers in den Entwicklungsländern,in:ders.,(Hrsg.),Soziologie der Entwicklungsländer,Stuttgart 1968,S.69-105

Engelhardt,W.W.,Produktivgenossenschaften,in:HdSW,III, Stuttgart 1964

Eschenburg,R.,Genossenschaftstheorie als Konflikttheorie,in: E.Boettcher(Hrsg.),Theorie und Praxis der Kooperation, Schriften zur Kooperationsforschung,Tübingen 1972, S.55-71

Fleischmann,G.Genossenschaften und Wettbewerb,in: ZfgG,Bd.22, 1972,H.2,S.159-174

Fleischmann,G.,Wettbewerbstheorie und Genossenschaften,in: E.Boettcher (Hrsg.),Theorie und Praxis der Kooperation, Schriften zur Kooperationsforschung,Tübingen 1972, S.105-133

Frauendorfer,S.v.,Bodenreform,in:HdSW,Bd.2,Stuttgart 1959

Freund,W.S.,Tunesien,Vom Dirigismus zum Pragmatismus,in: Außenpolitik,1,1970

Fürstenberg,F.,Ansatzpunkte einer Soziologie des Genossenschaftswesens,in:G.Weisser u.W.W.Engelhardt(Hrsg.), Genossenschaften und Genossenschaftsforschung, Göttingen 1968

Fürstenberg,F.,Der Erkenntniswert einer soziologischen Systemtheorie der Genossenschaft.Kritische Anmerkungen zu einer Studie von Alexander Matejko,in: ZfgG,1971

Glagow,R.,Das Oktoberpapier - Dokument eines neuen Ägypten, in: Orient,1,1974,S.58-63

Hamm,W.,Wettbewerbspolitische Aspekte genossenschaftlicher Aktivität,in:E.Boettcher(Hrsg.),Genossenschaften-Demokratie und Wettbewerb,Tübingen 1972,S.465-496

Hamm,W.,Wettbewerbswirkungen genossenschaftlicher Empfehlungen, in: ZfgG,Bd.23,1973,H.3,S.212-219

Hanel,A.,Genossenschaften in Entwicklungsländern,in: Genossenschaftsforum,Bonn 1974,H.9,S.27-32

Hanel,A.,Zur Frage der Abstimmung staatlicher Entwicklungskonzepte mit den Zielvorstellungen der Mitglieder, in:E.Dülfer(Hrsg.),Zur Krise der Genossenschaften in der Entwicklungspolitik,Göttingen 1975,S.121-162

Heinen,E.,Aufgaben,Methoden und Ergebnisse der betriebswirtschaftlichen Zielforschung,in: W.Kirsch(Hrsg.), Gewinn und Rentabilität,Wiesbaden 1964

Hoffman,W.G.,Wachstumsnotwendige Wandlungen in der Sozialstruktur der Entwicklungsländer,in:B.Fritsch(Hrsg.), Entwicklungsländer,Köln 1968,S.83-94

Holmberg,A.,Changing Community Values and Attitudes in Peru, in:R.Adams e.a.(ed.),Social Change in Latin America today,New York 1960

Hoselitz,B.F.,Wirtschaftswachstum und Sozialstruktur,in: ders.,(Hrsg.),Wirtschaftliches Wachstum und Sozialer Wandel,Berlin 1969

Hoselitz,B.F.u.Merill,R.S.,Sozialer Wandel in unterentwickelten Ländern,in:R.König(Hrsg.),Handbuch der empirischen Sozialforschung,Stuttgart 1969

Jonson,I.,Die Entstehung der Mittelsektoren in Lateinamerika, in:P.Heintz (Hrsg.),Soziologie der Entwicklungsländer, Köln 1962

König,R.,Die Begriffe Gemeinschaft und Gesellschaft bei F.Tönnies,in:KZfSS,VII,H.3,1955

König,R.,Über einige offene Fragen und ungelöste Probleme der Entwicklungsforschung,in:ders.,(Hrsg.), Aspekte der Entwicklungssoziologie,Sonderheft 13 der KZfSS,Köln 1969

König,R.,Probleme der wirtschaftlichen Anpassung der Navajo.Ein Beitrag zur Entwicklungsproblematik, in:H.Reimann u.a.(Hrsg.),Entwicklung und Fortschritt, soziologische und ethnologische Aspekte des soziokulturellen Wandels,Tübingen 1969

Kuhn,J.,Landwirtschaftliche Genossenschaften in Malaysia im Wandel,in: ZfgG,4,1976,S.351 - 359

Kunkel,H.J.,Some Behavioral Aspects os the Economical Approach to Social Organization,in: America Journal of Sociology,73,1967

Lewis,O.,Mexico since Cardenas,in:ders.u.R.Adams(Hrsg.), Social Change in Latin America Today,New York 1960

Linton,P.,Cultural and Personality Factors Affecting Economic Growth,in: B.F.Hoselitz (ed.),The Progress od Underdeveloped Areas,Chicago 1952

Lockwood,D.,Social Integration and Systemintegration, in: W.Zapf (Hrsg.), Theorien des sozialen Wandels, Köln und Berlin 1970

Mackenroth,G.,Bevölkerung und Wirtschaft, in: E. Boetcher u. a. (Hrsg.), Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik, Festschrift für G. Mackenroth, Tübingen 1969

Martinsdale,D.,Introduction, in: Explorations in Social Change, Hrsg. v. K. Zollschan und W. Hirsch, London 1964

Marx,K.,Zur Kritik der politischen Ökonomie, in: K. Marx - F. Engels: Werke Bd. 13, 1964

Matejko,A.,Die Genossenschaft als soziales System, Modell einer strukturell-funktionalen Analyse, in: ZfgG, XXI 1971

Moore,W.E.,Der soziale Rahmen der Entwicklungsländer, in: G. Eisermann (Hrsg.), Soziologie der Entwicklungsländer, Stuttgart 1968

Mühlmann,W.E.,Primitivität, in: W. Bernsdorf (Hrsg.), Wörterbuch der Soziologie, Stuttgart 1969

Münkner, H.,Die rechtliche Regelung der Genossenschaft im Gründungsstadium. Ein Beitrag zur Regelung präkooperativer Organisationsformen in der Entwicklungspolitik, Göttingen 1975, S. 209-246

Myint,H.,An Interpretation of Economic Backwardness in: The Economics of Underdevelopment, A. W. Agarwala und S. P. Single (Hrsg.), New York 1963

Nehru,J.,India of Tomorrow, in: Kuruhschetra, A Symposion on Community Development in India, Delhi 1961

Nell-Breuning,O.v.,Sozialisierung, in: Staatslexikon VII, Freiburg 1962

Newiger,N.J.,Prerequisites for the Development of Agricultural Cooperatives in Developing Countries, in: Year Book of Agricultural Cooperation, Oxford 1972, S. 40-48

Osswald,K.,Community Development and Animation Rurale in: P. Trappe (Hrsg.), Sozialer Wandel in Afrika südlich der Sahara, in: Sonderheft 2, 1969 der VjB der FES , Hannover 1969

Parsons,T .,An Outline of the Social System, in: Theories of Society, Hrsg. T. Parsons u. a. New York 1961

Parsons,T .,Some Considerations on the Theorie of Social Change, Glencoe 1960

Parsons,T .,Das Problem des Strukturwandels: Eine theoretische Skizze, in: W. Zapf, Theorien des sozialen Wandels, Köln - Berlin 1970

Popper,K.R.,Selbstbefreiung durch das Wissen, in: Der Sinn der Geschichte, Hrsg. Leonhard Reinisch, München 1961

Popper,K.R.,Die Zielsetzung der Erfahrungswissenschaft, in: H. Albert (Hrsg.), Theorie und Realität, Tübingen 1964

Predöhl,A.,Bemerkungen zu E. v. Beckenrath's Gedanken zu Schumpeters Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, in: N. Klothen u. a. (Hrsg.), Systeme und Methoden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Festschrift für E.v. Beckenrath, Tübingen 1964

Predöhl,A.,Industrialisierung der Entwicklungsländer, in: E.H. Sieber (Hrsg.), Entwicklungsländer und Entwicklungspolitik, Berlin 1963

Robbe,M., u. a. , Politik und Ideologie der ägyptischen Revolution, in: Deutsche Zeitung für Philosophie, 12, 1964

Rodinson,M.,The Political System, in: P. J. Vatikiotis (Hrsg.), Egypt since Revolution, London 1968

Salien,E.,Unterentwickelte Länder, Begriff und Wirklichkeit, in: Kyklos Vol. XII 1959, wieder abgedruckt in: Fritsch, B. (Hrsg.), Entwicklungsländer, Köln 1968

Salomon,G.,Die neue genossenschaftliche Gesetzgebung Brasiliens, in: ZfgG 21, 1971

Scherhorn,G.und D.Fricke,Hängt die Sparfähigkeit vom Einkommen ab? in: Blätter für Genossenschaftswesen, H 16, Bonn 1961

Schiller,O.,Die Anpassung der ländlichen Genossenschaften an die landwirtschaftlichen Produktionsaufgaben in den Entwicklungsländern, in: F. Karrenberg und H. Albert, Sozialwissenschaft und Gesellschaftsgestaltung, Festschrift für G. Weisser, Berlin 1963

Schiller,O.,Die landwirtschaftliche Produktionsförderung als neue Genossenschaftsform. Versuch einer Begriffsbestimmung, in: ZfaL, 4. Jg. 1965

Schmölders,G.,Der Beitrag der Verhaltensforschung zur Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung in: R. König (Hrsg.), Handbuch der empirischen Sozialforschung, Stuttgart 1962, sowie in: N. Kloten u. a. (Hrsg.), Systeme und Methoden in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Festschrift für E. v. Beckenrath, Tübingen 1964

Schmölders,G.,Die sogenannte Zinsempfindlichkeit des Sparers, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen, 15, 1961

Simson,U.,Typische ideologische Reaktionen arabischer Intellektueller auf das Entwicklungsgefälle, in: R. König (Hrsg.), Aspekte der Entwicklungssoziologie, Köln 1969

Stoffregen,H.,Der Genossenschaftsbetrieb als Subjekt oder Objekt von Ausbildungsmaßnahmen, in: E. Dülfer (Hrsg.), Zur Krise der Genossenschaften in der Entwicklungspolitik, Göttingen, 1975, S. 247-273

Stucken,R.,Die wirtschaftlichen Entwicklungsprobleme arabischer Länder, in: R. Paret (Hrsg.), Die Welt des Islams und die Gegenwart. Stuttgart 1961

Trappe,P.,Zur Entwicklungsfunktion des Genossenschaftswesens unter Berücksichtigung vorgegebener Sozialstrukturen,in: ZfgStw,Bd.118,1962

Vierkandt,A.,Die genossenschaftliche Gesellschaftsform der Naturvölker,in:W.Ziegenfuss(Hrsg.),Handbuch der Soziologie,Stuttgart 1956

Watkins,W.P.,Die Förderung des Genossenschaftswesens in den unterentwickelten Ländern,in: ZfgG,5,1955

Watkins,W.P.,Schule freiheitlicher Wirtschaftsordnung, in:Der Volkswirt,Jg.14,1960,Sonderh.zu H.17

Watkins,W.P.,Genossenschaftswesen und Staat.Zwei Machtsysteme und ihre gegenseitigen Beziehungen, in:G.Weisser u.W.W.Engelhardt(Hrsg.),Genossenschaften und Genossenschaftsforschung,Göttingen 1968

Weber,M.,Asketischer Protestantismus und kapitalistischer Geist,in:J.Winckelmann(Hrsg ),Soziologie,Weltgeschichte,Analysen,Politik,Stuttgart 1956

Weber,W.,Kooperativneigung und Genossenschaftsdichte in Entwicklungsländern,in: Blätter für Genossenschaftswesen,Bonn 1967

Wilbrandt,H.,Gedanken über die Rolle und den Aufbau landwirtschaftlicher Genossenschaften in Entwicklungsländern,in:G.Weisser u.W.W.Engelhardt(Hrsg.), Genossenschaften und Genossenschaftsforschung, Göttingen 1968

Witte,B.,5 Jahre Sadat - eine Bilanz,Europa Archiv , 21,1975,S.671 - 678

3. Sammelwerke

Albert,H.(Hrsg.),Marktsoziologie und Entscheidungslogik, Neuwied 1967

Boettcher,E.(Hrsg.),Entwicklunstheorie und Entwicklungspolitik,G.Mackenroth zum Gedächnis,Tübingen 1964

Boettcher,E.(Hrsg.),Kooperation und Demokratie in der Wirtschaft,Tübingen 1974

Bohnet,M.(Hrsg.),Das Nord-Süd-Problem, München 1971

Boris,D.u.a.(Hrsg.),Chile auf dem Weg zum Sozialismus, Köln 1971

Dreitzel,H.P.(Hrsg.),Sozialer Wandel,Neuwied 1967

Dülfer,E.(Hrsg.),Zur Krise der Genossenschaften in den Entwicklungsländern,Marburger Schriften zum Genossenschaftswesen,R.B,Bd.10,Göttingen 1975

Eisermann G.(Hrsg.),Soziologie der Entwicklungsländer, Stuttgart 1968

Fritsch,B.(Hrsg.),Entwicklungsländer,Köln 1968

Hoselitz,B.F.(ed.),The Role of Small Industrie in the Process of Economic Growth,The Hague 1968

Kebschull,D.,Künne,W.,Menck,K.W.,(Hrsg.),Das integrierte Rohstoffprogramm.Prüfung entwicklungspolitischer Ansätze im Rohstoffvorschlag der UNCTAD,Hamburg 1976

Mao Tsetung,Worte des Vorsitzenden Mao Tsetung,Peking 1971

Maus,H.(Hrsg.),Gesellschaft,Recht und Politik,Festschrift f.W.Abendroth,Neuwied 1968

Maus,H.(Hrsg.),Handbuch der empirischen Sozialforschung, Neuwied 1962

Pearson,L.B.u.a.(Hrsg.),Der Pearson-Bericht.Bestandsaufnahme und Vorschläge zur Entwicklungspolitik, Wien 1969

Senghaas,D.(Hrsg.),Imperialismus und strukturelle Gewalt,
Analysen über abhängige Reproduktion,Frankfurt 1973

Tinbergen,J.(ed.),Reshaping the International Order,
A Report to the Club of Rome,New York 1976

Trappe,P.(Hrsg.),Sozialer Wandel in Afrika südlich der
Sahara,Sonderheft 2/1969 der Vierteljahresberichte
der FES,Hannover 1969

Zapf,W.(Hrsg.),Theorien des sozialen Wandels,Köln 1970

4. Sonstige Quellen

Der Koran, Übersetzung von R.Paret, Stuttgart 1966

Dülfer E., Operational Efficiency of Agricultural Cooperation in Developing Countries, FAO, Rome 1974

Dülfer, E., An Analytical Method for Evaluation of (Agricultural) Cooperatives in Developing Countries, FAO, Rome 1976

Elnag[illegible], A., Kapitalbildung in Entwicklungsländern, eine Konzeption des zinslosen Sparens für den islamischen Raum, unv.Man., o.O., o.J.

FAO(ed.), Agricultural Cooperation, Annotated Bibliography, FAO-Publications and Documents, Rome 1974

FAO(ed.), Promotion of Cooperatives, Report on the Symposium on the Promotion of Cooperatives in Developing Countries, Gödöllök Hungary, Rome 1975

Fawzi, M.I.I., The Cooperatve Movement in Egypt, unv.Man., (Cairo 1967)

Hanel, A., Concepts for Establishing Rural Cooperatives through Implementation of Specific Government Policies in Developing Countries with Special Reference to a Three-Phased Model, FAO, Rome 1976

Kuhn, J.u.Stoffregen, H., How to Measure the Efficiency of Agricultural Cooperatives in Developing Countries-Case-Study Kenya, FAO, Rome 1975

Müller, J.O., An Empirical Method for the Assessment of Member Goals in Rural Cooperatives, FAO, Rome 1976

Ready, R., The Egyptian Peasant in Transition, unv.Man., (Cairo 1967)

Ready, R., Egyptian Aid for Egyptian Self Aid, unv.Man., (Cairo o.J.)

Vyas, V.A.u.Kruse-Rodenacke, A., Cooperative Processing of Agricultural Products, Rome 1974

Lebenslauf

Am 28.1.1945 wurde ich in Reichenberg / Sudeten geboren.
Bei meinen Großeltern in Nordrhein-Westphalen besuchte ich die Volksschule und das Gymnasium und erwarb 1964 am Apostelgymnasium in Köln das Abitur. Im gleichen Jahr immatrikulierte ich mich an der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln.

Um mein Studium zu finanzieren, nahm ich verschiedene Tätigkeiten an, u.a. 1967-68 als Fremdsprachenkorrespondent einer Industrievertretung, die mir erste Einblicke in die wirtschaftliche Praxis ermöglichten. 1970 erwarb ich an der Universität zu Köln das Diplom für Volkwirte.

Meine berufliche Entwicklung führte über eine Einarbeitung als stellvertretender Leiter der Finanzbuchhaltung der Central Krankenversicherung und Tätigkeiten in der Betriebs- und Unternehmensberatung. Als Dozent für Volkswirtschaftslehre und Betriebliche Organisation konnte ich an Wirtschaftsfachschulen in Köln unterrichten.

Seit 1974 bin ich als Dozent für Entwicklungshilfe und Entwicklungspolitik bei der Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH) tätig. 1959, 1961, 1963 und 1975 konnte ich an Entwicklungsprojekten teilnehmen, so am Kreditgenossenschaftsprojekt in Mit-Ghamr/Ägypten und einem Projekt der Nasser Social Bank, Kairo.

Erklärung

Hierdurch erkläre ich,
daß ich meine Dissertation
"Chancen von Genossenschaften in Entwicklungsländern-
Chancen ihrer Entstehung und Chancen als
entwicklungspolitisches Instrument-
gezeigt am Beispiel Ägyptens"

selbständig ohne unerlaubte Hilfe angefertigt habe.
Die Arbeit hat noch keiner anderen Fakultät vorgelegen.

10.10.77 Gerd Günter Klöwer

NUR 2 SCHRITTE
VON DER UNI ENTFERNT
DRUCKEREI · BUCHBINDEREI · VERLAG
WIENAND
KÖLN-LINDENTHAL · WEYERTAL 59 ☎ 44 30 31